

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1989

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern 1988	123	Im Grundinterview zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurden im Januar 1988 über 3 400 Haushalte nach ihrer Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern befragt.
Neue Verfahren in der Schulstatistik	127	Mit dem zunehmenden Einsatz von Personal-Computern an Schulen für die schulinterne Verwaltung wurde eine Möglichkeit eröffnet, die Bereitstellung schulstatistischer Daten in Teilbereichen zu beschleunigen. Erste Erfahrungen über einen Datenträgeraustausch zwischen Schulen und Statistischem Landesamt liegen jetzt vor.
Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen seit 1980	130	Zum Ende des Schuljahres 1987/88 verließen rund 42 950 Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Im Sommer 1980 waren es 62 200 gewesen.
Die Rebsortenstruktur in Rheinland-Pfalz	134	Die Ergebnisse der jährlichen Rebflächenerhebungen werden für den Zeitraum 1964 bis 1988 untersucht. Darüber hinaus wird auf aktuelle Entwicklungstendenzen eingegangen.
Außenhandel mit Frankreich 1950 bis 1988	138	Frankreich ist der wichtigste Handelspartner der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Der Beitrag berichtet über die langfristige Entwicklung und Zusammensetzung von Ex- und Import.
Insolvenzen 1988	143	Im Zuge der positiven Wirtschaftsentwicklung ist im Jahre 1988 die Zahl der Insolvenzen erneut zurückgegangen.
Zulassungen von PKW und Motorrädern 1980 bis 1988	145	Beim Kauf von neuen und gebrauchten Personenwagen sowie Motorrädern geht der Trend zu immer größerem Hubraum.
Informationstechnische Seminare für die Landesverwaltung	149	Die Seminare des Ministeriums des Innern und für Sport für den Umgang mit den neuen Techniken am Arbeitsplatz werden vorgestellt.
Anhang	41 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	47 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Positive Erfahrungen beim Datenträgeraustausch mit Schulen

Größere Aktualität bei der Datenbereitstellung ist eine Hauptforderung an die Schulstatistik. Mit gravierenden Verbesserungen bei der Erhebung und der Umstellung auf ein flexibles Dateiensystem wurden hier Fortschritte erzielt. Doch der zeitaufwendigste Faktor bei der Verarbeitung schulstatistischer Daten, die Datenerfassung, blieb bisher unverändert.

Als Lösung dieses Problems bietet sich ein Datenträgeraustausch mit den Schulen an. Die Daten, die dort für die schulinterne Verwaltung benötigt und mit Hilfe von Personal-Computern verarbeitet werden, können – soweit sie für die Statistik relevant sind – per Diskette an das Statistische Landesamt übermittelt werden. Mit der zunehmenden Ausstattung der Schulen mit Personal-Computern konnte an eine solche Datenübermittlung gedacht werden.

In einem Schulversuch „Schulverwaltung auf Mikrocomputern“ wurden die Möglichkeiten für einen Datentransfer per Diskette erprobt. Eine Echtverarbeitung erfolgte erstmals zum Schuljahr 1987/88. Die bisherigen Erfahrungen mit der Übermittlung schülerbezogener Statistikdaten auf Disketten waren positiv. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 127

Teilnehmerrekord bei der beruflichen Fortbildung

An den Fortbildungsprüfungen im Rahmen der beruflichen Bildung haben in Rheinland-Pfalz im Jahre 1988 mit 6 679 Teilnehmern soviel Personen wie nie zuvor teilgenommen. Es sind 2,3 % mehr als 1987. Unter den Teilnehmern befanden sich 1 843 (28 %) Frauen. Im Vorjahr hatte ihr Anteil noch bei 31 % gelegen.

Mit jeweils 46 % wurden die meisten Teilnehmer im Handwerk sowie in Industrie und Handel verzeichnet. Auf die übrigen Ausbildungsbereiche (Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Städtische Hauswirtschaft, Freie Berufe) entfielen 8,1 % der Prüfungsteilnehmer.

Die Erfolgsquote mit 73 % lag um 1 Prozentpunkt unter der Quote des Vorjahres.

Von den 6 679 Prüfungsteilnehmern haben sich 4 046 (61 %) der Meisterprüfung unterzogen, darunter 343 (8,5 %) Frauen. 2 809 Prüflinge (69 %) konnten den Meisterbrief erlangen, das sind 4 % weniger als 1987. we

Immer mehr Schüler wollen einen höheren Bildungsabschluß

Seit Beginn der 80er Jahre ist die Zahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen ständig gesunken. Verließen im Sommer 1980 noch rund 62 200 Jugendliche die Schule, so waren es im vergangenen Sommer 42 950. Davon hatten 24 % die allgemeine Hochschulreife, annähernd 30 % den qualifizierten Sekundarabschluß I und fast 38 % den Hauptschulabschluß erreicht. Etwas weniger als 9 % mußten ohne Abschluß die Schule verlassen. Von 100 Schulabgängern des Jahres 1980 hatten 13 das Abitur, 24 den qualifizierten Sekundarabschluß I und 52 den Hauptschulabschluß erworben. Elf von 100 Schulabgängern blieben ohne Hauptschulabschluß.

Diese Entwicklung verdeutlicht, daß immer mehr Jugendliche einen höheren Bildungsabschluß wollen. mo

Mehr über dieses Thema auf Seite 130

**Erneut weniger Auszubildende
Deutlicher Rückgang der Neuverträge**

Die Zahl der Auszubildenden in Rheinland-Pfalz ist Ende des Jahres 1988 im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 % auf 95 080 gesunken. Damit hat sich der seit 1985 zu beobachtende Rückgang in der Zahl der Auszubildenden beschleunigt fortgesetzt. Vor einem Jahr hatte die Minusrate noch 5,3 %, im Jahr zuvor 3,6 % und davor nur 0,8 % betragen. Die Entwicklung ging vor allem zu Lasten der männlichen Auszubildenden. Ihre Anzahl verringerte sich um 4 548 (– 7,6 %). Die Zahl der weiblichen Auszubildenden sank lediglich um 1 453 (– 3,5 %). Dadurch ist die Frauenquote wie schon in den Vorjahren weiter leicht angestiegen und liegt nun bei 42 %.

Mit 44 062 oder 46 % aller Auszubildenden wurden in Industrie und Handel wiederum die meisten Jugendlichen registriert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich in diesem Ausbildungsbereich die Zahl der Auszubildenden um 5,4 % verringert. Im Handwerk wurden 1988 insgesamt 35 954 Jugendliche ausgebildet. Das sind 7,3 % weniger als ein Jahr zuvor. In den übrigen Ausbildungsbereichen (Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Städtische Hauswirtschaft, Freie Berufe) ging die Zahl der Auszubildenden um 4,1 % auf 15 064 zurück.

Besonders deutlich ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gesunken. Sie ging um 9,7 % auf 34 909 Verträge zurück. we

Geburtenboom hält an

Immer mehr Kinder erblicken das Licht der Welt. Für das Jahr 1988 konnte erneut eine deutliche Zunahme der Geburtenzahlen verzeichnet werden. Die Zahl der Lebendgeborenen in Rheinland-Pfalz stieg von 37 778 im Jahre 1987 um 5,5 % auf 39 850 im Jahre 1988. Damit hält der seit 1986 zu beobachtende Geburtenboom an.

Diese Entwicklung ist auf die günstige Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen. So gibt es derzeit relativ viele junge Leute in einem Alter, in dem üblicherweise der Wunsch nach Kindern realisiert wird. Es handelt sich hier um die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre.

Die Anzahl der Neugeborenen wird spätestens nach Mitte der 90er Jahre deutlich abnehmen. Dann wird es –

wegen des insgesamt niedrigeren Geburtenniveaus seit den 70er Jahren – erheblich weniger junge Leute im heiratsüblichen Alter geben.

Die in jüngster Zeit gestiegenen Geburtenzahlen sind immer noch bei weitem nicht ausreichend, um die Bestandserhaltung der Bevölkerung zu sichern. Hierzu müßten rund 50 % mehr Kinder geboren werden. ic

96 % aller Haushalte haben ein Fernsehgerät
Erste Ergebnisse der Einkommens- und
Verbrauchsstichprobe 1988

Mindestens einen fabrikneu gekauften Personenkraftwagen besitzen 41 % aller rheinland-pfälzischen Haushalte und 39 % mindestens einen gebraucht gekauften Personenkraftwagen. Über ein Telefon verfügen 92 % der Haushalte. Bei Fernsehgeräten dürfte mit einer Ausstattungsquote von 96 % die Vollversorgung erreicht sein. Zumindest ein Farbfernseher befindet sich in 87 % und mindestens ein Schwarz-Weiß-Fernseher in 24 % aller Haushalte. Unabhängig von ihrer sozialen Stellung haben fast alle Haushalte Kühl- oder Gefrierschränke. Waschmaschinen sind in neun von zehn Haushalten anzutreffen, Geschirrspülmaschinen gibt es inzwischen in jedem dritten und Wäschetrockner in jedem vierten Haushalt. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 123

Verbraucherpreise im Mai

Auch im Mai verteuerten sich viele Waren und Dienstleistungen. Es waren nur wenige Verbilligungen zu beobachten. 100 l Heizöl kosteten im Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 40,58 DM. Das sind 4,7 % weniger als im April, jedoch über ein Viertel mehr als im Mai des Vorjahres.

Viele Lebensmittel, wie Eier, Vollmilch, Käse, Margarine, Pflanzenöl, Rotkohl in Gläsern sowie junge Erbsen in Dosen, waren merklich teurer als im Mai 1988. Deutlich teurer als vor einem Jahr waren auch Kartoffeln aus neuer Ernte, Kopfsalat, Birnen, Zwiebeln und Apfelsinen. Starke Preissenkungen erfuhren dagegen Weißkohl, Tomaten, Möhren und Chinakohl.

Unter den industriellen Erzeugnissen verteuerten sich zum Vorjahr insbesondere Gasherde, Staubsauger, Waschmaschinen, Boiler und Kühlschränke, während Produkte der Unterhaltungsindustrie, wie Fernseher, Radio und Videorecorder, billiger angeboten wurden. br

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Mai 1989		
Indexbezeichnung	1980=100	Veränderung zu Mai 1988 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	120,3	2,3
Bekleidung, Schuhe	125,4	1,5
Wohnungsmieten	136,0	3,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	107,1	3,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	123,7	1,6
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	130,0	4,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	129,4	6,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	121,6	0,6
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	140,0	2,8
Gesamtlebenshaltung	126,2	3,1
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	125,8	3,1
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	127,3	2,9
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern		
Gesamtlebenshaltung	125,8	3,1

Drei von vier Haushalten haben ein Auto

74 % der rheinland-pfälzischen Haushalte besitzen mindestens ein Personenauto. 1983 waren es 72 % und 1978 zwei Drittel der Haushalte. Dies sind die ersten vorgelegten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988.

Prozentual die meisten Autofahrer finden sich unter den Selbständigen (98 %). Es folgen Landwirte und Beamte (je 96 %) sowie Angestellte (94 %). Nicht ganz neun Zehntel der Arbeiterhaushalte nennen ein Auto ihr eigen. Von den Nichterwerbstätigen, bei denen die Haushalte von Pensionären und Rentnern einen hohen Anteil erreichen, besitzen weniger als die Hälfte einen Personenwagen.

In Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 4 000 DM befindet sich fast immer zumindest ein Auto. Bei einem Einkommen von 2 500 bis 4 000 DM sind neun von zehn Haushalten mobil und in der Gruppe von 1 800 bis 2 500 DM noch acht von zehn. In der Einkommensgruppe von 1 200 bis 1 800 DM liegt der Anteil der Personenwagen-Besitzer bei etwas über drei Fünftel. Haushalte mit monatlichen Einnahmen von weniger als 1 200 DM fahren zu knapp einem Viertel mit einem eigenen Personenwagen.

Je mehr Personen zu einem Haushalt zählen, desto höher ist die Quote der Personenwagen-Besitzer. So hat beinahe jeder Haushalt mit vier und mehr Personen ein Auto, während weniger als vier Fünftel der Zwei-Personen-Haushalte und nur zwei Fünftel der Ein-Personen-Haushalte über einen Personenwagen verfügen.

Fast jedes vierte Auto wurde 1987 angeschafft, 22 % im Jahre 1986 und 11 % im Jahre 1985. Rund 5 % des Personenwagen-Bestandes ist vor 1978 gekauft worden. br

Guter Start für den 89er Weinjahrgang

Eine witterungsbedingte gute Holzausreife im Herbst des vergangenen Jahres und ein Winter ohne Temperatureinbrüche schafften die ersten guten Voraussetzungen für die Entwicklung der Reben. Schäden durch Winter- und Frühjahrsfröste an Holz, Knospen und Laub blieben auch in diesem Jahr aus. Mit einem gegenüber dem Durchschnitt der letzten Jahre deutlichen Vorsprung erfolgte der Austrieb. Er wurde durch die warme Maiwitterung sehr begünstigt und von über 90 % der Weinberichterstatte als gut bezeichnet.

In allen Anbaubereichen zeigten die Reben Ende Mai einen erfreulich guten Wachstumsstand. Örtlich begrenzte starke Hagelunwetter, vornehmlich in der Rheinpfalz, lassen die Aussichten gebietsweise allerdings nicht mehr ganz so günstig erscheinen. hü

kurz + aktuell

Müller-Thurgau und Riesling nahezu gleichauf

Die mit Keltertrauben bestockte Rebfläche in Rheinland-Pfalz stieg von 48 090 ha im Jahr 1964 auf 65 990 ha im Jahr 1988 an. Davon sind 92 % mit Weißweinrebsorten bepflanzt. Mit 14 800 ha war 1988 der Müller-Thurgau die dominierende Rebsorte, dicht gefolgt vom Riesling (14 400 ha). Viele Anzeichen, unter anderem der Umfang der Erzeugung von vegetativem Vermehrungsgut in Rebschulen, deuten darauf hin, daß der Riesling 1989 wieder die führende Rebsorte werden könnte. Der Silvaner, der 1964 mit 33 % noch die bedeutendste Rebsorte war, nahm 1988 mit 5 540 ha (8,4 %) nur noch Platz vier unter den Sorten ein. Besonders rasant verlief die Entwicklung beim Kerner. 1964 wurde er lediglich auf 3 ha zu Versuchszwecken angebaut. Mittlerweile ist der Kerner mit 5 960 ha (9 %) die dritt-wichtigste Rebsorte. Der Portugieser ging zunächst seit 1964 von 4 620 ha (9,6 %) auf 2 520 ha (4 %) im Jahr 1979 zurück. Ein neuerlicher Anstieg auf 3 200 ha (4,9 %) im Jahr 1988 ist nicht zuletzt dem Ausbau zu Weißherbst zu verdanken. ob

Mehr über dieses Thema auf Seite 134

Zahl der Wohngeldempfänger leicht rückläufig 4,8 % der Haushalte erhalten Wohngeld

Ende März 1989 bezogen in Rheinland-Pfalz 71 052 Haushalte Wohngeld. Das sind rund 1000 Haushalte weniger als ein Jahr zuvor. Dabei sank die Gruppe der Empfänger von Mietzuschuß um 1,5 % auf 63 148, die der Lastenzuschußempfänger um 1,6 % auf 7 904. Im Landesdurchschnitt erhielten 4,8 % aller Haushalte Wohngeld.

Während die Städte Trier und Koblenz mit 10,9 bzw. 9,2 % relativ hohe Anteile an Wohngeldhaushalten aufweisen, liegt die Quote in der Landeshauptstadt Mainz nur bei 4,4 %.

In den kreisfreien Städten insgesamt erhielten 29 613 Haushalte Miet- und Lastenzuschüsse (6,6 % der Haushalte), in den Landkreisen waren es 41 439 (4 %). Ähnliche Differenzen sind in den Regierungsbezirken festzustellen: in Rheinhessen-Pfalz 4 %, Koblenz 5,5 % und Trier 6,2 %.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch lag im März 1989 bei 138 DM, die gesamten Zahlungen im ersten Quartal 1989 betrugen knapp 40 Mill. DM. hes

Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1988

Im Jahre 1988 hat bundesweit eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bei den privaten Haushalten stattgefunden. Es war die sechste dieser Art nach den Erhebungen in den Jahren 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983. Gemäß Artikel 10 des Ersten Statistikbereinigungsgesetzes wird die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ab 1983 in fünfjährlichem Turnus durchgeführt.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist die einzige Untersuchung, die eine Aufteilung von Einnahmen und Ausgaben auf bestimmte soziale und wirtschaftliche Gruppen von Haushalten ermöglicht. Sie erfaßt auf der Basis freiwilliger Mitarbeit Haushalte aller Größen, sozialer Schichten und Einkommensgruppen. Ausgenommen sind Ausländer, von denen allerdings eine ganz geringe Zahl teilweise einbezogen wurde, Anstaltsbevölkerung und Bezieher sehr hohen Einkommens (monatliches Nettoeinkommen 25 000 DM und mehr). Erfragt wurden die Einnahmen der Haushalte nach Quellen, die Verwendung der Einnahmen in differenzierter Aufgliederung nach Ausgabengruppen sowie Angaben über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und über die Wohnverhältnisse. Von geringfügigen Änderungen des Fragenprogramms abgesehen, wurde am Konzept der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 festgehalten. Im Jahre 1988 beteiligten sich am Grundinterview insgesamt fast 3 400 oder 0,24 % aller rheinland-pfälzischen Haushalte.

Grundlage für die Auswahl der Haushalte waren die Ergebnisse des Mikrozensus, der eine Aufteilung der privaten Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, nach der Haushaltsgröße und nach dem Haushaltsnettoeinkommen ermöglicht. Die Ergebnisse des Mikrozensus werden auch zur Hochrechnung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auf die gesamte Bevölkerung herangezogen. In Rheinland-Pfalz sollten mindestens 3 323 Haushalte einbezogen werden und von den Haushaltsvorständen 30 % Nichterwerbstätige oder Arbeitslose sein, jeweils 24 % Arbeiter und Angestellte, 14 % Beamte, 6 % Selbständige und 2 % Landwirte. Für Selbständige konnte die Sollvorgabe ebenso wie schon bei der vorherigen Erhebung trotz intensiver Werbemaßnahmen über Medien und Verbände sowie gezielter Werbefbriefaktionen nicht erreicht werden. Auch gelang es nicht ganz, die erforderliche Anzahl an Haushalten von Nichterwerbstätigen, zu denen auch Rentner und

Pensionäre gehören, zur Teilnahme an der Erhebung zu gewinnen. Die Aussagekraft der erzielten Ergebnisse wird hierdurch etwas gemindert.

Im Grundinterview wurden vor allem Daten über die Zusammensetzung der Haushalte und die Ausstattung mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern, die sich am 1. Januar 1988 im Eigentum eines oder mehrerer Haushaltsmitglieder befanden, erfaßt. Als langlebig gelten Gebrauchsgüter privater Haushalte, die normalerweise eine wesentlich längere Nutzungsdauer als ein Jahr sowie einen relativ hohen Anschaffungspreis haben. Haus- und Grundbesitz wird nicht dazu gerechnet. Erneut wurde im Katalog der langlebigen Gebrauchsgüter die technische Entwicklung in den letzten Jahren und die wachsende Bedeutung der Güter für Urlaub und Freizeit berücksichtigt.

Die im Grundinterview erhaltenen Angaben über Einkommenshöhe, Haushaltsgröße und soziale Stellung des Haushaltsvorstandes ermöglichen die Zuordnung der Einzelhaushalte zu Haushaltsgruppen. Der vorhandene Bestand an langlebigen Gebrauchsgütern umfaßt einen beträchtlichen Teil des vorhandenen Sachvermögens der Haushalte. Aus dem Grad der Versorgung von Haushalten unterschiedlicher sozialer Schichten und Einkommensverhältnisse mit dauerhaften Konsumgütern lassen sich nicht nur differenzierte Aussagen über den Lebensstandard ableiten, sondern auch Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung der Nachfrage und den Einfluß auf den Konjunkturverlauf. Da die Kaufentscheidungen der Haushalte zeitlich verschoben werden können, beeinflussen sie wegen ihres erheblichen finanziellen Volumens die wirtschaftliche Entwicklung verschiedener Branchen.

Zwei von fünf Haushalten haben einen fabrikneu gekauften Personenwagen

Anfang 1988 besaßen 41 % aller privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz mindestens einen fabrikneu gekauften Personenkraftwagen gegenüber 43 % fünf Jahre zuvor. Mindestens ein gebraucht gekaufter Personenkraftwagen war hingegen in 39 % der Haushalte anzutreffen, das sind 4 Prozentpunkte mehr als 1983. Die höchsten Anteile an fabrikneu gekauften Fahrzeugen haben die Haushalte von Selbständigen (59 %) und Beamten (55 %), während die geringste Quote mit 28 % bei den Nichterwerbstätigen festgestellt wurde. Mindestens ein

Lfd. Nr.	Gegenstand	Haushalte mit Gütern		Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes							
				Selbst- stän- diger	Beamter	Ange- stellter	Arbeiter	Nicht- erwerbs- tätiger	Land- wirt		
		1000	%	Von den Haushalten verfügbten ... %							
Gebrauchsgüter für Verkehr											
1	Personenkraftwagen	{	fabrikneu gekauft	593	41,4	(59,3)	55,4	52,6	46,9	28,2	(46,2)
2			gebraucht gekauft	561	39,1	(53,5)	51,5	49,8	51,6	22,6	65,4
3	Fahrrad			956	66,7	(76,7)	85,1	84,6	82,2	45,3	80,8
4	Telefon			1 312	91,5	94,2	97,0	96,1	93,8	86,7	96,2
Gebrauchsgüter für Bildung,											
5	Fernsehgerät	{	Farbfernsehgerät	1 252	87,3	88,4	87,1	89,8	90,0	84,6	88,5
6			Schwarz-Weiß-Fernsehgerät	340	23,7	(19,8)	30,7	25,6	28,1	19,3	(30,8)
7	Videorecorder			381	26,6	(30,2)	39,6	34,0	44,4	11,2	(19,2)
8	Stereo-Rundfunkgerät			507	35,4	(51,2)	41,6	40,4	34,4	30,2	(38,5)
9	Plattenspieler			362	25,2	(36,0)	27,7	30,2	21,9	22,9	(23,1)
10	Tonbandgerät ²⁾			510	35,6	(34,9)	41,6	41,8	37,2	30,5	(42,3)
11	Fotoapparat	{	Pocket-Kamera	423	29,5	(40,7)	35,6	35,8	38,1	19,5	(30,8)
12			Spiegelreflex-Kamera	378	26,4	(38,4)	49,5	41,4	27,2	14,0	(19,2)
13			Kleinbildsucher-Kamera	426	29,7	(33,7)	36,6	36,8	30,9	24,0	(34,6)
14			Übrige Kameras	239	16,7	(29,1)	(16,8)	17,9	16,6	14,3	(15,4)
Gebrauchsgüter für die											
15	Kühlschrank			1 170	81,6	(87,2)	77,2	76,8	85,6	81,3	92,3
16	Gefriergerät	{	Gefrierschrank, -truhe	848	59,1	(64,0)	67,3	61,1	65,3	51,8	84,6
17			Kühl-, Gefrierkombination	279	19,5	(24,4)	26,7	25,6	17,5	16,2	.
18	Geschirrspülmaschine			440	30,7	(69,8)	49,5	43,5	30,3	14,9	61,5
19	Elektr. Grillgerät			468	32,6	(34,9)	36,6	37,9	39,4	26,0	(26,9)
20	Mikrowellengerät			204	14,2	(30,2)	20,8	19,6	19,1	(5,7)	(19,2)
21	Elektr. Nähmaschine			742	51,7	(59,3)	59,4	61,4	60,6	39,9	61,5
22	Waschmaschine			1 284	89,5	91,9	92,1	93,0	94,7	84,1	96,2
23	Wäschetrockner			325	22,7	(39,5)	31,7	30,2	26,3	12,8	(38,5)
24	Haushalte insgesamt in 1000			1 434		86	101	285	320	616	26

1) Hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Cassetten- und Radiorecorder.

gebrauchter Personenkraftwagen befindet sich in 65 % der Haushalte von Landwirten, danach folgen Arbeiter und Beamte mit jeweils 52 %. Mit Abstand am niedrigsten ist auch hier die Quote in den Haushalten der Nicht-erwerbstätigen (23 %), die jedoch insofern eine Sonderstellung einnehmen, als es sich meist um ein oder zwei ältere Personen mit geringem Einkommen handelt. Die hohe Ausstattungsquote in den Haushalten der Selbständigen und der Landwirte dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Wagen vielfach auch für betriebliche Zwecke benötigt wird.

Ein Vergleich der Ausstattung mit Personenwagen überhaupt nach den einzelnen Gruppen der Erwerbstätigen, von denen ein erheblicher Anteil den Wagen zur Fahrt zum Arbeitsplatz benötigt, zeigt den inzwischen erreichten hohen Motorisierungsgrad. Die ganz erheblich geringere Ausstattung der Nichterwerbstätigenhaushalte mit Fahrzeugen dürfte vor allem auf den hohen Anteil von Haushalten mit geringem Einkommen sowie mit älteren Haushaltsvorständen zurückzuführen sein, von denen viele alleinlebende Frauen sind.

Erneut konnte beobachtet werden, daß mit zunehmender Größe des Haushalts auch häufiger Personenwagen vorhanden sind. Während von den Single-Haushalten nur zwei Fünftel über ein Auto verfügten, stieg der Anteil in den Haushalten mit zwei Personen ganz beträchtlich auf knapp vier Fünftel an und betrug in Haushalten mit fünf und mehr Personen sogar 97 %. Bemerkenswert erscheint hierbei, daß in den kleinen

Haushalten mit ein oder zwei Personen die fabrikneu gekauften Wagen häufiger anzutreffen sind, hingegen in Haushalten mit drei und mehr Personen die gebraucht gekauften Fahrzeuge überwiegen.

Meist kann davon ausgegangen werden, daß ein Haushalt um so besser mit langlebigen Gebrauchsgütern ausgestattet ist, je höher sein verfügbares Haushaltsnettoeinkommen ist. In nicht wenigen Fällen ist jedoch neben einem geringen Haushaltseinkommen gleichzeitig ein hohes Alter des Haushaltsvorstandes oder die Haushaltsgröße für den Versorgungsgrad verantwortlich. Auch ist zu berücksichtigen, daß das Einkommen eines inzwischen erwerbslos gewordenen Haushaltsvorstandes im Jahr des Kaufes eines Personewagens deutlich höher war. Schließlich ist bei einer gewissen Anzahl von Haushalten der Besitz eines Autos aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht erforderlich.

Wie sehr der Kauf eines fabrikneuen Wagens von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens abhängt, zeigt die Untergliederung der Haushalte nach Einkommensgruppen. In drei von vier Haushalten, die ein monatliches Nettoeinkommen von 5 000 DM und mehr hatten, gab es mindestens ein fabrikneu gekauftes Auto und 46 % führen mindestens ein gebraucht gekauftes Auto. Dagegen verfügten Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1 200 bis 1 800 Mark nur zu jeweils knapp einem Drittel über ein fabrikneu bzw. gebraucht gekauftes Auto.

wählten Gebrauchsgütern im Januar 1988¹⁾

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen (ohne Landwirte)						Haushalte mit ... Personen					Anschaffungsjahr des Gegenstandes									Lfd. Nr.
unter 1 200	1 200 — 1 800	1 800 — 2 500	2 500 — 4 000	4 000 — 5 000	5 000 und mehr	1	2	3	4	5 und mehr	1987	1986	1985	1984	1983	1982 — 1978	vor 1978	unbe- kannt		
über das angegebene Gebrauchsgut											%									.
und Nachrichtenübermittlung																				
(11,9)	(32,4)	39,7	50,9	59,6	74,5	22,5	46,8	50,0	50,9	51,8	20,6	21,1	10,5	11,3	9,6	21,1	(5,7)	.	1	
(11,9)	(31,5)	40,7	50,0	55,8	46,2	(16,9)	36,9	54,3	56,1	64,7	29,4	20,9	13,2	9,8	7,0	16,2	(3,0)	.	2	
(34,0)	54,4	69,7	77,8	86,5	89,6	39,6	61,7	85,7	92,5	95,3	16,1	12,2	11,5	11,1	7,3	18,8	18,4	(4,4)	3	
72,8	90,5	94,3	97,2	99,0	98,1	83,6	91,5	96,4	97,2	97,6	7,2	5,0	6,2	5,2	4,0	20,7	47,8	3,9	4	
Unterhaltung und Freizeit																				
70,2	82,6	91,6	93,2	94,2	94,3	76,8	88,8	93,9	93,5	90,6	12,0	10,1	10,5	9,1	9,3	30,8	17,1	(1,0)	5	
(20,9)	(23,7)	21,2	23,3	29,8	(31,1)	(20,5)	19,7	27,1	29,4	34,1	(3,8)	(2,6)	(7,9)	(3,2)	(5,0)	23,5	46,8	(6,8)	6	
.	(13,3)	31,6	36,8	37,5	(37,7)	(12,2)	23,5	39,3	41,6	31,8	26,2	22,0	15,7	13,1	8,7	11,3	.	.	7	
(26,0)	(28,2)	34,3	39,4	46,2	(49,1)	27,9	36,9	37,5	41,6	40,0	8,1	(5,7)	(8,3)	(5,3)	(5,9)	25,0	38,3	(3,6)	8	
(14,0)	(22,4)	27,3	27,8	30,8	(34,9)	(20,5)	25,7	26,1	30,4	30,6	(5,0)	(3,9)	(5,0)	(2,8)	(5,8)	22,9	49,2	(5,5)	9	
(26,8)	(31,1)	34,0	39,6	44,2	(43,4)	26,4	34,9	36,1	49,1	47,1	16,5	12,4	8,0	6,5	(6,7)	20,0	26,1	(3,9)	10	
(12,8)	(23,2)	32,7	34,4	41,3	(40,6)	(13,4)	28,2	40,7	41,1	45,9	7,6	9,2	10,2	8,3	(7,8)	25,5	26,7	(4,5)	11	
.	.	22,9	38,9	50,0	(50,9)	(7,1)	26,6	36,8	44,9	35,3	(8,7)	(6,3)	(7,4)	9,3	(8,7)	28,6	28,3	(2,9)	12	
(17,0)	(24,1)	32,0	31,8	40,4	(44,3)	22,0	30,4	33,6	34,1	38,8	15,3	8,7	7,7	(6,1)	(7,3)	15,5	33,8	(5,6)	13	
.	(14,9)	17,5	21,2	(16,3)	(22,6)	(12,7)	16,3	18,9	19,2	(23,5)	(11,3)	(5,0)	(5,0)	(6,7)	(5,0)	17,2	36,0	(14,2)	14	
Haushaltsführung																				
77,9	84,6	81,1	80,4	84,6	83,0	77,0	81,9	80,4	86,9	91,8	9,0	6,3	7,0	6,4	7,1	24,0	35,1	(5,1)	15	
(30,2)	47,3	62,0	68,6	79,8	77,4	28,1	63,8	70,7	80,4	90,6	7,1	7,0	5,7	7,3	7,8	25,9	36,0	(3,3)	16	
.	(16,2)	21,9	23,3	(21,2)	(26,4)	(16,9)	19,7	23,2	21,5	(12,9)	10,4	(7,5)	(12,9)	(6,1)	(9,3)	26,2	25,4	.	17	
.	(10,4)	25,9	38,9	59,6	75,5	(6,1)	26,2	44,6	54,7	64,7	9,8	10,0	11,1	9,8	(8,2)	28,6	21,6	.	18	
(14,9)	(23,7)	36,4	42,0	42,3	(36,8)	(18,3)	34,5	41,1	42,1	40,0	(4,5)	(3,6)	(4,3)	(4,7)	(5,8)	26,1	44,9	(6,2)	19	
.	.	(13,1)	17,2	(25,0)	(34,9)	(5,1)	10,5	19,6	26,2	(29,4)	47,5	24,5	(12,3)	(4,9)	.	(5,9)	.	.	20	
(17,9)	44,0	54,5	63,9	67,3	68,9	27,9	51,2	64,6	70,1	78,8	(4,4)	(4,0)	(4,4)	4,9	4,3	21,7	51,1	(5,1)	21	
67,7	84,2	94,6	96,9	97,1	99,1	71,4	94,4	97,5	99,1	100,0	10,6	9,2	8,9	7,9	6,5	26,9	28,3	(1,6)	22	
.	(11,2)	19,9	29,7	35,6	(46,2)	7,8	18,1	30,0	39,7	51,8	12,6	10,8	12,0	10,2	11,4	23,4	18,5	.	23	
235	241	297	424	104	106	409	447	280	214	85	—	—	—	—	—	—	—	—	24	

Anfang Januar 1988 waren 52 % der fabrikneu ge-
kauften Wagen nicht älter als drei Jahre, weitere 42 %
waren vier bis zehn Jahre alt und die restlichen 6 % älter
als zehn Jahre. Die Käufe der Gebrauchtfahrzeuge
erfolgten zu knapp zwei Drittel in den letzten drei Jahren,
während knapp ein Drittel im Zeitraum von 1978 bis
1984 lag. Nur etwa 3 % der Anschaffungen von ge-
brauchten Personenwagen stammen aus der Zeit vor
1978.

Kleinkrafträder in 5 % aller Haushalte

Die meist bessere Ausstattung der Haushalte mit
langlebigen Gebrauchsgütern gegenüber der Erhebung
vor fünf Jahren ist vor allem auf die verbesserte Einkom-
menslage und somit die Kaufkraft der Haushalte zurück-
zuführen. Kaum verändert hat sich dagegen die Zahl der
Motorräder, die nur in knapp 4 % aller Haushalte anzu-
treffen waren. Der Zweck für die Haltung von Motorrä-
dern hat sich jedoch weitgehend geändert. Die Haltung
eines Motorrads ist inzwischen oft zum Hobby gewor-
den. Über die vorwiegend bei Jugendlichen begehrten
Kleinkrafträder (Moped, Mofa, Mokick) verfügen 5 %
aller Haushalte. Mit zunehmender Haushaltsgröße wer-
den sie häufiger gekauft.

Im Besitz eines Fahrrades, das sich zunehmender
Beliebtheit beim Freizeitsport erfreut, sind inzwischen
zwei Drittel aller Haushalte. Am höchsten ist die Quote in
Haushalten von Beamten und Angestellten mit jeweils

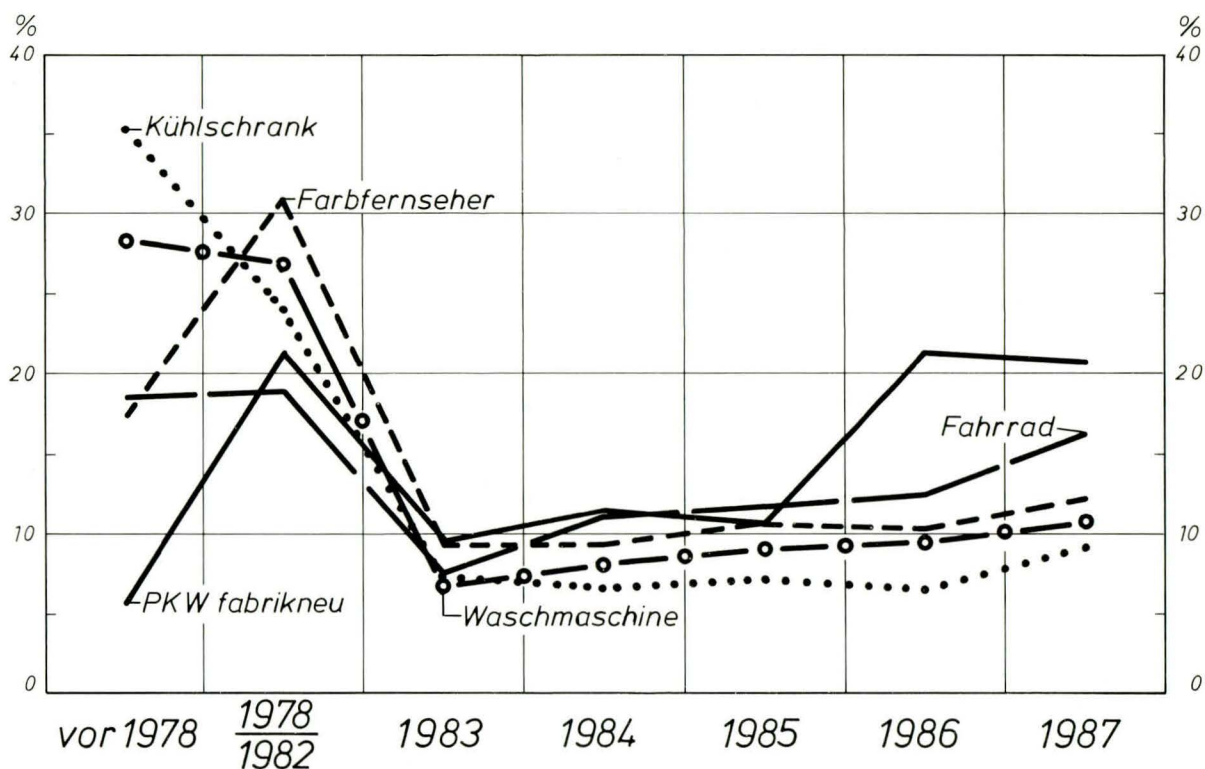
85 %. In Haushalten mit vier und mehr Personen liegen
die Anteile deutlich über 90 %.

Auch die Ausstattung der privaten Haushalte mit
einem Telefon hat von 1983 bis 1988 leicht zugenom-
men und sich der Vollversorgung genähert. Anfang
Januar 1988 gab es in 92 % der rheinland-pfälzischen
Haushalte einen Telefonanschluß. Wenn man berück-
sichtigt, daß es Haushalte gibt, die keinen Wert auf ein
Telefon legen, so haben die Haushalte von Selbständi-
gen, Beamten, Angestellten und Landwirten inzwischen
eine Vollversorgung erreicht, während die Haushalte
von Arbeitern und Nichterwerbstätigen mit Anteilen von
94 bzw. 87 % noch darunter liegen. Die Beantragung
eines Telefonanschlusses wird deutlich von finanziellen
Überlegungen beeinflußt, denn nur knapp drei Viertel
der Haushalte, die ein monatliches Haushaltsnettoein-
kommen unter 1 200 DM aufzuweisen haben, besitzen
ein Telefon.

87 % der Haushalte haben einen Farbfernseher

Der reale Einkommenszuwachs seit 1983 führte nicht
nur zu einer höheren Ausstattung mit langlebigen Ge-
brauchsgütern, sondern auch zum Kauf qualitativ und
technisch anspruchsvollerer Güter, wobei der techni-
sche Fortschritt in nicht wenigen Fällen auch zu Preis-
ermäßigungen führte. Dies trifft für den verstärkten
Übergang vom Schwarz-Weiß-Fernseher auf das Farb-
fernsehgerät zu. War im Jahre 1978 nur in etwa jedem

Ausgewählte Gebrauchsgüter nach Anschaffungsjahren 1987



67/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

zweiten Haushalt ein Farbfernseher anzutreffen, so erhöhte sich die Quote bis Anfang 1988 auf nicht weniger als 87 %. Der Ausstattungsgrad ist bei den Arbeitern und Angestellten mit jeweils 90 % am höchsten. Danach folgen Landwirte (89 %), Selbständige (88 %) und Beamte (87 %), während die Nichterwerbstätigen mit 85 % nur wenig darunter liegen. In den Jahren 1985 bis 1987 wurde ein Drittel aller Farbfernsehgeräte angeschafft. Schwarz-Weiß-Fernsehgeräte befinden sich in 24 % aller Haushalte, so daß die Anzahl der Haushalte mit zwei und mehr Fernsehgeräten weiter zugenommen hat. Der Besitz eines Fernsehapparates ist von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens unabhängig, denn in den einzelnen Einkommensgruppen, deren monatliches Nettoeinkommen von 1 200 bis 5 000 DM und mehr reicht, ist inzwischen eine Vollversorgung erreicht. Selbst von den Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 200 DM können neun Zehntel daheim fernsehen.

Die Ausstattung mit den übrigen Gebrauchsgütern für Bildung, Unterhaltung und Freizeit bleibt zwischen den Haushalten der Landwirte und Nichterwerbstätigen einerseits und denen der übrigen Bevölkerungsgruppen andererseits recht unterschiedlich. Während bei den Nichterwerbstätigen oft finanzielle Gründe für die niedrige Ausstattungsquote ausschlaggebend sein dürfte, sind bei den Haushalten der Landwirte die Ursachen vorwiegend durch das soziale Umfeld und die knapp bemessene Freizeit bedingt. So besaßen 27 % aller

Haushalte einen Videorecorder, von den Haushalten der Landwirte jedoch nur knapp ein Fünftel und von denen der Nichterwerbstätigen waren es mit 11 % noch erheblich weniger. Eine Spiegelreflex-Kamera war in 26 % aller Haushalte anzutreffen, jedoch nur bei weniger als einem Fünftel der Haushalte von Landwirten und in 14 % der Nichterwerbstätigenhaushalte. Deutlich überdurchschnittliche Ausstattungsquoten für diese Geräte sind in den Haushalten der Beamten, Angestellten, Arbeiter sowie der Selbständigen zu verzeichnen. Es ist auch zu beobachten, daß die Ausstattungsquote an Gebrauchsgütern für Bildung, Unterhaltung und Freizeit mit zunehmender Haushaltsgröße ansteigt.

Geschirrspülmaschinen in drei Zehntel aller Haushalte

Unter den Gebrauchsgütern für die Haushaltsführung hat die Waschmaschine die weiteste Verbreitung gefunden. Sie wird in neun Zehntel der Haushalte verwendet. Sie fehlt in nur noch sehr wenigen Haushalten von Landwirten und Arbeitern, wo die Ausstattungsquoten mit 96 bzw. 95 % am höchsten sind. Einen Wäschetrockner hat jeder fünfte Haushalt angeschafft. Sie werden bevorzugt in den Haushalten der Selbständigen und Landwirte verwendet sowie in Haushalten mit fünf und mehr Personen, wo sie wegen der Arbeits- und Zeitersparnis besonders begehrt sind. Über Kühlschränke verfügen inzwischen 82 % aller Haushalte, über Gefrierschrank

oder -truhen 59 % und über eine Kühl-Gefrierkombination 20 %. Geschirrspülmaschinen gab es Anfang 1978 erst in jedem siebten Haushalt, 1988 belief sich die Quote schon auf 31 %. Nahezu sieben von zehn Selbständigenhaushalten benutzen Geschirrspülmaschi-

nen, bei den Landwirten sind es 62 % und bei den Beamten 50 %, wobei mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen die Ausstattungsquote ganz erheblich zunimmt.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Neue Verfahren in der Schulstatistik

Übermittlung schülerbezogener Statistikdaten auf Disketten

Die Erhebung von Daten aus dem Schulbereich wurde in Rheinland-Pfalz zwischen 1979 und 1982 durch die Entwicklung benutzerfreundlicher, für alle Schularten zumindest inhaltlich weitgehend übereinstimmender Erhebungsbogen bei gleichzeitiger Einführung eines Änderungsdienstes für in der Regel unverändert bleibende Daten modernisiert. Parallel dazu wurde ab 1977 die Verarbeitung schulstatistischer Daten von konventioneller EDV-Verarbeitung auf ein Dateiensystem umgestellt, das eine schnellere, flexiblere und umfassendere Datenbereitstellung als zuvor erlaubte¹⁾.

Die damit erreichten Fortschritte bei der Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung schulstatistischer Daten erfüllten allerdings nicht alle in sie gesetzten Erwartungen. Trotz des erreichten schnellen Rücklaufs der Erhebungsvordrucke und der erleichterten Möglichkeiten zum Tabellenabruf stand das gesamte EDV-mäßig verarbeitete Material erst jeweils im Mai des den Erhebungsstichtagen im Herbst folgenden Jahres vollständig zur Verfügung. Als Hauptproblem erwies sich die Datenerfassung, die nach wie vor der zeitaufwendigste Faktor bei der Verarbeitung der erhobenen Daten ist.

Hier Zeit einzusparen, war nur mit der Umstellung auf maschinenlesbare Erhebungspapiere möglich oder mit der Übermittlung der Daten durch die Schulen auf Datenträgern. Maschinenlesbare Erhebungspapiere konnten zum einen wegen mangelnder Akzeptanz durch die Schulen, aber auch wegen des fehlenden Gerätes im Statistischen Landesamt nicht verwendet werden. Als Lösung blieb der Datenträgeraustausch mit den Schulen, durch den zumindest in Teilbereichen langfristig eine schnellere Datenbereitstellung durch das Statistische Landesamt möglich werden könnte.

Zu Beginn der 80er Jahre wurden immer mehr Schulen mit Personal-Computern (PC) ausgestattet. Sie waren zunächst für Unterrichtszwecke angeschafft worden. Doch immer häufiger wurden die Mikrorechner auch in den Schulverwaltungen eingesetzt, so daß der Gedanke an einen Datenträgeraustausch mit dem Statistischen Landesamt nicht mehr unrealistisch war. Die Schulverwaltungen benötigen wesentlich mehr Informationen als in der Statistik verarbeitet werden müssen, so daß von der Einführung automatisierter Schulverwaltungsverfahren die Schulstatistik profitieren könnte, während sich gleichzeitig die umfangreiche Arbeit in der Schulverwaltung für die Statistik reduzierte.

Arbeitsgruppe gebildet

1983 berief das Kultusministerium Rheinland-Pfalz eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Rationalisierung der Schulverwaltung und der Statistikdatei Schulen befassen sollte. Der Auftrag an diese Arbeitsgruppe lautete, eine Vorgabe für ein Programmsystem zu erarbeiten, das – begrenzt auf Gymnasien – landeseinheitlich eingesetzt werden kann und sowohl den Anforderungen der schulinternen Verwaltung genügt als auch den Informationsbedarf der Schulbehörden deckt sowie den Datenträgeraustausch mit dem Statistischen Landesamt ermöglicht.

Die Arbeitsgruppe erstellte in mehreren Tagungen ein Verzeichnis über die von einem Programmsystem zu erbringenden Leistungen und entwarf die Datensatzbeschreibung. Als grundsätzliche Anforderungen wurden verlangt:

- Ablaufsicherheit und Benutzerführung aller Programme müssen auf die Bedienung durch EDV-Laien abgestimmt sein, da überwiegend Bürokräfte damit arbeiten.
- Die Benutzung einheitlicher Bezeichnungen für Fächer, Klassen usw. vorzuschreiben, würde die Akzeptanz des Programmsystems bei den Schulen vermindern. Die Umsetzung schulinterner Bezeichnungen in die Vorgaben des Statistischen Landesamtes muß von einem Programm geleistet werden.
- Beim Dateiaufbau und beim Änderungsdienst sollen vom Anwender keine Schlüsselwerte gefordert werden und weitestgehende Plausibilitätsprüfungen die Eingabe fehlerhafter Daten möglichst vollständig ausschließen.
- Grundsätzlich müssen für alle Merkmale frei wählbare Standardwerte gesetzt werden können.
- Auf Wunsch muß jeder Dialog protokolliert und der augenblickliche Bildschirminhalt zu jeder Zeit auf dem Drucker ausgegeben werden können.
- Das System muß die Zugriffsberechtigung auf die Dateien und Felder derselben gemäß einer abgestuften Skala überprüfen.

An die Anwendungsprogramme wurden ebenfalls eine Reihe von Forderungen gestellt, die sich vor allem auf Aufbau, Pflege und Präsentation der in der Datensatzbeschreibung angegebenen Daten und Dateien bezogen. Außerdem sollte die zu entwickelnde Software so weit wie nur irgend möglich portabel sein, um sie auf Rechnern unterschiedlicher Fabrikate einsetzen zu können. Um die Leistungen und Datensätze schnell veränderten Anforderungen anpassen zu können, sollte ein Datenbanksystem verwendet werden.

1) K. D. Dietrich, G. Kernich-Möhringer: Neue Verfahren in der Schulstatistik. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 34, Heft 12, Dezember 1981.

Möglichkeiten des Datentransfers auf Disketten an das Statistische Landesamt

Gerät	an der Schule verwendetes Programm	Diskette	Transfer der Statistikdaten mit	Ergebnis (= Übermittlung an Statistisches Landesamt)
apple II e	SCHU.D	SCHU.D-Diskette	BAD EMS GENERATOR	Bad-Ems-Diskette
apple II e	eigenes UCSD- PASCAL-Programm	Pascal-Text- Datenfiles	PASBET	Bad-Ems-Diskette
IBM (oder kompatibles Gerät)	ISIS			ISIS-Statistik- Diskette (MS-DOS)
IBM (oder kompatibles Gerät)	Schulinternes Programm	Textdatei in ASCII-Format		Statistik-Diskette (MS-DOS)

Ausgehend von der Tatsache, daß das 1983 an den Gymnasien am häufigsten verfügbare Gerät ein Personal-Computer des Typs apple II e war, wurden auf dem Softwaremarkt Datenbanksysteme geprüft, die (auch) auf diesem Gerät verwendet werden konnten. Als Programmiersprache wurde UCSD-PASCAL vorgesehen, die auch auf Rechnern anderer Fabrikate eingesetzt werden kann. Nach eingehenden Recherchen wurde ein Datenbanksystem gefunden, das die Anforderungen erfüllte. Die Arbeitsgruppe schlug dem Kultusministerium Rheinland-Pfalz vor, das Projekt auf der Basis des ausgewählten portablen Datenbank- und Programmiersystems zu realisieren.

Modellversuch gestartet

Daraufhin startete 1984 das Kultusministerium den Modellversuch SaM (Schulverwaltung auf Mikrocomputern) und bestimmte fünf Versuchsschulen. Diese Schulen erhielten die für den Schulversuch notwendigen Geräte. An den Besprechungen der Projektgruppe „Schulverwaltung auf Mikrocomputern“ nahmen neben den Arbeitsgruppenmitgliedern aus den Versuchsschulen in der Regel auch Vertreter des Statistischen Landesamtes teil.

Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe war die Entwicklung und Erprobung eines Programmsystems zur Realisierung der Vorgaben. In die Erprobung einbezogen waren auch die späteren Anwender der Programme, die Schulsekretärinnen der betroffenen Schulen. In der Anfangsphase des Projekts wurde mit Spielmaterial, also erfundenen Datensätzen, gearbeitet. Nachdem das Projekt soweit gediehen war, daß auch an die Verarbeitung echter Daten gedacht werden konnte, wurde es bei der Datenschutzkommission Rheinland-Pfalz angemeldet.

Schon bei der Verwirklichung des Bereichs „Erfassen, Pflegen und Bearbeiten von Schülerstammdaten“ im Programm ISIS (Internes Schul-Informationssystem) wurden die Grenzen der eingesetzten Hardware (apple IIe) deutlich, und man sah sich 1985 gezwungen, die Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten mit dem erreichten Stand zunächst abzubrechen. Erst von der Mitte des Jahres 1987 an konnte die ISIS-Entwicklung auf der Basis des Datenbanksystems dBase bzw. Foxbase und auf MS-DOS-Rechnern der AT-

Klasse fortgesetzt werden. Inzwischen ist ein sehr leistungsfähiges und benutzerfreundliches Programm entstanden, das immer größere Verbreitung findet, auch über Rheinland-Pfalz hinaus.

Zwischenzeitlich war ab September 1985 – weil die meisten Schulen damals nur über apple-Rechner verfügten – das apple-spezifische (somit nicht portable) Programm SCHU.D. (Schul-Datenbank) als Übergangslösung in den Modellversuch einbezogen und so weiterentwickelt worden, daß es ebenfalls dem geforderten Leistungsumfang entsprach.

Primär werden beide Verfahren schulintern genutzt. Neben der Aufnahme und Pflege der Schülerdatensätze können Schülerstammbücher ausgedruckt werden sowie Listen für alle in einer Schule anstehenden organisatorischen Maßnahmen (Bundesjugendspiele, Studienfahrten, Klassenbuch, Schutzimpfungen), und zwar Namens-, Klassen- und Wohnortlisten nach unterschiedlichen Auswahl- und Sortierverfahren, daneben auch Adressenaufkleber oder Schulbesuchsbescheinigungen. Aus den Verwaltungsdaten kann auch ein Teil der Informationen aggregiert und ausgedruckt werden, der für die Schulbehörden benötigt wird, so daß die Meldung zusammengefaßter Daten an die Schulaufsicht mit der Einführung automatisierter Verfahren in der Schulverwaltung vereinfacht wird.

Datentransfer erprobt

Parallel dazu ist der Datentransfer an das Statistische Landesamt möglich. Im Verlauf der Projektgruppenarbeit wurde ein 80stelliger Datensatz vereinbart, der für die Übertragung anonymisierter schülerbezogener Statistikdaten eingehalten werden muß. Beim Programm ISIS werden die für die Statistik zu übermittelnden Schülerdaten aus den Datensätzen gewonnen, die in der Schülerstammdatei vorhanden sind. Die Statistikdiskette (5.25 Zoll, 360 KB formatiert), im Modellversuch nach dem Standort des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz als „Bad-Ems-Diskette“ bezeichnet, wird im IBM-kompatiblen Standard-Aufzeichnungsformat beschrieben, wie es von MS-DOS verlangt wird. Beim Programm SCHU.D. wurden die Schülerdaten mit dem Programm „Bad-Ems-Generator“ auf eine Diskette für das Statistische Landesamt transferiert, nachdem das Programm die Diskette formatiert hat.

Eine weitere Möglichkeit für die Datenübermittlung an das Statistische Landesamt besteht für Schulen, die eigene Schülerverwaltungsprogramme verwenden. Soweit diese mit Programmen in UCSD-Pascal arbeiten, kann der für den Datentransfer an das Statistische Landesamt erforderliche Standard mit dem ebenfalls im Rahmen der Projektgruppenarbeit SaM erstellten Programm PASBET (Pascal-Bad-Ems-Transfer) aus Pascal-Datenfiles erzeugt werden. Unter MS-DOS erstellte Textdateien in ASCII-Format können durch einen IBM-kompatiblen Rechner unmittelbar auf den erforderlichen Standard gebracht und an das Statistische Landesamt übergeben werden.

In zahlreichen Tests wurde die Datenübermittlung von den Schulen an das Statistische Landesamt per Diskette erprobt, insbesondere auch der Transfer innerhalb des Statistischen Landesamtes über IBM-kompatible Personal-Computer bzw. über apple/IBM-Personal-Computer auf den Großrechner, auf dem die Daten weiterverarbeitet werden.

Im Laufe des Jahres 1986 kristallisierte sich heraus, daß mit der Echtverarbeitung der aus den Schulverwaltungsdaten gewonnenen Statistikdaten im Statistischen Landesamt begonnen werden konnte. Die Schulbehörden informierten die rheinland-pfälzischen Schulen über die bestehenden Möglichkeiten und den vereinbarten und einzuhaltenden Datensatz. Zum Schuljahr 1987/88 übermittelten erstmals zehn Gymnasien und eine Hauptschule ihre schülerbezogenen Statistikdaten per Diskette an das Statistische Landesamt anstelle der Erhebungsbogen K (Klassenbogen), MSS I (Erhebungsvordrucke für die Mainzer Studienstufe) und S 2 (Einzugsbereiche der Schulen). Insgesamt wurden dabei 8 360 Datensätze auf Datenträgern übernommen. Die Verarbeitung zeigte, daß die Fehlerhäufigkeit der üblichen Quote entsprach. Zum Schuljahr 1988/89 beteiligten sich 31 Schulen an dem Verfahren, 21 678 Datensätze wurden transferiert. Bei den Schulen, die sich zum zweiten Mal beteiligten, traten fast keine Fehler mehr auf.

Projektgruppe erweitert

Entgegen dem ursprünglichen Auftrag, ein auf Gymnasien begrenztes Verfahren zu entwickeln, beteiligten sich nicht nur Gymnasien, sondern auch Hauptschulen, Realschulen und Integrierte Gesamtschulen daran. 1988 wurde daher die Projektgruppe vergrößert, um zu untersuchen, ob die Ergebnisse des Versuchs später für alle allgemeinbildenden Schulen nutzbar gemacht werden können. Eine Weiterentwicklung der Software, bei der die schulartspezifischen Besonderheiten aller allgemeinbildenden Schulen berücksichtigt würden, ginge über den Auftrag der Arbeitsgruppe weit hinaus. Es wird deshalb überlegt, einen über den ausschließlich auf Gymnasien zugeschnittenen Datensatz hinausgehenden Katalog zu erstellen. Inwieweit es hier zu einer Lösung für alle allgemeinbildenden Schulen kommen wird, ist derzeit noch offen.

Doch zeigte die bisherige Arbeit während des Modellversuchs und in der Echtverarbeitung, daß der Transfer von Daten an das Statistische Landesamt per Diskette relativ problemlos möglich ist. Gleichzeitig bekunden immer mehr Schulen ihr Interesse an Verwaltungssoft-

Datensatz für den Transfer von schüler-
bezogenen Statistikdaten an das
Statistische Landesamt

Bandsatzstelle:									
									1
									2
							Schulnummer		3
									4
									5
							Klassenbezeichnung		6
									7
									8
							Ganztagsklasse		9
						10			0
							Klassentyp		1
									2
							Geburtsjahr		3
									4
									5
							Lfd. Nr. des Schülers		6
									7
							Schüler insgesamt pro Klasse (in der MSS: pro Jahrgangsstufe)		8
						20			9
							Geschlecht		0
							Religionszugehörigkeit		1
							Teilnahme am Religionsunterricht	Religion	2
							Grund für Nichtteilnahme am RU		3
									4
							1. FS		5
									6
							2. FS		7
								Fremdsprachen (FS)	8
									9
						30	3. FS		0
									1
							4. FS		2
									3
							Wiederholer		4
							Neuzugang		5
									6
							Staatsangehörigkeit		7
									8
									9
						40	1		0
									1
							2	Leistungskurse	2
									3
							3		4
									5
							1		6
									7
							2		8
									9
						50	3		0
									1
							4	verpflichtend gewählte Grundkurse	2
									3
							5		4
									5
							6		6
									7
							7		8
									9
						60	8		0
									1
							1		2
									3
							2	freiwillig gewählte Grundkurse	4
									5
							3		6
									7
							4		8
									9
						70	0	Kreis	0
									1
							2	Verbands- gemeinde	2
								Wohnort des Schülers	3
							3		4
									5
							Gemeinde		6
									7
							Ortsteil		8
									9
							5-Tage-Woche		0
						80		Lfd. Nr. der Diskette	0

ware und am Datenträgeraustausch mit dem Statistischen Landesamt. Es fehlen aber vielfach die Kenntnisse über die notwendige Hardware- und Softwareausstattung und über den Umgang mit den Verfahren. Als dies offensichtlich wurde, informierte die Projektgruppe ab Dezember 1986 potentielle Anwender der Programme über die Arbeitsergebnisse. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Lehrerfortbildung Einführungskurse für die Programme ISIS und SCHU.D. durchgeführt. Bei zwei Informationsveranstaltungen wurden auch die kommunalen Spitzenverbände auf das Arbeitsergebnis und die Möglichkeiten zur Rationalisierung der Verwaltungsarbeit in der Schule hingewiesen, da die Kommunen als Träger des Sachbedarfs und der personellen Ausstattung im Verwaltungsbereich der Schulen sowohl für die Anschaffung der Hard- und der Software als auch den Einsatz der Schulsekretärinnen verantwortlich sind. Die Demonstration der Programme wurde sehr positiv aufgenommen, so daß in der Folge auch von seiten der kommunalen Spitzenverbände für die Hauptanwender der Verfahren, die Schulsekretärinnen, Weiterbildungsveranstaltungen angeboten wurden.

Große Zeitersparnisse zu erwarten

Nach der Ausstattung der Schulen mit Geräten ausschließlich für die Schulverwaltung, der Anschaffung

der Software und der Schulung des Personals ist der Datentransfer für die Statistik nicht sofort zu erwarten. Nach der Einarbeitszeit und der Aufnahme aller Schülerdaten in die Dateien werden in den meisten Fällen auch zunächst die schulinternen Nutzungsmöglichkeiten getestet. So ist die breitere Anwendung der Verfahren mit Auswirkungen auf die Statistik erst mit Zeitverzögerung zu erwarten. Es läßt sich jedoch absehen, daß in einigen Jahren für einzelne Schularten ein Teil der statistischen Erhebungsbogen vollständig durch den Datenträgeraustausch ersetzt werden kann. Damit wird für Teilbereiche auch die zeitaufwendige Datenerfassung im Statistischen Landesamt entfallen. Derzeit werden die Daten der „Diskettenschulen“, also der am Datenträgeraustausch beteiligten Schulen, mit den auf konventionellem Weg erfaßten Daten zusammen verarbeitet, sobald die Datenerfassung abgeschlossen ist. Wenn alle Schulen einer Schulart ihre Daten per Diskette übermitteln, kann mit der Verarbeitung im Statistischen Landesamt direkt nach dem Eingang der letzten Diskette begonnen werden, so daß für einzelne Schularten Zeitersparnisse von bis zu drei Monaten bei der Datenerstellung an die Nutzer der Statistik erzielt werden können.

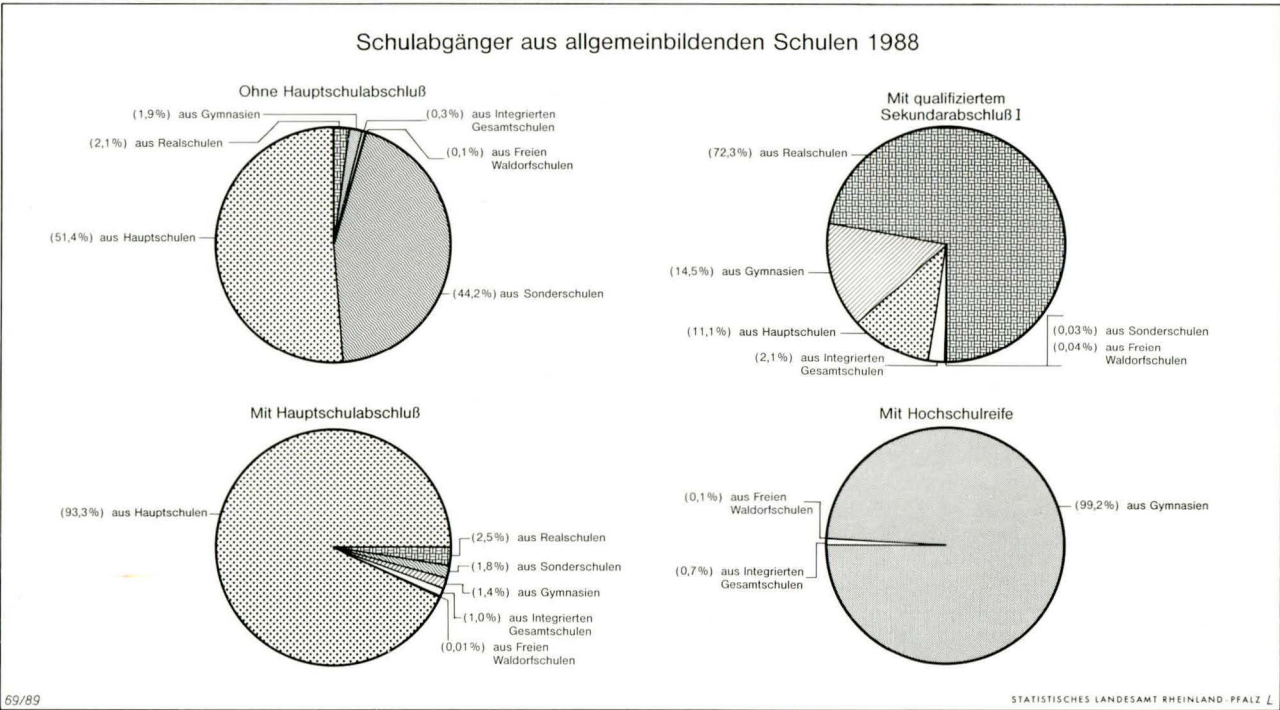
Diplom-Volkswirtin Gertraud Kernich-Möhringer

Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen seit 1980

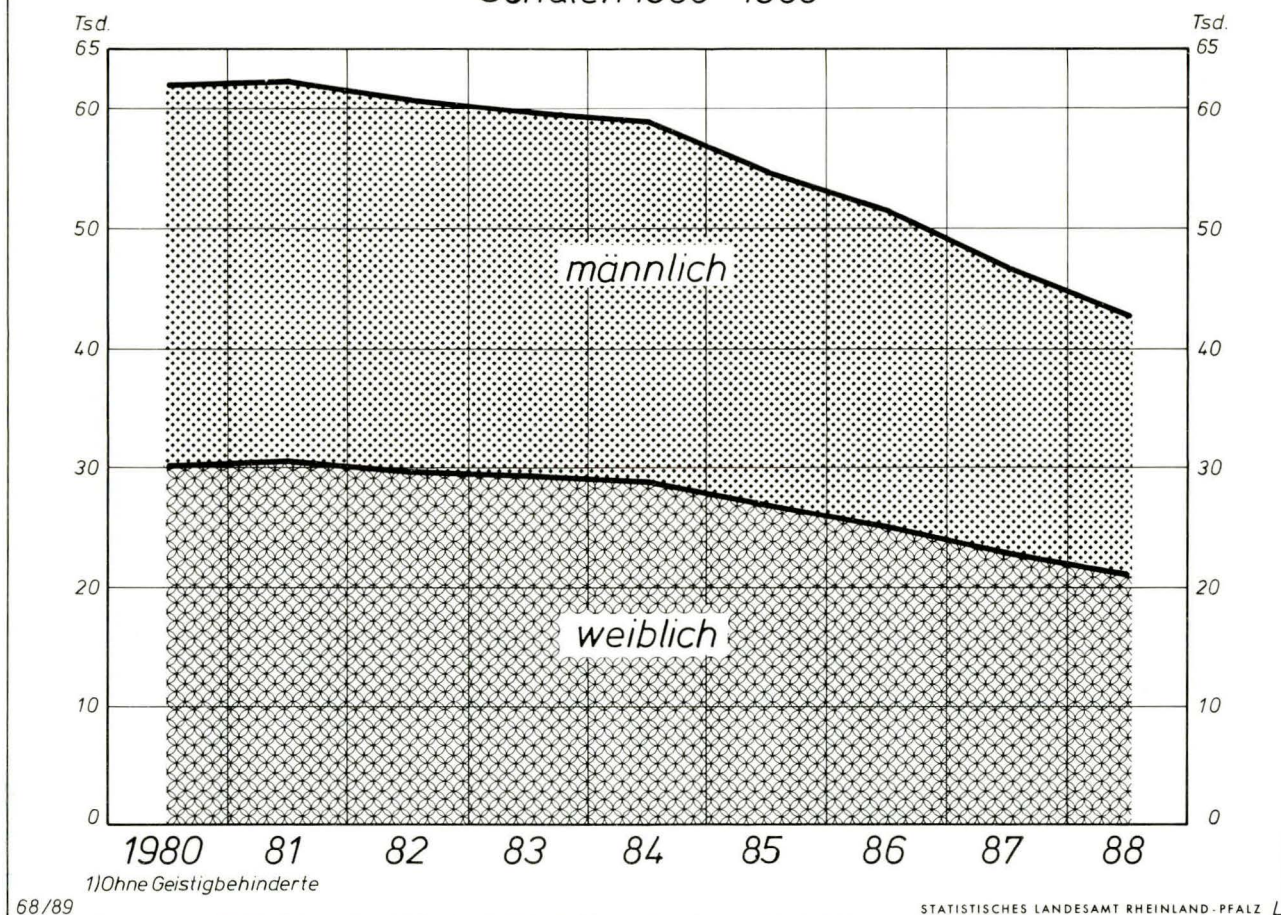
Die allgemeinbildenden Schulen bieten als Abschlußmöglichkeiten

- den Hauptschulabschluß (auch Berufsreife genannt), der mit erfolgreichem Abschluß der 9. Klassenstufe erreicht wird,

- den qualifizierten Sekundarabschluß I (früher Mittlere Reife) nach der zehnten Klassenstufe und
- die allgemeine Hochschulreife (Abitur) nach Jahrgangsstufe 13.



Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen 1980–1988¹⁾



Schüler, die die Schulbesuchszeit ihrer Schulart erfüllt haben und keinen entsprechenden Abschluß erreichen konnten, verlassen die Schule ohne Abschluß und erhalten ein Abgangszeugnis. Obwohl die Abschlüsse an verschiedenen Schularten gemacht werden können, sind sie einander gleichgestellt. So ist beispielsweise ein an einer Hauptschule erworbener Hauptschulabschluß vergleichbar mit dem Hauptschulabschlußzeugnis eines Gymnasiums. Neben den genannten Abschlußarten bieten die Sonderschulen die Möglichkeit des Abschlusses für Lernbehinderte oder Geistigbehinderte.

waren es im Sommer 1988 nur 42 947 Absolventen. Das entspricht einem Rückgang von 31 %. Immer mehr Jugendliche streben einen höherwertigen Bildungsabschluß an. Von 100 Schulabgängern des Jahres 1980 hatten 13 das Abitur, 24 den qualifizierten Sekundarabschluß I, 52 einen Hauptschulabschluß und elf verließen ohne Abschluß die Schule. Bis Sommer 1988 änderte sich diese Verteilung stark: 24 von 100 Abgängern hatten Abitur, 30 einen qualifizierten Sekundarabschluß I, 37 einen Hauptschulabschluß und neun keinen Abschluß.

Zahl der Schulentlassenen ständig gesunken

Seit 1980 haben in Rheinland-Pfalz etwas mehr als eine halbe Million Schüler die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Davon hatten rund 45 500 oder 9,1 % keinen Abschluß, 227 000 (45,3 %) einen Hauptschulabschluß, 131 300 oder 26,2 % den qualifizierten Sekundarabschluß I und 96 750 (19,3 %) hatten die allgemeine Hochschulreife erreicht.

Die Zahl der Schulentlassenen ist in den 80er Jahren ständig zurückgegangen. Verließen 1979/80 noch 62 221 Schüler die rheinland-pfälzischen Schulen, so

Immer mehr Hauptschüler mit qualifiziertem Sekundarabschluß I

Zum Ende des Schuljahres 1987/88 wurden insgesamt 18 396 Schüler aus den rheinland-pfälzischen Hauptschulen entlassen. Davon blieben 10,4 % (1 909 Schulabgänger) ohne Abschluß, 82 % oder 15 080 hatten den Hauptschulabschluß und 7,6 % oder 1 407 Schulabgänger den qualifizierten Sekundarabschluß I in der Tasche. Acht Jahre zuvor gab es noch 36 189 Hauptschulabsolventen, wovon 3 887 oder 10,7 % keinen Abschluß hatten, 31 053 (85,8 %) besaßen den Hauptschulabschluß und 1 249 (3,5 %) den qualifizierten Sekundarabschluß I. Die Tatsache, daß 1988 mehr

Schüler die Hauptschulen mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I verließen, ist darauf zurückzuführen, daß immer mehr Hauptschulen ein freiwilliges zehntes Schuljahr anbieten, und daß dieses Angebot von immer mehr Hauptschülern wahrgenommen und erfolgreich abgeschlossen wird.

Bei den Realschulen liegt der Schwerpunkt der Abschlüsse naturgemäß beim qualifizierten Sekundarabschluß I. Von den 9 680 Entlaßschülern des Jahres 1988 haben ihn 9 204 erreicht, was einem Prozentanteil von 95,1 entspricht. Mit dem Hauptschulabschluß verließen 398 oder 4,1 % der Absolventen die Realschulen und 78 (0,8 %) mußten ohne Abschluß die Schule verlassen. Im Sommer 1980 betrug die Zahl der Realschulabsolventen noch 11 326 (qualifizierter Sekundarabschluß I 94,8 %, Hauptschulabschluß 4,5 %, ohne Hauptschulabschluß 0,7 %).

Ständig mehr Abiturienten

An den Gymnasien haben in den letzten Jahren immer mehr Schüler und Schülerinnen das Abitur gemacht. Von den 11 466 Entlaßschülern 1980 hatten 71,8 % das Abitur. 2 612 oder 22,8 % verließen mit dem qualifizierten Sekundarabschluß I das Gymnasium, 497 (4,3 %) hatten

den Hauptschulabschluß und 119 (1 %) waren ohne Abschluß.

Im vergangenen Jahr waren von insgesamt 12 411 Absolventen 10 266 oder 82,7 % Abiturienten. 1 843 oder 14,8 % erreichten den qualifizierten Sekundarabschluß I, 232 (1,9 %) den Hauptschulabschluß und 70 (0,6 %) blieben ohne Abschluß.

Die Integrierten Gesamtschulen wurden in Rheinland-Pfalz 1973 als Schulversuch eingeführt. Seit 1985 sind sie Regelschule. Zum Ende des Schuljahres 1980/81 gab es erstmals zwei voll ausgebaute Schulen dieser Schulart (in Kaiserslautern und Kastellaun), wobei die Integrierte Gesamtschule Kastellaun nur bis zur zehnten Klassenstufe geführt wird. Im Sommer 1981 verließen von 445 Schülertlassen 70 (15,8 %) als Abiturienten diese Schulart. 228 oder 51,2 % hatten den qualifizierten Sekundarabschluß I, 136 oder 30,6 % den Hauptschulabschluß und 2,5 % der Absolventen gingen ohne Abschluß ab. Sieben Jahre später hatte sich zwar die Zahl der Schulabgänger auf 508 erhöht (es gab inzwischen noch zwei weitere Schulen in Ludwigshafen und in Mainz-Bretzenheim), das Verhältnis der Abgangsarten hatte sich aber kaum verändert (13,6 % Abiturienten, 52,8 % mit qualifiziertem Sekundarabschluß I, 31,1 % mit Hauptschulabschluß, 2,6 % ohne Hauptschulabschluß).

Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen nach Schularten und Klassenstufen / Klassen 1987/88

Schulabgänger	Ins- gesamt	Klassenstufe / Klasse							
		8 und darunter	9	besondere Abgangs- klasse	besondere Abschluß- klasse	10	11	12	13
aus Hauptschulen	18 396	1 413	15 358	38	159	1 428	—	—	—
ohne Hauptschulabschluß	1 909	1 413	438	38	20	—	—	—	—
mit Hauptschulabschluß	15 080	—	14 920	—	139	21	—	—	—
mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	1 407	—	—	—	—	1 407	—	—	—
aus Realschulen	9 680	31	285	—	—	9 364	—	—	—
ohne Hauptschulabschluß	78	31	47	—	—	—	—	—	—
mit Hauptschulabschluß	398	—	238	—	—	160	—	—	—
mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	9 204	—	—	—	—	9 204	—	—	—
aus Gymnasien	12 411	38	170	—	—	1 089	416	207	10 491
ohne Hauptschulabschluß	70	38	26	—	—	6	—	—	—
mit Hauptschulabschluß	232	—	144	—	—	88	—	—	—
mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	1 843	—	—	—	—	995	416	207	225
mit Abitur	10 266	—	—	—	—	—	—	—	10 266
aus Integrierten Gesamtschulen	508	3	166	—	—	250	13	5	71
ohne Hauptschulabschluß	13	3	10	—	—	—	—	—	—
mit Hauptschulabschluß	158	—	156	—	—	2	—	—	—
mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	268	—	—	—	—	248	13	5	2
mit Abitur	69	—	—	—	—	—	—	—	69
aus Freien Waldorfschulen	20	2	—	—	—	3	1	6	8
ohne Hauptschulabschluß	3	2	—	—	—	1	—	—	—
mit Hauptschulabschluß	3	—	—	—	—	2	1	—	—
mit qualifiziertem Sekundarabschluß I	6	—	—	—	—	—	—	6	—
mit Abitur	8	—	—	—	—	—	—	—	8
aus Sonderschulen (ohne Geistigbehinderte)	1 568	197	1 136	—	—	235	—	—	—
mit Abgangszeugnis der Schule für Lernbehinderte	983	—	972	—	—	11	—	—	—
Hauptschule	284	—	74	—	—	210	—	—	—
Realschule	5	—	—	—	—	5	—	—	—
mit Abgangszeugnis der Schule für Lernbehinderte	266	184	81	—	—	1	—	—	—
Hauptschule	30	13	9	—	—	8	—	—	—

Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen nach Abschlußarten ab 1980 – 1988

Schulart	Ins- gesamt	Ohne Hauptschulabschluß ¹⁾				Mit Hauptschul- abschluß		Mit qualifiziertem Sekundar- abschluß I		Mit Hochschulreife ²⁾	
		zusammen		Mit dem Abschlußzeugnis einer Sonderschule							
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1979/80											
Grund- und Hauptschulen	36 189	3 887	10,7	–	–	31 053	85,8	1 249	3,5	–	–
Sonderschulen	2 923	2 619	89,6	1 693	64,6	287	9,8	17	0,6	–	–
Realschulen	11 326	78	0,7	–	–	509	4,5	10 739	94,8	–	–
Gymnasien	11 466	119	1,0	–	–	497	4,3	2 612	22,8	8 238	71,8
Integrierte Gesamtschulen	317	7	2,2	–	–	172	54,3	75	23,7	63	19,9
I n s g e s a m t	62 221	6 710	10,8	1 693	25,2	32 518	52,3	14 692	23,6	8 301	13,3
1981/82											
Grund- und Hauptschulen	31 955	3 254	10,2	–	–	27 409	85,8	1 292	4,0	–	–
Sonderschulen	2 746	2 419	88,1	1 646	68,0	318	11,6	9	0,3	–	–
Realschulen	11 320	67	0,6	–	–	607	5,4	10 646	94,0	–	–
Gymnasien	14 547	61	0,4	–	–	515	3,5	2 766	19,0	11 205	77,0
Integrierte Gesamtschulen	439	8	1,8	–	–	152	34,6	178	40,5	101	23,0
I n s g e s a m t	61 007	5 809	9,5	1 646	28,3	29 001	47,5	14 891	24,4	11 306	18,5
1983/84											
Grund- und Hauptschulen	28 759	2 444	8,5	–	–	25 119	87,3	1 196	4,2	–	–
Sonderschulen	2 407	2 036	84,6	1 519	74,6	365	15,2	6	0,2	–	–
Realschulen	11 838	69	0,6	–	–	598	5,1	11 171	94,4	–	–
Gymnasien	15 462	72	0,5	–	–	477	3,1	3 098	20,0	11 815	76,4
Integrierte Gesamtschulen	469	6	1,3	–	–	153	32,6	198	42,2	112	23,9
I n s g e s a m t	58 935	4 627	7,9	1 519	32,8	26 712	45,3	15 669	26,6	11 927	20,2
1985/86											
Grund- und Hauptschulen	23 499	2 540	10,8	–	–	19 803	84,3	1 156	4,9	–	–
Sonderschulen	2 244	1 858	82,8	1 409	75,8	378	16,8	8	0,4	–	–
Realschulen	11 181	101	0,9	–	–	510	4,6	10 570	94,5	–	–
Gymnasien	14 066	64	0,5	–	–	340	2,4	2 874	20,4	10 788	76,7
Integrierte Gesamtschulen	545	12	2,2	–	–	167	30,6	285	52,3	81	14,9
I n s g e s a m t	51 535	4 575	8,9	1 409	30,8	21 198	41,1	14 893	28,9	10 869	21,1
1987/88											
Grund- und Hauptschulen	18 396	1 909	10,4	–	–	15 080	82,0	1 407	7,6	–	–
Sonderschulen	1 932	1 643	85,0	1 329	80,9	284	14,7	5	0,3	–	–
Realschulen	9 680	78	0,8	–	–	398	4,1	9 204	95,1	–	–
Gymnasien	12 411	70	0,6	–	–	232	1,9	1 843	14,8	10 266	82,7
Integrierte Gesamtschulen	508	13	2,6	–	–	158	31,1	268	52,8	69	13,6
Freie Waldorfschulen	20	3	15,0	–	–	3	15,0	6	30,0	8	40,0
I n s g e s a m t	42 947	3 716	8,7	1 329	35,8	16 155	37,6	12 733	29,6	10 343	24,1

1) Einschl. Abschluß- und Abgangszeugnisse der Schulen für Lernbehinderte und der Schulen für Geistigbehinderte und einschl. Schulabgängern aus Klassenstufe 8 und darunter. – 2) Ab 1978/79 Daten aus Schülerbewegungsstatistik.

Immer mehr Mädchen wollen einen höheren Bildungsabschluß

Der Anteil der Mädchen an den höheren Schulabschlüssen ist immer größer geworden. Zum Ende des Schuljahres 1979/80 lag der Anteil der weiblichen Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen bei 48,4 %. 40 von 100 Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß waren Mädchen, während bei den Absolventen mit Hauptschulabschluß diese Zahl 47 betrug. Der höchste Mädchenanteil wurde beim qualifizierten Sekundarabschluß I und beim Abitur erreicht. Hier waren 56 bzw. 48 von 100 Absolventen weiblichen Geschlechts. 1987/88 wurde diese Tendenz noch deutlicher. Bei den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß betrug der Mädchenanteil 38,4 %, beim Haupt-

schulabschluß 45,9 %, beim qualifizierten Sekundarabschluß I 54,7 % und beim Abitur 50,3 %.

Jeder siebte Sonderschulabgänger mit Hauptschulabschluß

Die rheinland-pfälzischen Sonderschulen entließen 1988 insgesamt 1 932 Schüler. Davon hatten 85 % keinen Hauptschulabschluß. Insgesamt 1 329 dieser Abgänger hatten ein Abschlußzeugnis für Lernbehinderte oder Geistigbehinderte erlangt, 284 erhielten ein entsprechendes Abgangszeugnis und 30 Schulabgänger erhielten ein Abgangszeugnis des Bildungsganges Hauptschule. Im Sommer 1980 lag der Anteil der Absolventen ohne Abschluß bei 89,6 %, davon 1 693 mit dem

Abschlußzeugnis einer Sonderschule, 843 mit einem Abgangszeugnis und 83 mit dem Abgangszeugnis der Hauptschule.

Bemerkenswert ist, daß immer mehr Sonderschulabsolventen einen höherwertigen Abschluß erreichen konnten. 1980 hatte jeder zehnte Abgänger aus Son-

derschulen einen Hauptschulabschluß erworben und 1988 bereits jeder siebte. Ein kleiner Teil verließ mit dem qualifizierten Sekundarabschluß I die Schule (1980: 0,6 %; 1988: 0,3 %).

Diplom-Verwaltungswirtin (FH)
Marion Monreal-Körber

Die Rebsortenstruktur in Rheinland-Pfalz

Rückblick und aktuelle Entwicklungstendenzen

Im deutschen Weinbau gewinnt die Qualitätserzeugung gegenüber der Mengenproduktion immer mehr an Bedeutung. Diese Entwicklung, die in der Vergangenheit durch die Wünsche der Konsumenten – die in einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem die Ausrichtung der Produktion bestimmen – eingeleitet wurde, wird von staatlicher Seite durch die Einführung von Produktionshöchstmengen je Flächeneinheit (Hektarhöchst-ertrags-Regelung) beschleunigt. Die standortgerechte Sortenwahl hat einen entscheidenden Einfluß auf die langfristige Qualitätsausrichtung der Weinproduktion. Vor diesem Hintergrund sollen im folgenden einige Ergebnisse der jährlichen statistischen Erhebungen über die Entwicklung der Rebflächen und des Rebsortiments vorgestellt werden. Die lange Nutzungsdauer der Rebanlagen bedingt, daß bei einer Beobachtung über einen sehr kurzen Zeitraum die Sortenstruktur ein stabiles Gefüge aufweist. Um rückblickend die Entwicklungstendenzen aufzeigen zu können, wird ein relativ langer

Beobachtungszeitraum (1964 bis 1988) gewählt. Auf die prozentualen Flächenanteile bei den Neuanlagen, die den aktuellen Trend anzeigen, wird vertiefend eingegan-

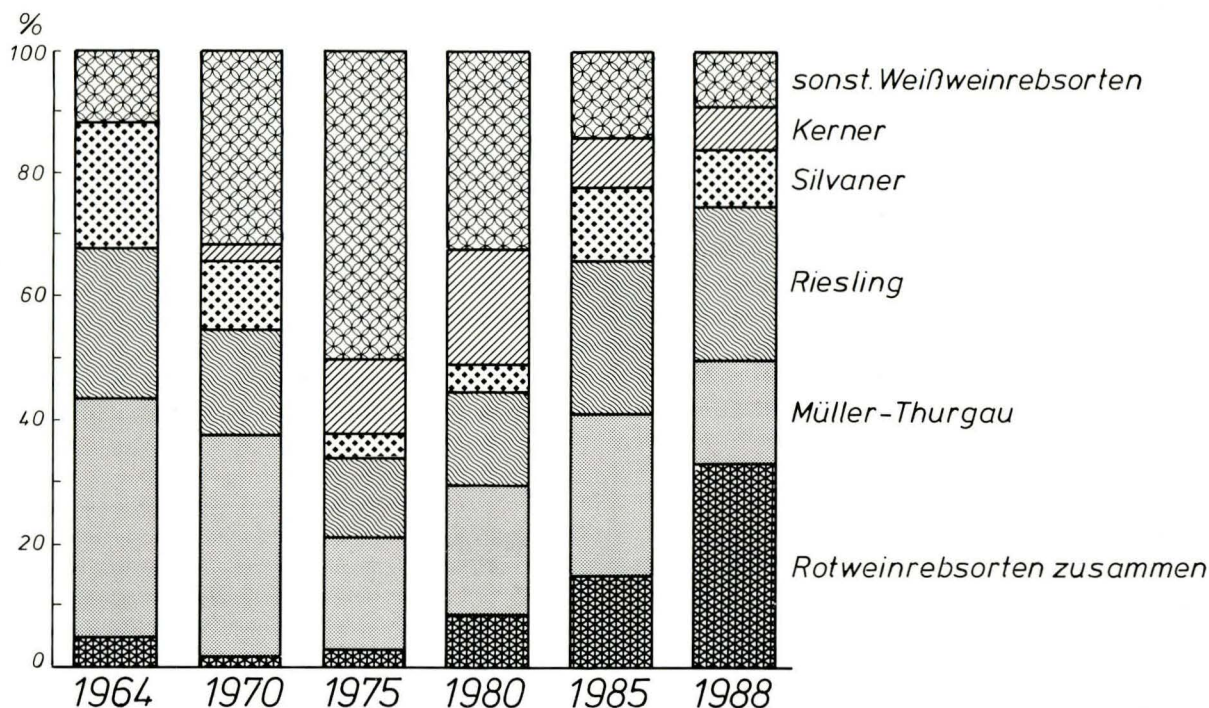
Über 90 Prozent der Rebfläche mit Weißwein-sorten bepflanzt

Die mit Keltertrauben bestockte Rebfläche in Rhein-land-Pfalz stieg von 48 090 ha im Jahr 1964 auf 65 990 ha im Jahr 1988 an. Davon sind 60 560 ha (92 %) mit Weißweinrebsorten bepflanzt. Ein Blick auf die zeitliche Entwicklung verdeutlicht, daß der prozentuale Flächen-anteil der Weißweinrebsorten von 1964 (90 %) bis 1979 (95 %) mehr oder minder kontinuierlich anstieg und seit-her wieder auf 92 % zurückgegangen ist. Rotweinreb-sorten werden vor allem im kleinsten Anbaugebiet, der Ahr, angepflanzt. Hier stehen 310 ha (72 %) Rotweinreb-

Bestockte Rebflächen nach Rebsorten und Anbaugebieten 1988

Rebsorten	Insgesamt		Ahr		Mittelrhein		Mosel-Saar-Ruwer		Nahe		Rheinhausen		Rheinpfalz	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Weißweinrebsorten														
Müller-Thurgau	14 804	22,4	46	10,8	76	10,4	2 838	22,2	1 188	25,9	5 601	22,5	5 055	22,3
Riesling	14 403	21,8	57	13,3	547	74,8	7 054	55,3	1 063	23,2	1 774	7,1	3 909	17,3
Kerner	5 964	9,0	6	1,4	42	5,8	868	6,8	382	8,4	2 111	8,5	2 555	11,3
Silvaner	5 541	8,4	0	0,0	8	1,1	3	0,0	551	12,0	3 202	12,9	1 778	7,9
Scheurebe	3 925	6,0	0	0,0	5	0,7	13	0,1	316	6,9	2 272	9,1	1 320	5,8
Bacchus	2 976	4,5	1	0,2	7	1,0	283	2,2	263	5,8	1 956	7,9	467	2,1
Morio-Muskat	2 222	3,4	0	0,0	0	0,0	4	0,0	45	1,0	833	3,4	1 340	5,9
Faberrebe	2 155	3,3	–	–	4	0,5	9	0,1	135	3,0	1 650	6,6	357	1,6
Huxelrebe	1 674	2,5	0	0,0	2	0,3	11	0,1	55	1,2	916	3,7	690	3,1
Ortega	1 209	1,8	0	0,0	2	0,3	143	1,1	24	0,5	670	2,7	370	1,6
Elbling	1 102	1,7	0	0,0	0	0,0	1 102	8,6	–	–	0	0,0	0	0,0
Ruländer	1 037	1,6	1	0,2	4	0,5	8	0,1	112	2,4	409	1,6	504	2,2
Sonstige	3 546	5,4	8	1,9	17	2,3	403	3,2	271	5,9	1 619	6,5	1 223	5,4
Zusammen	60 558	91,8	119	27,8	714	97,7	12 739	99,8	4 405	96,2	23 013	92,5	19 568	86,5
Rotweinrebsorten														
Portugieser, Blauer	3 204	4,9	100	23,4	4	0,6	2	0,0	64	1,4	1 013	4,1	2 022	8,9
Burgunder, Blauer Spät	964	1,4	173	40,4	11	1,5	17	0,1	53	1,1	361	1,4	349	1,5
Dornfelder	789	1,2	11	2,6	1	0,1	1	0,0	40	0,9	342	1,4	394	1,8
Sonstige	479	0,7	25	5,8	1	0,1	1	0,0	17	0,4	142	0,6	292	1,3
Zusammen	5 436	8,2	309	72,2	17	2,3	21	0,2	174	3,8	1 858	7,5	3 057	13,5
Insgesamt	65 994	100,0	428	100,0	731	100,0	12 760	100,0	4 579	100,0	24 871	100,0	22 625	100,0

Anpflanzungen nach Rebsorten 1964 – 1988



65/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

sorten. Einen für rheinland-pfälzische Verhältnisse überdurchschnittlichen Anteil von Rotweinrebsorten findet man mit 14 % (3 060 ha) auch noch im Anbaugebiet Rheinpfalz.

mit einem Flächenanteil von 75 % im Anbaugebiet Mittelrhein und mit 55 % im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer, im Anbaugebiet Rheinhessen nimmt er dagegen nur 7,1 % der Rebfläche ein.

Fast die Hälfte der Rebflächen sind mit Müller-Thurgau und Riesling bestockt

Mit 14 800 ha war der Müller-Thurgau 1988 die dominierende Rebsorte in Rheinland-Pfalz, dicht gefolgt vom Riesling, der auf 14 400 ha angebaut wird. Der Müller-Thurgau, der geringe Ansprüche an die Lage stellt und sich durch seine Ertragstreue auszeichnet, hatte 1970 mit einem Anteil von 27 % seine größte Bedeutung. In der Zeit von 1970 bis 1979 ging dieser geringfügig auf 26 % zurück. In den 80er Jahren hat ein stärkerer Rückgang auf nunmehr 22 % stattgefunden. Mit Ausnahme der beiden kleinen Anbaugebiete Ahr und Mittelrhein, in denen der Müller-Thurgau nur jeweils etwas mehr als 10 % der Rebfläche einnimmt, liegt der Müller-Thurgauanteil in allen anderen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten über 20 %. Im Gegensatz zum Müller-Thurgau ging der Flächenanteil des Rieslings, der hohe Ansprüche an die Lage stellt, dafür jedoch Weine von hervorragender Qualität liefert, vor allem in der Zeit zwischen 1970 (25 %) und 1979 (21 %) zurück und ist in den Jahren nach 1979 wieder langsam auf 22 % angestiegen. Der prozentuale Rückgang des Rieslinganbaus ist im wesentlichen durch die Rebflächenausdehnung bedingt. Die neu in die Weinbauliche Nutzung genommenen Flächen waren häufig für den Riesling nicht angemessen. Besondere Bedeutung hat der Riesling

Kerner auf Platz drei im Sortenspektrum

Durch eine Vielzahl neuer Rebsorten versucht die Rebenzüchtung ihren Beitrag zur Qualitätssteigerung und umweltverträglicheren Bewirtschaftung im Weinbau zu leisten. Viele dieser Neuzüchtungen erlangen jedoch nie eine wesentliche Bedeutung im praktischen Weinbau. Dem Rebenzüchter Herold ist es jedoch an der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Weinsberg gelungen, mit dem Kerner, einer Kreuzung der Sorten Riesling und Trollinger, eine neue, zunehmend bedeutender werdende Rebsorte zu züchten. Die Vorteile dieser Sorte liegen neben der guten Frosthärte in der Kombination von hohen Erträgen und überdurchschnittlichen Mostgewichten. Die Weine präsentieren sich frisch mit leichtem Muskatbukett und erinnern an den Riesling. Der Kerner, der 1964 lediglich 3 ha einnahm, wird mittlerweile auf 5 960 ha (9 %) angebaut. Besondere Bedeutung hat er mit 2 560 ha (11 %) in der Rheinpfalz, mit 2 110 ha (8 %) in Rheinhessen und mit 380 ha (8 %) an der Nahe.

Neben dem Kerner ist die Scheurebe, die bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts durch eine Kreuzung von Silvaner und Riesling an der Landesanstalt für Rebenzüchtung Rheinland-Pfalz in Alzey von Scheu gezüchtet wurde, ebenfalls als bedeutende Neuzüchtung zu nennen. Die Sorte zeichnet sich durch ihre Chlorosefestig-

keit und die duftigen körperreichen Weine mit verstärktem Rieslingbukett aus. Der Anbau stieg vor allem zwischen 1970 und 1979 von 1 140 ha auf 3 470 ha kräftig an, während in der Zeit zwischen 1979 und 1985 nur noch ein schwächeres Wachstum auf 4 150 ha festzustellen war. In jüngster Vergangenheit konnte ein leichter Rückgang der Anbaufläche auf nunmehr 3 925 ha beobachtet werden.

Anbau vieler Neuzüchtungen geht wieder zurück

Aus dem weiteren Spektrum der Neuzüchtungen soll hier nur die Entwicklung der heute von der Fläche her bedeutendsten Sorten Bacchus, Morio-Muskat, Faberrebe, Huxelrebe und Ortega kurz angesprochen werden. Die Rebsorten haben mit Ausnahme vom Morio-Muskat und Ortega eine nahezu parallele Entwicklung der flächenmäßigen Verbreitung durchlaufen. 1964 waren sie praktisch noch nicht im Anbau (maximal 0,1 % Flächenanteil je Sorte), in der Zeit zwischen 1960 und 1970 stieg ihr Anbauumfang nur geringfügig auf etwa 0,2 % Flächenanteil je Sorte, von 1970 bis 1979 fand eine rasche Ausdehnung auf Anteile zwischen 2,3 und 3,8 % statt, während in den Jahren zwischen 1979 und 1984/85 die Anbauflächen nur noch geringfügig stiegen und seit dieser Zeit wieder leicht rückläufig sind. Beim Morio-Muskat verlief die Entwicklung dahingehend, daß er mit 2,2 % bereits zu Beginn des Betrachtungszeitraumes 1964 von Bedeutung war. Der Morio-Muskat, der aus einer Kreuzung der Sorten Silvaner und Weißburgunder an der Bundesforschungsanstalt für Rebenzüchtung in Siebeldingen hervorging und sehr hohe Erträge bei geringer Qualität liefert, wuchs bis 1979 relativ kontinuierlich auf 4,7 % an und ist seitdem wieder auf 3,4 % zurückgegangen. Der Ortega, der in der bayerischen Landesanstalt für Wein- und Gartenbau in Würzburg durch eine Kreuzung von Müller-Thurgau und Siegerrebe gezüchtet wurde, erhielt erst 1968 den Sortenschutz. Die Sorte, die selbst bei früher Ernte häufig auslesegeeignete Moste hervorbringt und durch ihre Winterfrosthaltigkeit besticht, stand 1970 erst auf 12 ha. Ihr Anbau ist bis 1979 auf 990 ha gestiegen und lag 1988 bei 1 210 ha (1,8 %). Der Ortega wird im Anbau immer

noch ausgedehnt, da sich die Moste auf Grund der frühen Lese und der hohen Mostgewichte bestens für die Süßreservebereitung eignen. Auf Grund des frühen Lesezeitpunktes eroberte er sich auch den Markt für Federweißer. Die Sorte konnte sich darüber hinaus besonders in den strengen Wintern 1984/85 und 1985/86 bewähren.

Silvaner dauerhaft im Abwärtstrend

Der Silvaner, der 1964 mit 33 % noch die bedeutendste Rebsorte in Rheinland-Pfalz war, nahm 1988 mit 5 540 ha (8 %) Platz vier unter den Sorten ein. Der starke Rückgang des Silvaners, der nicht allzu hohe Lageansprüche stellt, ist auf die schlechte Holzreife und die Geschmacksneutralität seiner Weine, die heute von vielen Verbrauchern abgelehnt wird, zurückzuführen. Weiterhin könnten die weingesetzlichen Regelungen, die den bezeichnungsunschädlichen Verschnitt von Weinen verschiedener Rebsorten klar eingrenzen, zur Einschränkung des Silvaneranbaus geführt haben. Der Silvaner diente auf Grund seiner Geschmacksneutralität früher häufig als Verschnittwein. Silvaner wird hauptsächlich in Rheinhessen (3 200 ha), in der Rheinpfalz (1 780 ha) und an der Nahe (550 ha) angebaut. In den anderen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten hat er keine Bedeutung.

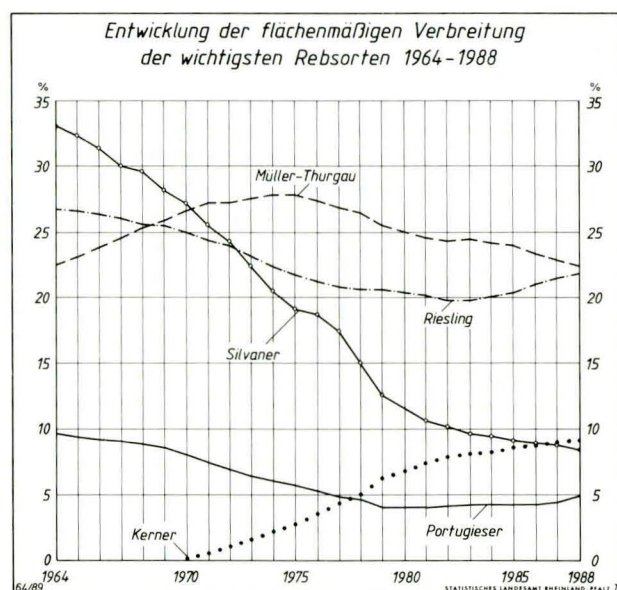
Nach starker Einschränkung des Portugieser-anbaus wächst die Anbaufläche wieder

Der Portugieser, der bei geringen Ansprüchen an Lage und Boden regelmäßig hohe Erträge bringt, ging von 4 620 ha (9,6 %) im Jahr 1964 auf 2 520 ha (4,0 %) im Jahr 1979 zurück. Im wesentlichen war die Anbaueinschränkung durch die hellrote Farbe der Weine bedingt, die die Konsumenten nicht mehr befriedigte. Der Portugieser wurde von den Rotweinen der südlicheren Anbaugebiete in der Europäischen Gemeinschaft vom Markt verdrängt. Ein neuerlicher Anstieg auf 3 200 ha (4,9 %) im Jahr 1988 ist nicht zuletzt dem Ausbau zu Weißherbst, der sich auf Grund seiner leichten bekömmlichen Art zunehmender Beliebtheit erfreut, zu verdanken. Der Portugieser ist vor allem in den Anbaugebieten Rheinpfalz (2 020 ha), Rheinhessen (1 010 ha) und im Rotweinanbaugbiet der Ahr (100 ha) von Bedeutung.

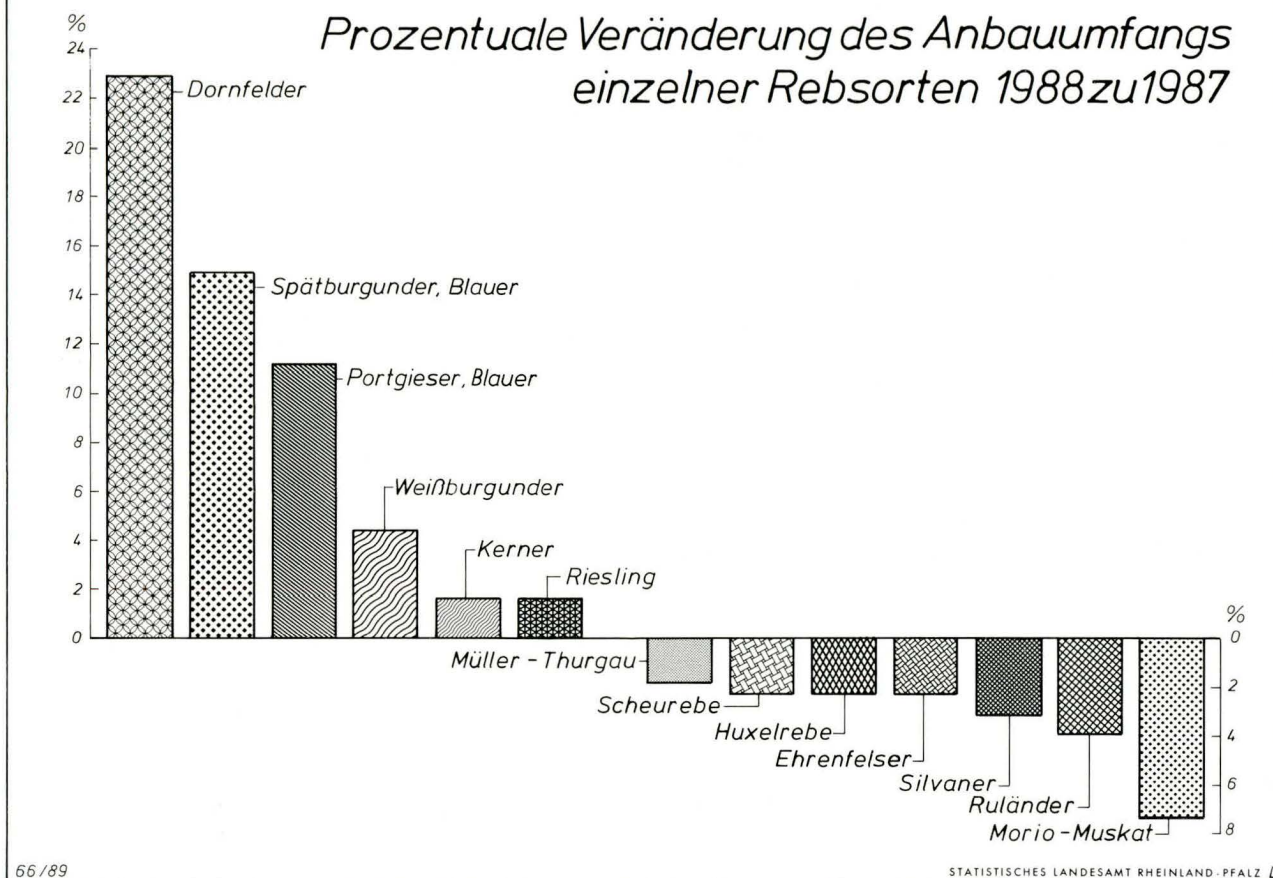
Bedeutende Ausweitung des Rotweinanbaus

Während bisher einige langfristige Tendenzen in der Entwicklung der Rebsortenstruktur in Rheinland-Pfalz aufgezeigt wurden, sollen im folgenden durch die Betrachtung der prozentualen Flächenanteile bei den Neuanlagen und den daraus resultierenden prozentualen Veränderungen der Anbauflächen der einzelnen Sorten die aktuellen Entwicklungstendenzen im Weinwirtschaftsjahr 1987/88 aufgezeigt werden. Hierbei werden lediglich die Rebsorten berücksichtigt, die in der Ausgangssituation (Stichtag 31. August 1987) einen Anbauumfang von mindestens 300 ha besaßen, da bei den „Sonstigen Rebsorten“ bereits eine kleine absolute Veränderung zu hohen prozentualen Ausschlägen führt.

Die mit Rotweinrebsorten bestockte Rebfläche ist im Weinwirtschaftsjahr 1987/88 von 4 800 ha auf 5 440 ha



Prozentuale Veränderung des Anbauumfangs einzelner Rebsorten 1988 zu 1987



66/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

(+ 13 %) angestiegen. Von den 2 380 ha Anpflanzungen in diesem Zeitraum entfielen allein 780 ha (33 %) auf Rotweinrebsorten. Die Tendenz zu einem Anstieg der Rotweinfläche, die sich durch eine 5,4%ige Steigerung im Weinwirtschaftsjahr 1986/87 bereits abzeichnete, hat sich also massiv verstärkt. Eine besonders gravierende Flächenausweitung zeigte im Pflanzjahr 1988 der Dornfelder (+ 23 %). Geringere, aber immer noch sehr große Steigerungsraten wurden für den Blauen Spätburgunder (+ 15 %) und den Blauen Portugieser (+ 11 %) ermittelt. Die rasante Ausdehnung des Rotweinbaus ist im wesentlichen ein Folge der Nachfrageentwicklung. Die schlechten Erzeugerpreise für Rotweine in den 60er Jahren und der ersten Hälfte der 70er Jahre bewirkten einen Rückgang des Rotweinbaus. Die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre einsetzende Steigerung der Nachfrage nach Rotweinen deutscher Herkunft traf damit auf eine relativ geringe Produktionskapazität. Auf die sich daraus ergebenden steigenden Rotweinpreise reagierten die Winzer bei der Sortenwahl Anfang der 80er Jahre nur sehr zögerlich, da sie offensichtlich von der Dauerhaftigkeit der Rotweinnachfrage nicht überzeugt waren. Nachdem auf dem Faßweinmarkt jetzt bereits über mehrere Jahre die Rotweinpreise um mehr als 100 % über den Weißweinpreisen liegen und eine Vielzahl von Winzern die Hoffnung auf bessere Preise für Weißweine aufgegeben hat, kam es im Pflanzjahr 1988 zu einem Boom bei der Pflanzung von Rotweinrebsorten. Die überdurchschnittliche Steigerungsraten beim Dornfelder ist zum einen durch die relativ geringe Verbreitung der Sorte bedingt, zum anderen ist sie aber auch darauf zurückzuführen, daß der Dornfel-

der, der wie der Kerner von Herold in Weinsberg gezüchtet wurde und sich durch hohe Erträge auszeichnet, fruchtige, farbkraftige Rotweine liefert, die den Einsatz von Deckrotwein überflüssig machen. Besondere Bedeutung erhält diese Tatsache dadurch, daß ab dem 1. Juli 1989 die Zugabe von Deckrotweinen ausländischer Herkunft zu deutschen Rotweinen prinzipiell untersagt ist.

Weißburgunder, Riesling und Kerner die einzigen Weißweinrebsorten mit nennenswerten Zuwachsraten

Unter den Weißweinrebsorten konnten im Weinwirtschaftsjahr 1987/88 lediglich Weißburgunder (+ 4,4 %), Riesling (+ 1,6 %) und Kerner (+ 1,6 %) ihre Flächen ausweiten. Der Weißburgunder, der in Frankreich als Pinot blanc und seiner Spielart Chardonnay weit verbreitet ist, erfreut sich vor allem in qualitätsorientierten Weingütern der Rheinpfalz und Rheinhessens zunehmender Beliebtheit. Weißburgunder zu Lagen- und Jahgangssekt der Geschmacksrichtung brut bzw. extra brut im Weingut angebaut, gilt mittlerweile als Geheimtip dieser Anbauggebiete. Dem Trend zu traditionellen Rebsorten entsprechend bevorzugen die Verbraucher wieder zunehmend trocken ausgebaute Weine der Rebsorte Riesling. Dieser Entwicklung wird von den Winzern bei der Sortenwahl gerne Rechnung getragen, da sie gerade in den strengen Wintern 1984/85 und 1985/86 den Riesling als frosthärteste klassifizierte Rebsorte erneut zu schätzen lernten. Die Zuwachsraten bei der Sorte Kerner sind im Vergleich zu früheren Jahren zwar

geringer, trotzdem erfreut sich der Kerner auf Grund seiner hervorragenden Sorteneigenschaften weiterhin einer großen Beliebtheit bei den Winzern. Auf Grund des hohen Prädikatsweinanteils lassen sich mit dem Kerner im Gegensatz zu vielen anderen Weißweinrebsorten zumindest befriedigende Deckungsbeiträge erzielen.

Die mit Müller-Thurgau bestockte Rebfläche ging 1987/88 um 280 ha (– 1,8 %) zurück. Der Silvaneranbau wurde um 180 ha (– 3,1 %) eingeschränkt. Auch die Sorten Ehrenfelser, Huxelrebe, Optima, Reichensteiner und Scheurebe erlitten Rückgänge von jeweils etwas mehr als 2 %. Etwas geringer war mit 1,7 % die Anbaueinschränkung bei der Faberrebe, während Morio-Muskat mit 7,3 % und Ruländer mit 3,9 % die gravierendsten Einbußen hinnehmen mußten. Damit reagierten die Winzer deutlich auf die Wünsche der Verbraucher.

Riesling könnte 1989 führende Rebsorte werden

Die Erhebung über die Erzeugung von vegetativem Vermehrungsgut in den Rebschulen erlaubt einen Ausblick auf das Pflanzjahr 1989. Rund 30 % der eingeschulten Veredlungen entfielen 1987/88 auf Rotwein-

rebsorten, so daß auch für 1989 hier wieder mit einer sehr deutlichen Steigerungsrate gerechnet werden kann. Die Frage, wie lange die Ausweitung des Rotweinbaus aus einzelbetrieblicher Sicht sinnvoll ist, muß jeder Winzer selbst entscheiden. Die Tendenz zur allgemeinen starken flächenmäßigen Ausweitung des Rotweinbaus, die sicherlich nicht ohne Auswirkungen auf das Erzeugerpreisniveau bleiben wird, sollte man jedoch in seine Überlegungen einbeziehen, zumal sich infolge der Höchstertragsregelung die optimale Nutzungsdauer der Rebanlagen verlängern wird. Auf den Riesling entfielen rund 24 % und auf den Müller-Thurgau etwas weniger als 19 % der eingeschulten Veredlungen. Damit dürfte 1989 der Riesling voraussichtlich wieder die führende Rebsorte werden. Aus den Ergebnissen über das vegetative Vermehrungsgut in Rebschulen läßt sich darüber hinaus der Schluß ziehen, daß sich der Abwärtstrend des Silvanerbaus 1989 verstärken wird und der Kerner langsam aber sicher in eine Stagnationsphase eintritt. Bei den übrigen Rebsorten werden sich die Tendenzen des Pflanzjahres 1988 auch im Pflanzjahr 1989 fortsetzen.

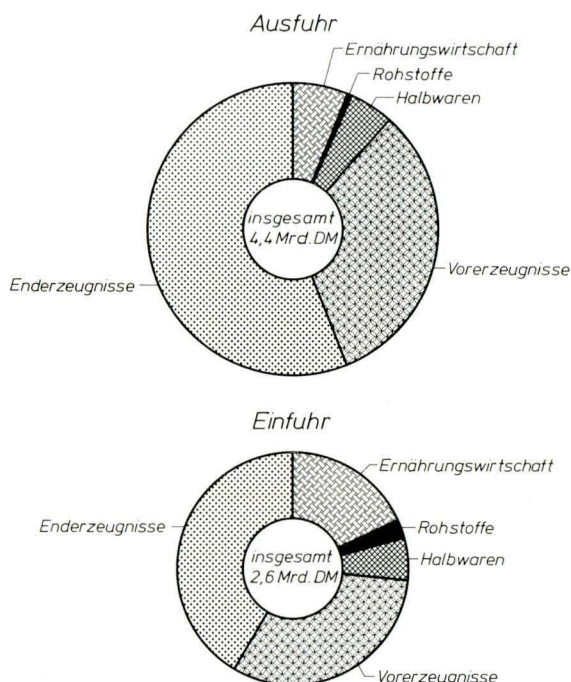
Diplom-Agraringenieur Jürgen Oberhofer

Außenhandel mit Frankreich 1950 bis 1988

Seit 1950, dem ersten Jahr außenhandelsstatistischer Aufzeichnungen nach dem Kriege, hat sich der Warenwert im Außenhandel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich verundertfacht.

Frankreich ist der wichtigste Handelspartner sowohl für die Bundesrepublik als auch für Rheinland-Pfalz. Die guten wirtschaftlichen Beziehungen zum westlichen Nachbarn sind Teil vielfältiger und enger Verflechtungen. Die Vollendung des EG-Binnenmarktes Ende 1992 ist ein weiterer sehr bedeutender Schritt.

Der Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich nach Warengruppen im Jahre 1988



71/89

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

25 Jahre Moselkanalisierung – ein neuer Verkehrsweg im Außenhandel mit Frankreich

Die Verbindungen von Rheinland-Pfalz mit Frankreich sind vielfältig und von einer langen Geschichte geprägt. Eine gemeinsame Grenze von 110 km im südwestlichen Landesteil von Rheinland-Pfalz macht Frankreich zum unmittelbaren Nachbarn. Internationale Verkehrslinien sind für den Warenverkehr auf Straße, Wasser und Schiene entstanden oder ausgebaut worden. Der Rhein als bedeutendste Binnenwasserstraße West- und Mitteleuropas wurde durch den Ausbau der Mosel um eine Großschiffahrtsstraße für den Gütertransport von und nach Frankreich ergänzt. Der Moselausbau, der im Jahre 1964 beendet war, erschloß den Wasserweg vom lothringischen Industriegebiet über Koblenz zum Rhein-Ruhr-Gebiet. Am 28. Oktober 1987 wurde nach Fertigstellung außerdem das Teilstück der Saar zwischen Konz und Dillingen (60 km) als Schiffsstraße freigegeben, was zu einer weiteren Belebung des Schiffs- und Güterverkehrs führte. An der Moselschleuse Koblenz wird der Güterdurchgangsverkehr aufgezeichnet.

Der Bau der Autobahn von Frankenthal nach Saarbrücken und der Eifel-Autobahn mit der geplanten Weiterführung schafften kürzere und schnellere Verbindungen. Rheinland-Pfalz hat durch seine zentrale geographische Lage mitten in Europa eine wichtige Funktion

Die Entwicklung des Außenhandels zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich 1970-1988



für den Warentransit nach und von Frankreich. Eine besondere Beziehung in der Nachkriegszeit entstand dadurch, daß Rheinland-Pfalz als Teil der französischen Besatzungszone in seinen heutigen Grenzen am 30. August 1946 durch Verordnung der damaligen französischen Besatzungsmacht entstanden ist.

Steigerung des Exports von 50 Mill. DM auf 4,4 Mrd. DM

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft exportierte im Jahre 1950 für 50 Mill. DM Güter nach Frankreich, wobei in der Außenhandelsstatistik das Fürstentum Monaco mitgerechnet wird. Zehn Jahre später belief sich der Export bereits auf 139 Mill. DM (+ 175 %). In der Dekade zwischen 1960 und 1970 wurde die höchste Steigerung des gesamten Zeitraums seit 1950 mit + 617 % verzeichnet. Der Exportwert belief sich im Jahre 1970 auf nahezu 1 Mrd. DM. Im Jahre 1980 wurden für 3 Mrd. DM Waren nach Frankreich ausgeführt (+ 187 %). Auch in den 80er Jahren setzte sich die Exportzunahme fort,

im Jahre 1988 wurde ein neuer Höchststand mit 4,4 Mrd. DM erzielt. Im gesamten Zeitraum seit 1950 erreichte der Anteil der Ausfuhren nach Frankreich im Durchschnitt rund 12 % des Güterexports. Von 1952 bis 1965 lag er zwischen 6 und 10 %.

Das Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wies in den 50er Jahren zwar hohe Zuwachsraten auf, andere Bundesländer hatten indes bessere Startbedingungen als die Grenzregion Rheinland-Pfalz. Durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden der rheinland-pfälzischen Wirtschaft aufgrund ihrer Zentrallage bessere Expansionschancen eröffnet, welche von einer weiteren Steigerung im Außenhandel begleitet war.

Die Lieferungen aller Bundesländer nach Frankreich bezifferten sich im Jahre 1950 auf 614 Mill. DM. Das sind 7,3 % des deutschen Gesamtexports. Seit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge im Jahre 1958 hat sich der Anteil der Ausfuhren nach Frankreich bundesweit ständig erhöht. In Rheinland-Pfalz war dieser Anteil

Güterdurchgangsverkehr an der Moselschleuse Koblenz nach Flaggen 1964-1988

Flagge	Berg- und Talverkehr							
	1964	1965	1970	1975	1980	1985	1987	1988
	Ladung in 1000 t							
Deutschland	-	-	4 462	5 060	5 780	4 196	3 604	5 480
Niederlande	-	-	2 018	2 192	2 128	3 464	3 366	5 822
Schweiz	-	-	171	644	732	667	527	728
Frankreich	-	-	2 408	1 916	2 078	898	670	771
Belgien	-	-	1 541	960	775	1 084	1 102	1 585
Übrige	-	-	127	135	165	146	147	140
Insgesamt	1 828	4 599	10 727	10 907	11 658	10 455	9 416	14 526

schon früher überdurchschnittlich hoch und ließ sich daher nicht mehr in gleichem Maße steigern. Bereits Anfang der 60er Jahre erreichten die Exporte der Bundesrepublik nach Frankreich rund ein Zehntel aller Warenlieferungen ins Ausland. Inzwischen beläuft sich der Anteil auf 12 %. Mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes Ende 1992, der Beseitigung letzter Handelshemmnisse und einer Harmonisierung von Steuern und anderen den Güteraustausch beeinflussenden Faktoren, wird sich dieser positive Trend fortsetzen.

Zuwachsraten des Imports geringer als die des Exports

Seit 1970 wird in der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland der Import nach Bundesländern nach dem Sitz des Importeurs untergliedert. Im Gegensatz zum Export ist eine regionale Feststellung, in welchem Bundesland die importierten Güter verbraucht werden, nicht möglich. Die Nachweisung erfolgt in der Form des Generalhandels. Im ersten Jahr der Feststellung des rheinland-pfälzischen Imports wurden für

1 Mrd.DM Waren aus Frankreich bezogen. Das entsprach etwa der Höhe des Exports. Auch im Jahre 1971 war der rheinland-pfälzische Außenhandel mit Frankreich ausgeglichen. Danach errechnet sich ein Ausfuhrüberschuß, der sich bis zum Jahre 1988 auf 1,7 Mrd. DM ausweitete.

Die rezessive Binnenkonjunktur Mitte der 70er Jahre spiegelt sich in den Einfuhren deutlich wider. Die Gesamteinfuhr der rheinland-pfälzischen Wirtschaft wies bis zu diesem Zeitpunkt ständig Zuwachsraten auf, die 1974 fast + 39 % erreichten. Danach verringerten sich die Importe im Jahre 1975 um 5,1 % auf 8,3 Mrd. DM. Von dieser Entwicklung waren nicht nur die Hauptlieferländer von Rohstoffen und Halbwaren betroffen, sondern auch die traditionellen Handelspartner, wie Frankreich. Der Anteil der Einfuhr aus Frankreich lag im Jahre 1970 bei 22 %, im Jahre 1988 bei 14 %.

Im Bundesgebiet wurden im Jahre 1950 für 11,4 Mrd. DM Waren importiert, darunter für 691 Mill. DM aus Frankreich (Anteil 6,1 %). Im Jahre 1960 stellten sich die Einfuhrzahlen auf 42,7 Mrd. DM (darunter Frankreich 4 Mrd.DM oder 9,4 %), 1970 waren es 110 Mrd.DM

Die Entwicklung des Außenhandels seit 1950

Jahr	Ausfuhr ¹⁾						Einfuhr					
	Bundesgebiet			Rheinland-Pfalz			Bundesgebiet ¹⁾			Rheinland-Pfalz ²⁾		
	ins-gesamt	nach Frankreich		ins-gesamt	nach Frankreich		ins-gesamt	aus Frankreich		ins-gesamt	aus Frankreich	
	Mill. DM	Anteil in %		Mill. DM	Anteil in %		Mill. DM	Anteil in %		Mill. DM	Anteil in %	
1950	8 362	614	7,3	397	50	12,6	11 374	691	6,1	.	.	.
1951	14 577	973	6,7	715	75	10,5	14 726	621	4,2	.	.	.
1952	16 909	1 077	6,4	710	51	7,2	16 203	606	3,7	.	.	.
1953	18 526	1 084	5,9	852	51	6,0	16 010	780	4,9	.	.	.
1954	22 035	1 194	5,4	1 004	59	5,9	19 337	965	5,0	.	.	.
1955	25 717	1 458	5,7	1 189	83	7,0	24 472	1 445	5,9	.	.	.
1956	30 861	1 947	6,3	1 378	118	8,6	27 964	1 345	4,8	.	.	.
1957	35 968	2 253	6,3	1 639	129	7,9	31 697	1 546	4,9	.	.	.
1958	36 998	2 164	5,8	1 658	115	6,9	31 133	1 595	5,1	.	.	.
1959	41 184	2 970	7,2	1 862	119	6,4	35 823	2 761	7,7	.	.	.
1960	47 946	4 202	8,8	2 127	139	6,5	42 723	3 998	9,4	.	.	.
1961	50 978	4 777	9,4	2 217	159	7,2	44 363	4 618	10,4	.	.	.
1962	52 975	5 440	10,3	2 308	193	8,4	49 498	5 270	10,6	.	.	.
1963	58 310	6 432	11,0	2 523	238	9,4	52 277	5 495	10,5	.	.	.
1964	64 920	7 424	11,4	2 894	297	10,3	58 839	6 270	10,7	.	.	.
1965	71 651	7 792	10,9	3 146	325	10,3	70 448	7 843	11,1	.	.	.
1966	80 628	9 216	11,4	3 971	504	12,7	72 670	8 617	11,9	.	.	.
1967	87 045	10 050	11,5	4 716	645	13,7	70 183	8 488	12,1	.	.	.
1968	99 551	12 242	12,3	5 355	804	15,0	81 179	9 778	12,0	.	.	.
1969	113 557	15 118	13,3	6 251	993	15,9	97 972	12 697	13,0	.	.	.
1970	125 276	15 480	12,4	6 794	996	14,7	109 606	13 899	12,7	4 692	1 048	22,3
1971	136 011	16 975	12,5	7 604	1 223	16,1	120 119	15 919	13,3	5 466	1 234	22,6
1972	149 023	19 406	13,0	8 849	1 474	16,7	128 744	18 157	14,1	5 765	1 339	23,2
1973	178 396	23 132	13,0	10 402	1 598	15,4	145 417	18 964	13,0	6 273	1 136	18,1
1974	230 578	27 345	11,9	14 157	1 977	14,0	179 733	20 898	11,6	8 700	1 384	15,9
1975	221 589	25 962	11,7	13 603	1 734	12,7	184 313	22 147	12,0	8 256	1 270	15,4
1976	256 642	33 666	13,1	16 004	2 313	14,5	222 173	25 831	11,6	9 778	1 512	15,5
1977	273 614	33 643	12,3	16 729	2 362	14,1	235 178	27 306	11,6	10 011	1 490	14,9
1978	284 907	34 895	12,2	16 341	2 259	13,8	243 707	28 281	11,6	10 420	1 553	14,9
1979	314 469	39 992	12,7	18 621	2 572	13,8	292 040	33 195	11,4	13 588	1 994	14,7
1980	350 328	46 615	13,3	21 678	3 004	13,9	341 380	36 591	10,7	16 947	2 390	14,1
1981	396 898	51 910	13,1	26 120	3 171	12,1	369 179	40 124	10,9	18 116	2 376	13,1
1982	427 741	60 129	14,1	26 883	3 413	12,7	376 464	42 878	11,4	17 888	2 179	12,2
1983	432 281	55 564	12,9	25 516	3 339	13,1	390 192	44 567	11,4	18 185	2 198	12,1
1984	488 223	61 336	12,6	28 058	3 560	12,7	434 257	45 840	10,6	19 280	2 291	11,9
1985	537 164	64 001	11,9	30 690	3 767	12,3	463 811	49 280	10,6	20 071	2 377	11,8
1986	526 363	62 331	11,8	29 316	3 910	13,3	413 744	47 083	11,4	17 292	2 450	14,2
1987	527 377	63 609	12,1	29 766	4 043	13,6	409 641	47 482	11,6	17 565	2 398	13,7
1988 ^o	567 750	71 272	12,6	32 745	4 360	13,3	439 768	53 045	12,1	18 927	2 614	13,8

1) Spezialhandel. - 2) Generalhandel.

Die Ausfuhr nach Frankreich nach Warengruppen 1950–1988

Warengruppe	1950	1960	1970	1980	1988
	1000 DM				
Ernährungswirtschaft	1 796	1 991	24 912	167 240	268 200
Lebende Tiere	18	368	3 871	5 803	1 059
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	599	229	5 408	37 564	42 120
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	1 045	662	4 905	63 182	57 448
Genußmittel	134	732	10 729	60 691	167 573
Gewerbliche Wirtschaft	48 674	136 979	970 864	2 837 043	4 092 264
Rohstoffe	3 884	10 947	18 857	41 408	23 591
Halbwaren	7 849	24 325	48 578	165 172	211 090
Mineralische Baustoffe	2 469	6 722	10 670	21 111	33 996
Chemische Halbwaren	2 740	2 845	19 093	32 040	81 837
Düngemittel	2 014	118	706	6 209	41 017
Fertigwaren	36 941	101 707	903 429	2 630 464	3 857 583
Vorzeugnisse	21 911	41 361	245 311	850 120	1 409 024
Kunststoffe	1 099	10 138	81 592	323 052	609 748
Chemische Vorzeugnisse	17 146	24 295	90 695	306 990	489 331
Teerfarbstoffe	3 158	7 807	20 091	43 147	80 602
Blech aus Eisen	650	169	21 380	32 286	30 746
Stangen, Bleche, Draht usw. aus Aluminium, Aluminiumlegierungen	.	2	6 464	35 085	75 490
Enderzeugnisse	15 030	60 346	658 118	1 780 344	2 448 559
Spinnstoffwaren, Kleidung	650	203	6 469	26 324	42 564
Schuhe aus Leder	13	7	6 497	21 857	31 077
Papierwaren	555	206	5 413	18 919	37 781
Holzwaren	1 064	4 161	16 141	22 387	34 907
Kautschuckwaren	1 303	871	23 329	110 944	119 711
Glaswaren	57	270	1 853	31 229	73 562
Eisenwaren	1 658	1 832	23 634	81 526	92 787
Waren aus edlen und unedlen Metallen	158	748	5 840	21 840	53 908
Maschinen	7 782	30 984	285 814	533 295	432 657
Landwirtschaftliche Maschinen einschl.					
Ackerschlepper	2 152	1 466	19 613	38 308	72 803
Pumpen, Druckluftmaschinen u. dgl.	128	2 368	13 480	28 691	49 125
Büromaschinen	.	33	148 103	275 180	48 756
Sonstige Maschinen	1 504	8 291	53 572	111 898	182 834
Elektrotechnische Erzeugnisse (auch elektrische Maschinen)	233	1 653	18 902	52 255	132 206
Chemische Erzeugnisse	522	13 836	85 959	228 564	366 625
Waren aus Kunststoffen	4	1 967	13 970	56 530	95 610
Pharmazeutische Erzeugnisse (auch unzubereitet)	328	4 291	7 730	28 075	73 232
Sonstige chemische Erzeugnisse	182	7 465	60 499	134 271	187 750
Kraftfahrzeuge	50 ¹⁾	264 ¹⁾	154 717 ¹⁾	567 148	946 552
Insgesamt	50 470	138 969	995 777	3 004 284	4 360 464

1) Einschl. Luftfahrzeuge.

(darunter Frankreich 14 Mrd.DM oder 13%) und zehn Jahre später 341 Mrd.DM (darunter Frankreich 36,6 Mrd.DM oder 11%). Der Import des Bundesgebietes stieg 1988 auf 440 Mrd.DM, aus Frankreich kamen Güter für 53 Mrd. DM, was einem Anteil von gut 12 % entspricht. Rheinland-Pfalz war an den Lieferungen nach Frankreich mit 6,1% beteiligt, an den Bezügen aus Frankreich mit 4,9%. Im Jahre 1970 hatten diese Anteilsätze bei 6,8 % bzw. 7,5 % gelegen.

Vor allem Güter der gewerblichen Wirtschaft

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Nachbarland Frankreich und die relativ geringe Entfernung machen den Außenhandel in einem bereitgefächerten Güterbereich interessant.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft liefert vor allem Güter der gewerblichen Wirtschaft. Deren Anteil belief sich im Jahre 1988 auf 4,1 Mrd. DM. Das sind 94 % der Gesamtausfuhr nach Frankreich. Bei den Importen war der Anteil mit 2,1 Mrd. DM bzw. 82 % nicht ganz so hoch.

Mehr Kraftfahrzeuge, weniger Büromaschinen

Besonders hohe Zuwächse ergaben sich in den letzten Jahren beim Kraftfahrzeugexport. Frankreich bezog im Jahre 1988 für 947 Mill.DM und lieferte selbst für 200 Mill.DM Kraftfahrzeuge. Im Vergleich zu 1980 bedeutet dies eine Ausweitung um 67 bzw. 81 %. Dagegen verringerte sich der Außenhandel mit Maschinen infolge der Änderung der rheinland-pfälzischen Produktionsstruktur bei Büromaschinen beträchtlich. Im ver-

Die Einfuhr aus Frankreich nach Warengruppen 1970 – 1988

Warengruppe	1970	1980	1988
	1000 DM		
Ernährungswirtschaft	242 056	478 919	472 482
Lebende Tiere	573	20 371	20 584
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	9 335	32 363	36 394
Fleisch und Fleischwaren	6 451	7 090	25 278
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	154 258	191 048	197 494
Gemüse und sonstige			
Küchengewächse	5 320	19 221	27 841
Ölfrüchte zur Ernährung	4 049	21 078	58 354
Genußmittel	77 889	235 137	218 011
Branntwein	23 071	84 256	36 643
Wein	54 220	147 002	165 318
Gewerbliche Wirtschaft	805 507	1 911 527	2 141 986
Rohstoffe	47 327	62 657	67 066
Steine und Erden	11 985	19 451	29 984
Halbwaren	55 934	267 132	152 731
Mineralische Baustoffe	6 027	16 628	20 126
Kraftstoffe, Schmieröle;			
Erdgas	11 146	85 928	17 962
Chemische Halbwaren	18 527	111 297	67 788
Fertigwaren	702 245	1 581 738	1 922 189
Vorzeugnisse	174 120	529 921	835 180
Gewebe, Gewirke, u. dgl.	9 827	13 197	22 060
Papier und Pappe	8 320	70 601	72 444
Kunststoffe	32 448	146 723	220 290
Chemische Vorzeugnisse	53 826	134 570	284 933
Stab- und Formeisen	5 772	15 329	31 701
Blech aus Eisen	19 322	41 535	61 354
Draht aus Eisen	7 954	30 052	25 108
Stangen, Bleche, Draht usw. aus Aluminium, Aluminiumlegierungen	3 730	19 520	72 303
Enderzeugnisse	528 124	1 051 817	1 087 009
Spinnstoffwaren, Kleidung	8 986	27 405	31 490
Kautschuckwaren	21 233	41 346	256 742
Eisenwaren	26 368	60 444	53 909
Maschinen	304 044	418 249	168 601
Kraftmaschinen	7 984	22 338	25 497
Pumpen, Druckluftmaschinen u. dgl.	5 154	14 127	20 772
Büromaschinen	240 500	244 397	8 534
Sonstige Maschinen	26 228	70 632	56 526
Elektrotechnische Erzeugnisse (auch elektrische Maschinen)	85 058	222 361	63 676
Chemische Erzeugnisse	31 320	67 948	217 175
Waren aus Kunststoffen	5 806	27 189	48 807
Kosmetische Erzeugnisse	208	590	71 795
Sonstige chemische Erzeugnisse	19 388	29 412	75 604
Kraftfahrzeuge	15 495 ¹⁾	110 529	200 398
Insgesamt	1 047 562	2 390 446	2 614 468

1) Einschl. Luftfahrzeuge.

gangenen Jahre wurden für 433 Mill.DM Maschinen exportiert – das sind 100 Mill.DM weniger als im Jahre 1980 (– 19 %) – und für 169 Mill.DM importiert, was einem Rückgang um 249 Mill.DM (– 60 %) entspricht. Büromaschinen, vor acht Jahren noch mit über 0,5 Mrd. DM gehandelt, davon je zur Hälfte in der Ausfuhr und der Einfuhr, haben inzwischen nur noch ein Zehntel des damaligen Wertes, eine Entwicklung, die im Gegensatz zu der Expansion des Außenhandels steht.

Bester Kunde für Kunststoffe

In vielen Branchen sind die Franzosen die besten Kunden der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Dies trifft im besonderen für Kunststoffe zu. Im Jahre 1988 wurden für 4,3 Mrd. DM Kunststoffe im Ausland abgesetzt, davon für 610 Mill.DM in Frankreich. Die Bezüge waren mit 220 Mill. DM bei einem Gesamtimport in dieser Güterart von 915 Mill. DM ebenfalls höher als bei anderen Handelspartnern.

Chemische Erzeugnisse aller Fertigungsstufen gefragt

Sowohl chemische Halbwaren als auch Vor- und Enderzeugnisse haben im Außenhandel mit Frankreich einen hohen Stellenwert. Zusammen waren es für fast 1 Mrd. DM im Export des Jahres 1988. Die Bezüge erreichten etwa die Hälfte dieses Wertes. Eine herausragende Bedeutung haben auf der Exportseite Farbstoffe, pharmazeutische Erzeugnisse und Düngemittel, auf der Importseite vor allem kosmetische Erzeugnisse, für die Frankreich der wichtigste Lieferant ist (Anteil am Gesamtimport von kosmetischen Erzeugnissen 92 %).

Bei Gütern der Ernährungswirtschaft ist die Einfuhr fast doppelt so hoch wie die Ausfuhr

Im Jahre 1988 wurden für 268 Mill.DM Güter der Ernährungswirtschaft nach Frankreich geliefert und für 473 Mill. DM bezogen. Während der Export in den letzten acht Jahre um 60 % anstieg, hielt sich der Import auf dem Stand des Jahres 1980. Die Expansion der Lieferungen erklärt sich vor allem durch die erhebliche Zunahme bei Tabakerzeugnissen, die mit einem Wert von 161 Mill.DM im Jahre 1988 dominierten, was im Vergleich zu 1980 einer Verdreifachung entspricht. Die Franzosen waren auch wichtigste Kunden für Fleisch und Fleischwaren, Weizen, Kakaoerzeugnisse und Zucker.

Für 165 Mill.DM Wein aus Frankreich

Die Vielfalt des gastronomischen Angebots in Rheinland-Pfalz, aber auch der Bedarf von Handel und verarbeitendem Gewerbe bewirkten, daß Frankreich im Jahre 1988 mit 165 Mill. DM dem Werte nach Hauptlieferant ausländischer Weine war. Da aber aus anderen Ländern teilweise billigere Weine eingeführt werden, steht Italien mit 156 Mill. Liter vor Frankreich mit 109 Mill. Liter der Menge nach an der Spitze. Die Lieferungen rheinland-pfälzischen Weins nach Frankreich sind mit 4 Mill.DM, was einem Anteil am gesamten Weinexport von 0,6 % entspricht, sehr gering. Auch Branntwein kommt vorwiegend aus Frankreich. Ölfrüchte zur Ernährung sowie Gemüse und sonstige Küchengewächse bildeten neben Weizen, Malz, Zucker und Hülsenfrüchten die übrigen herausragenden Importgüter im Bereich der Ernährungswirtschaft.

Franz Sauer

Insolvenzen 1988

Die Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren wird als Sekundärstatistik durchgeführt. Die Erhebung der Informationen erfolgt nicht durch die amtliche Statistik, die Ergebnisse werden vielmehr aus den laufenden Meldungen der Amtsgerichte ermittelt. Dieser Berichtsweg bringt gewisse Besonderheiten mit sich. So sind im Rahmen dieser Statistik nur die gerichtlich abgewickelten Anträge erfaßt. Außergerichtliche Einigungen oder mangels Masse unterlassene Konkursanträge finden keine Berücksichtigung. Darüber hinaus ist seitens der Amtsgerichte nur dann eine Meldung an das Statistische Landesamt vorzunehmen, wenn ein Vergleichs-, ein Konkurs- oder Anschlußkonkursverfahren eröffnet oder ein Konkursverfahren mangels Masse abgelehnt wird. Die Meldepraxis führt auch zu einer gewissen Verzögerung, so daß die nachgewiesenen Ergebnisse für ein Kalenderjahr nicht genau den im gleichen Jahre erfolgten Anträgen entsprechen.

Verstärkter Rückgang der Insolvenzen

Die bereits in den beiden letzten Jahren angedeutete Trendwende in der Entwicklung der Gesamtzahl der Insolvenzen hat sich 1988 verstärkt. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 96 Insolvenzen weniger gerichtlich abgewickelt. Das bedeutet einen Rückgang um 10 %. Besonders offensichtlich wird die positive Tendenz bei der voraussichtlichen Forderungshöhe. Hier zeigt sich sogar ein Rückgang um 33 %.

Von den insgesamt 863 Insolvenzen sind 588 bei Erwerbsunternehmen zu verzeichnen. Bei natürlichen Personen, Vereinen und Nachlässen wurden 275 Insolvenzen registriert. Der Rückgang in der Gesamtzahl vollzieht sich damit eindeutig zugunsten der Erwerbsunternehmen (- 13,5 %). Die Insolvenzhäufigkeit, gemessen durch das Verhältnis von Insolvenzzahl und Gesamtzahl

Insolvenzverfahren ¹⁾ ausgewählter Wirtschaftszweige
nach Rechtsformen und Altersklassen der Unternehmen 1988

Wirtschaftszweig Alter des Unternehmens	Insolvenzen ¹⁾ insgesamt	Einzelunternehmen		Personengesellschaften		Kapitalgesellschaften ³⁾
		nicht ein- getragen ²⁾	ein- getragen ²⁾	OHG, KG	darunter: GmbH und Co. KG	GmbH
Wirtschaftszweig						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	12	6	6	-	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	88	17	21	12	6	38
Chemische Industrie, Mineralöl- verarbeitung	3	1	-	-	-	2
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	4	-	1	2	2	1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	8	1	3	1	-	3
Metallerzeugung und -bearbeitung	3	2	1	-	-	-
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen	19	6	4	2	1	7
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren	11	-	2	3	1	6
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	14	4	3	1	1	6
Leder-, Textil- und Bekleidungs- gewerbe	13	2	3	1	1	7
Ernährungsgewerbe, Tabakver- arbeitung	13	1	4	2	-	6
Baugewerbe	165	36	46	12	6	71
Bauhauptgewerbe	127	25	35	6	3	61
Ausbaugewerbe	38	11	11	6	3	10
Handel	141	25	23	14	9	79
Großhandel	62	6	6	7	5	43
Handelsvermittlung	1	-	-	-	-	1
Einzelhandel	78	19	17	7	4	35
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	29	12	5	1	1	11
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	10	1	3	2	2	4
Dienstleistungen	143	37	30	6	4	70
Alter des Unternehmens						
Bis unter 8 Jahre	456	110	114	25	16	207
8 Jahre und älter	132	24	20	22	12	66
Insgesamt	588	134	134	47	28	273

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse. - 2) Betr. Eintragung im Handelsregister. - 3) Keine Insolvenzen bei AG bzw. KGaA im Jahre 1988.

Entwicklung der Konkurse und Vergleichsverfahren 1980 – 1988

Jahr Monat	Insolvenzen insgesamt ¹⁾	Konkurse			Voraussichtliche Forderungen	Vergleichs- verfahren	
		eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse					
		insgesamt	davon				
	eröffnete Verfahren		mangels Masse abgelehnte Verfahren				
Anzahl					1000 DM	Anzahl	
1980	446	441	75	366	166 597	5	
1981	619	617	140	477	306 065	3	
1982	800	792	146	646	420 959	8	
1983	899	888	146	742	541 274	13	
1984	806	800	177	623	1 724 108	6	
1985	914	909	200	709	567 404	8	
1986	980	980	177	803	612 413	–	
1987	959	955	197	758	549 206	4	
1988	863	860	172	688	369 802	3	
1988	Januar	70	70	20	50	28 698	–
	Februar	69	69	11	58	43 064	–
	März	88	88	8	80	19 571	–
	April	61	61	12	49	42 740	–
	Mai	76	75	17	58	39 223	1
	Juni	79	79	17	62	17 246	–
	Juli	52	51	13	38	16 031	1
	August	77	77	13	64	37 684	–
	September	69	68	15	53	26 888	1
	Oktober	79	79	15	64	24 821	–
	November	66	66	17	49	37 492	–
	Dezember	77	77	14	63	36 344	–

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

der Unternehmen, liegt damit bei 4,6 % oder 46 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen. Die starke Zunahme der Insolvenzanfälligkeit insbesondere von Erwerbsunternehmen in der Vergangenheit konnte im Jahre 1988 weiter zurückgeführt werden. Auch wenn keine direkte Parallelität zwischen konjunktureller Situation und Entwicklung der Insolvenzen unterstellt werden kann, so ist doch zu vermuten, daß der aktuelle Trend einen Reflex auf die anhaltend gute Konjunktur in Bund und Ländern darstellt. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich trotz dieser positiven Einflüsse die Insolvenzzahl noch auf relativ hohem Niveau bewegt. Ein Vergleich mit den 70er Jahren macht dies deutlich. In diesem Zeitraum wurden jahresdurchschnittlich nur 370 Konkurse und Vergleichsverfahren registriert.

Insolvenzhäufigkeit im Baugewerbe am größten

Im Bauhauptgewerbe hat die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren im Vergleich zum Vorjahr noch um 11 % zugenommen. Diese dem generellen Trend entgegengerichtete Entwicklung führt dazu, daß per Saldo das Baugewerbe die höchste Insolvenzzahl aufweist. Auch die Insolvenzhäufigkeit liegt hier mit 1,4 % weit über dem Durchschnitt. Dieses Ergebnis macht die bereits angedeutete Einschränkung einer Korrelation zwischen Konjunktorentwicklung und Insolvenzzahl verständlich, denn das Jahr 1988 ist auch für das Baugewerbe insgesamt positiv verlaufen.

Im Bereich Dienstleistungen, der im Jahre 1987 noch die höchste Insolvenzzahl aufgewiesen hatte, ist ein

Insolvenzen¹⁾ im Bundesvergleich im Jahr 1988

Land	Insolvenzen 1988		Veränderung zum Vorjahr	
	insgesamt	Unternehmens- insolvenzen	insgesamt	der Unternehmens- insolvenzen
	Anzahl		%	
Schleswig-Holstein	634	488	– 15,7	– 13,6
Hamburg	490	302	– 4,7	– 14,7
Niedersachsen	1 906	1 247	– 7,3	– 7,0
Bremen	234	128	– 4,1	– 19,0
Nordrhein-Westfalen	4 600	3 150	– 10,0	– 13,2
Hessen	1 581	1 100	– 12,3	– 21,9
Rheinland-Pfalz	863	588	– 10,0	– 13,5
Baden-Württemberg	2 261	1 217	– 9,9	– 11,6
Bayern	2 389	1 623	– 9,8	– 11,3
Saarland	314	204	– 4,6	– 17,7
Berlin (West)	664	515	+ 0,5	+ 0,8
Bundesgebiet	15 936	10 562	– 9,4	– 12,7

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse

Konkurse nach der Höhe der voraussichtlichen Forderungen 1988

Voraussichtliche Forderungshöhe	Konkurse			Voraussichtliche Forderungen
	insgesamt	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgelehnte Verfahren	
	Anzahl			1000 DM
unter 1000 DM	–	–	–	–
1000 – 10000 DM	112	6	106	462
10000 – 50000 DM	150	15	135	3280
50000 – 100000 DM	103	10	93	6638
100000 – 500000 DM	257	65	192	61568
500000 – 1000000 DM	101	36	65	63863
1000000 – 5000000 DM	80	35	45	148991
5000000 und mehr DM	8	5	3	85000
unbekannt	49	–	49	–
Insgesamt	860	172	688	369802

überproportionaler Rückgang um 18 % zu registrieren. Die positive Entwicklung macht sich hier im wesentlichen im Gastgewerbe (–26 %) und bei den übrigen Dienstleistungen (–22 %), insbesondere den Beteiligungsgesellschaften, bemerkbar.

Im verarbeitenden Gewerbe, in dem im Jahre 1988 insgesamt 87 Konkurse gezählt wurden, sind die Wirtschaftsgruppen unterschiedlich betroffen. Mit 22 % der Fälle weist der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten die höchste Zahl aus. Mit jeweils rund 15 % der Fälle sind das Holz-, Papier- und Druckgewerbe, der Leder-, Textil- und Bekleidungsbereich sowie das Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung ähnlich stark betroffen. Trotz einer nachhaltigen Verbesserung der Nachfrage der privaten Haushalte im Vorjahr bleibt damit ein Teil der Konsumgüterindustrie von Konkursen relativ stark belastet.

Die Zahl der Konkurse von den in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen hat um 8 % zugenommen, was im wesentlichen in der Entwicklung des Baugewerbes begründet liegt.

Alter und Rechtsform der Unternehmen

Im Jahre 1988 bestätigt sich erneut die bereits aus der Vergangenheit bekannte Tatsache, daß insbeson-

dere jüngere Unternehmen, das heißt solche bis zu einem Alter von acht Jahren, von Insolvenzen betroffen sind. In dieser Klasse der Unternehmen ist im Betrachtungszeitraum ein Rückgang um 6,6 % zu verzeichnen, gegenüber – 30 % bei den älteren Unternehmen. Bei den Rechtsformen weist die GmbH mit 273 Insolvenzen die höchste Fallzahl auf. Die Insolvenzanfälligkeit von GmbHs zeigt sich auch in der Insolvenzhäufigkeit. Diese liegt bei 1,5 % im Vergleich zu 0,3 % bei den Einzelunternehmen und 0,5 % bei den Personengesellschaften. Ein Grund für dieses Mißverhältnis liegt ohne Zweifel in der mit der GmbH verbundenen Haftungsbeschränkung. Dadurch bedingt kann im Falle eines Konkurses oder Vergleichs das Risiko für den oder die Unternehmen begrenzt werden.

Gutes Abschneiden im Ländervergleich

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern stellt sich das Ergebnis für Rheinland-Pfalz positiv dar. Sowohl bezogen auf die Insolvenzen insgesamt als auch auf die Unternehmensinsolvenzen konnte im Vergleich zur Bundesentwicklung ein überproportionaler Rückgang verbucht werden. Auch nach der Insolvenzhäufigkeit zeigt sich ein positives Bild. Mit 46 Insolvenzen je 10000 Unternehmen liegt Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 53 Fällen.

Dr. Norbert Schmidt

Neuzulassungen, Umschreibungen und Löschungen von Personenwagen und Motorrädern 1980 bis 1988

Neuzulassungen von Personenwagen

Im Jahre 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 159437 Personenkraftwagen erstmals zum Verkehr zugelassen. Das sind 5,5 % weniger als im bisherigen Rekordjahr 1986 und 5,4 % weniger als im Vorjahr. Gegenüber 1980 wurden 15 % mehr Pkw zugelassen.

Deutliche Veränderungen gab es innerhalb der einzelnen Hubraumklassen. So nahm der Anteil der Klein-

wagen mit weniger als 1 Liter Hubraum von 7,7 % aller Neuzulassungen im Jahre 1980 auf 5,5 % im Jahre 1988 ab. Stark rückläufig entwickelte sich der Anteil der Fahrzeuge mit 1 bis 1,5 Litern Hubraum, der von 41 auf 26 % zurückfiel. Eine gegenläufige Entwicklung zeigte sich in der Hubraumklasse von 1500 bis 1999 cm³, deren Anteil sich seit 1980 kontinuierlich von 36 auf 54 % ausweitete. Die Ursachen für den Trend zu mehr Hubraum dürften auch im starken Anstieg der Diesel-Neuzulassungen Mitte der 80er Jahre begründet liegen, deren

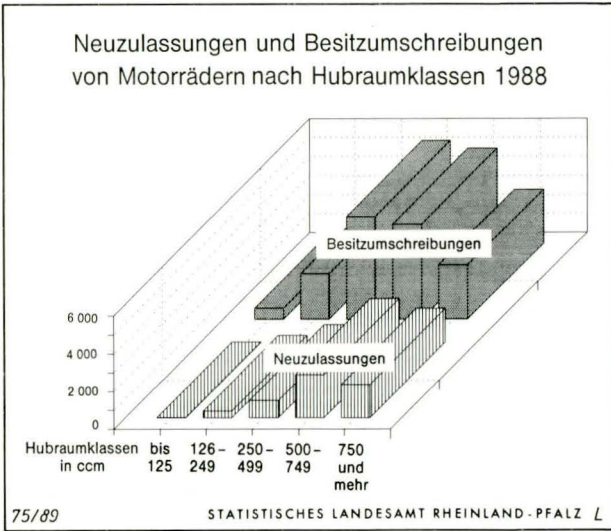
Neuzulassungen, Besitzumschreibungen und Löschungen von Personenwagen nach Hubraumklassen 1980 – 1988

Jahr	Personenwagen		Hubraumklasse ... cm ³ 1)					darunter Kleinbusse
	insgesamt	Kombis	bis 999	1 000 — 1 499	1 500 — 1 999	2 000 — 2 999	3 000 und mehr	
Neuzulassungen								
1980	138 187	11 860	10 625	57 087	50 434	18 108	1 810	3 383
1981	133 500	12 735	11 344	50 571	52 609	17 323	1 566	3 472
1982	125 311	11 699	8 888	47 175	52 345	15 252	1 609	2 566
1983	140 730	13 280	10 225	48 643	63 594	16 345	1 891	3 187
1984	137 291	13 377	11 755	41 165	67 705	14 718	1 905	3 126
1985	138 306	14 585	12 074	38 199	69 395	16 565	2 018	3 034
1986	168 801	18 454	13 711	43 688	87 230	22 366	1 741	3 149
1987	168 577	20 210	10 610	45 067	89 068	23 762		3 603
1988	159 437	20 762	8 761	41 195	85 545	23 912		3 768
Besitzumschreibungen								
1980	293 684	18 721	31 246	119 908	108 885	30 760	2 732	5 305
1981	284 438	19 219	30 907	115 027	105 767	29 800	2 807	5 518
1982	303 427	21 010	31 514	120 527	115 592	32 635	3 033	5 814
1983	330 639	23 426	32 446	128 545	129 208	36 948	3 361	6 389
1984	332 000	24 613	32 377	127 828	132 222	36 263	3 191	6 666
1985	333 456	25 973	32 147	125 803	136 252	36 122	2 993	6 584
1986	371 244	29 194	34 522	135 485	155 649	41 930	3 507	6 729
1987	387 399	31 989	35 017	136 535	167 408	48 281		7 099
1988	392 982	34 118	33 905	134 909	173 441	50 554		6 882
Löschungen								
1980	119 661	9 695	11 888	55 625	43 591	7 935	435	1 693
1981	118 065	9 475	11 145	51 519	45 240	9 318	661	1 846
1982	120 339	9 783	11 222	49 809	47 562	10 731	888	2 146
1983	121 248	9 818	11 777	49 090	48 025	11 095	1 155	2 232
1984	118 512	9 021	11 219	47 233	47 060	11 475	1 450	2 084
1985	120 312	9 703	11 219	46 228	48 535	12 455	1 815	2 314
1986	122 656	9 850	10 845	45 781	49 876	14 068	2 020	2 465
1987	140 444	11 149	12 024	52 225	59 235	15 279	1 619	2 735

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 1) Ohne Fahrzeuge mit Wankel- oder Elektromotor.

meistgekaufte Modelle, wie VW Golf und Passat, Mercedes 190 und 200, Ford Escort und Fiesta, Opel Kadett und Peugeot 205 alle in dieser Hubraumklasse angesiedelt sind. Hinzu kommt, daß Personenwagen mit geregeltem Dreiwege-Katalysator in der Vergangenheit fast ausschließlich in dieser oder einer größeren Klasse zu finden waren. Der Anteil der Fahrzeuge mit mehr als 2 000 cm³ hat sich hingegen kaum verändert und betrug 15 %.

Personenwagen mit Rotationskolben- oder Elektroantrieb blieben bei den Neuzulassungen bedeutungslos. Ihre Zahl sank von 123 auf 24. Dagegen werden Kombis immer beliebter. Von 1980 bis 1988 hat sich die Zahl dieser Neuzulassungen um 75 % erhöht. Im vergangenen Jahr war jeder achte erstmals zugelassene Pkw ein Kombi.



Besitzumschreibungen und Löschungen von Personenwagen

Im Jahre 1988 wechselten 392 982 Personenwagen den Besitzer. Das ist das bisher höchste Jahresergebnis, ein Drittel mehr als 1980. Auch beim Erwerb von gebrauchten Fahrzeugen ging die Entwicklung zu hubraumstarken Motoren. Während die Zahl der umgeschriebenen Pkw mit bis zu 1,5 Liter Hubraum von 1980 bis 1988 um 12 % auf 169 000 Fahrzeuge anstieg, legten die Klassen von 1,5 bis 2 Liter Hubraum um 59 % auf 173 000 und über 2 Liter um 51 % auf 51 000 zu. Noch stärker stiegen die Umschreibungszahlen für Kombis (+ 82 %). Die Umschreibungsquote, das heißt, die umgeschriebenen Personenkraftwagen in bezug zum Bestand, lag 1988 bei knapp 20 %.

Während kleinere Fahrzeuge bis 1,2 Liter Hubraum und solche mit Elektro- oder Wankelmotor etwa alle vier

Besitzumschreibungen von Personenwagen 1988

Hubraum	Anzahl	Anteil in %	Umschreibungsquote ¹⁾ in %
bis 499 cm ³	593	0,2	23,5
500 – 999 "	31 776	8,9	23,8
1 000 – 1 199 "	53 557	14,9	24,4
1 200 – 1 399 "	54 247	15,1	19,5
1 400 – 1 999 "	175 175	48,8	18,8
2 000 – 2 999 "	39 945	11,1	17,7
3 000 u. mehr "	3 398	0,9	19,1
Rotationskolben- und Elektromotor	173	0,0	24,4
Insgesamt	358 864	100,0	19,8

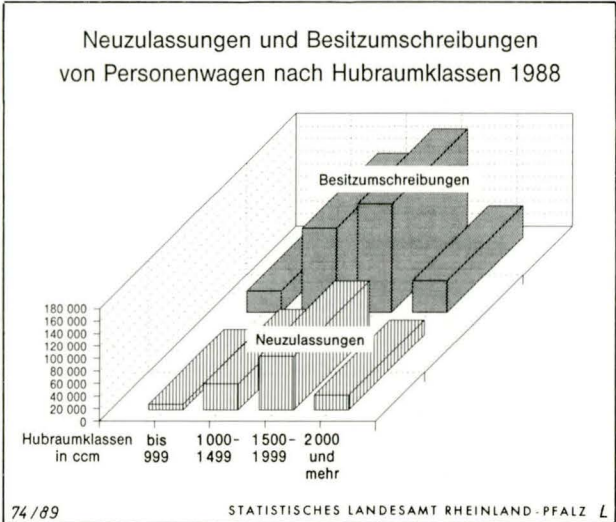
Quelle : Kraftfahrt-Bundesamt. – 1) Anteil am Bestand der jeweiligen Hubraumklasse.

Jahre ihren Besitzer wechselten, lag die Haltedauer für die größeren Modelle bei fünf bis sechs Jahren.

Im Jahre 1987 wurden 140 444 Personenwagen endgültig abgemeldet und stillgelegt, das sind 17 % mehr als 1980. Die relativ gering angestiegene Zahl der Löschungen bei gleichzeitig starkem Anwachsen der Neuzulassungs- und Bestandszahlen zeigt, daß die durchschnittliche Nutzungsdauer der Fahrzeuge zunimmt.

Neuzulassungen von Motorrädern

Im Jahre 1988 wurden bei den rheinland-pfälzischen Zulassungsstellen 6 190 Motorräder, Leichtkrafträder



und Motorroller erstmals zum Straßenverkehr angemeldet. Seit 1982, dem Jahr mit den meisten Neuzulassungen, ist diese Zahl um zwei Drittel zurückgegangen. Dieser auffällige Rückgang ist in erster Linie durch die Entwicklung bei den sogenannten Leichtkrafträdern zu erklären. Diese Fahrzeuge, ausgestattet mit einem 80-cm³-Motor und 80 km/h schnell, dürfen bereits mit 16 Jahren gefahren werden und ersetzen Anfang der 80er Jahre die bis dahin gebräuchlichen 50-cm³-Kleinkrafträder ohne Geschwindigkeitsbeschränkung.

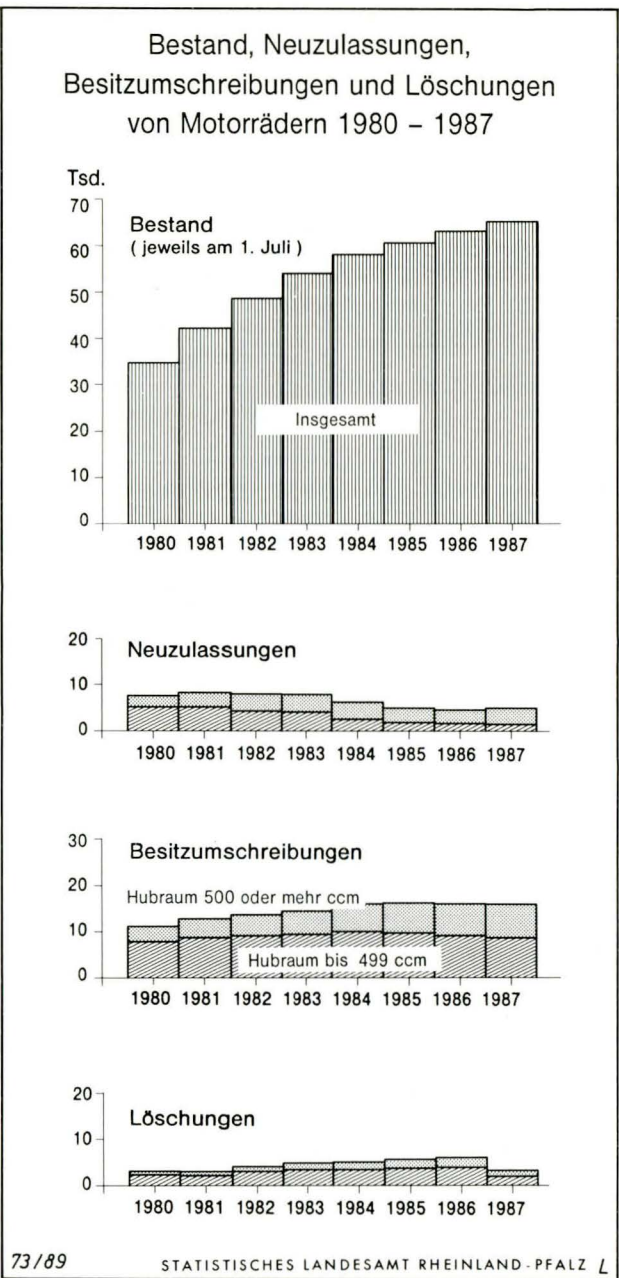
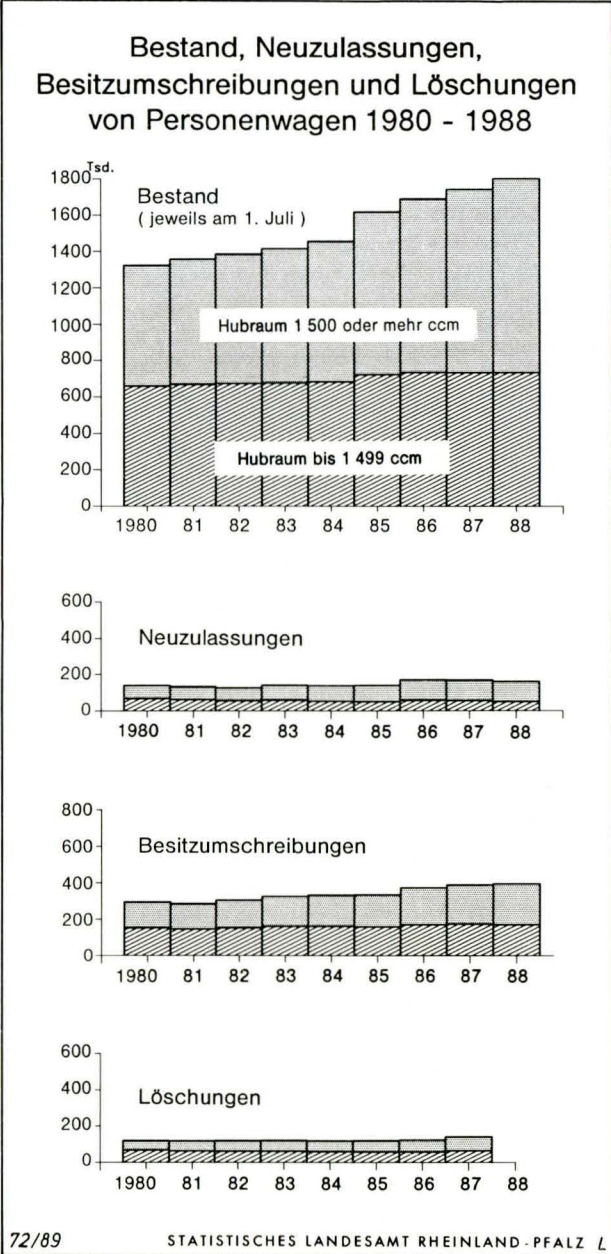
Neuzulassungen, Besitzumschreibungen und Löschungen von Krafträdern nach Fahrzeugart und Hubraumklassen 1980 – 1988

Jahr	Insgesamt	Leicht- krafträder	Motorroller	Motorräder					
				zusammen	mit einem Hubraum von ... cm ³				
					bis 125	126 – 249	250 – 499	500 – 749	750 u. mehr
Neuzulassungen									
1980	8 881	1 113	138	7 630	319	1 807	3 047	1 288	1 169
1981	16 101	7 637	190	8 274	248	1 554	3 384	1 671	1 417
1982	17 864	9 747	176	7 941	148	1 209	2 972	2 289	1 323
1983	16 073	7 986	238	7 849	162	1 196	2 787	2 284	1 420
1984	12 309	5 901	227	6 181	124	685	1 720	2 106	1 546
1985	8 218	3 061	195	4 962	73	507	1 330	1 807	1 245
1986	6 210	1 466	177	4 567	32	378	1 302	1 676	1 179
1987	5 983	852	116	5 015	39	319	1 089	1 963	1 605
1988	6 190	673	151	5 366	28	359	927	2 290	1 762
Besitzumschreibungen									
1980	14 199	2 801	193	11 205	1 179	3 592	3 071	2 253	1 110
1981	14 921	1 926	205	12 790	1 019	3 807	3 912	2 526	1 526
1982	16 887	3 082	220	13 635	945	3 586	4 610	2 782	1 712
1983	19 877	5 171	214	14 492	829	3 457	5 128	3 209	1 869
1984	23 117	6 884	241	15 992	764	3 484	5 735	3 816	2 193
1985	22 572	6 127	301	16 144	701	3 113	5 875	4 023	2 432
1986	21 771	5 406	328	16 037	729	2 856	5 507	4 413	2 532
1987	20 383	4 113	326	15 944	602	2 643	5 433	4 714	2 552
1988	19 995	3 329	333	16 333	594	2 405	5 440	5 034	2 860
Löschungen									
1980	5 690	2 281	300	3 109	540	1 269	547	508	245
1981	5 803	2 648	144	3 011	421	1 138	637	541	274
1982	7 426	3 147	137	4 142	533	1 604	872	705	428
1983	7 683	2 703	124	4 856	507	1 681	1 218	904	546
1984	8 261	3 101	137	5 023	524	1 634	1 286	991	588
1985	11 657	5 853	159	5 645	509	1 661	1 584	1 158	733
1986	13 619	7 373	201	6 045	591	1 612	1 739	1 337	766
1987	6 869	3 530	76	3 263	288	770	951	743	511

Quelle : Kraftfahrt-Bundesamt.

Man erhoffte sich damals einen Rückgang der sehr hohen Unfallzahlen bei den Kleinkrafträdern, was die Haftpflicht-Versicherer zur Festlegung von niedrigen Versicherungsprämien veranlaßte. Nachdem sich diese Hoffnungen nicht erfüllten, zogen die Versicherungsprämien von Jahr zu Jahr an. Ein deutlicher Zulassungsrückgang war die Folge. Die Neuzulassungen von Motorrollern beschränkte sich hingegen auf 151 im Jahre 1988.

Bei den Motorrädern geht der Trend zu den großen und hubraumstarken Maschinen. Während in den kleineren Klassen zwischen 1980 und 1988 Zulassungsrückgänge von 70 bis 91 % zu verzeichnen waren, stiegen im gleichen Zeitraum die Zulassungszahlen der schweren Motorräder von 500 bis 749 cm³ und 750 cm³ und mehr um 78 % bzw. 51 % an.



Besitzumschreibungen und Löschungen von Motorrädern

Im vergangenen Jahr wechselten 19995 Krafträder ihren Besitzer, darunter 3 329 Leichtkrafträder und 333 Motorroller. Auch hier tendierten die Käufer zu den großvolumigen Motoren. Während sich die Umschreibungen von Maschinen bis zu 250 cm³ seit 1980 deutlich rückläufig entwickelten, stiegen sie in den übrigen Klassen stark an, bei Hubräumen von einem halben Liter und mehr um über 100 %.

Die Fahrzeug-Löschungen (6 869) lagen 1987 bei Motorrädern um 21 % höher als 1980. In den Jahren 1985 und 1986 waren es durch die sehr hohe Zahl von abgemeldeten Leichtkrafträdern fast 12 000 bzw. 14 000 Krafträder.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Joachim Günther

Informationstechnische Seminare für die Landesverwaltung

Fortbildung im Umgang mit neuen Techniken

Seit drei Jahren führt das Ministerium des Innern und für Sport Seminare für die Fortbildung von Mitarbeitern der Landesverwaltung in der Nutzung und Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechniken durch. Die Veranstaltungen finden schwerpunktmäßig an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen, im Statistischen Landesamt in Bad Ems und an der Pfalzakademie im Lambrecht statt und dauern in der Regel drei Tage.

Kenntnisse über Informations- und Kommunikationstechniken gehören heute zur unverzichtbaren Berufsqualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Die Aus- und Fortbildung im Umgang mit den neuen Techniken ist im Leitkonzept der Landesregierung für die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechniken in der Landesverwaltung als wichtige Aufgabe herausgestellt. Die Grundsätze und Leitgedanken dieses Konzeptes sind in das informationstechnische Fortbildungsprogramm 1989 aufgenommen worden. Die Fortbildungsmaßnahmen wurden neu strukturiert und an die in dem Leitkonzept festgelegten Grundsätze angepaßt. Technische Änderungen und Möglichkeiten sowie die in den bisherigen Seminaren gesammelten Erfahrungen sind ebenso berücksichtigt wie Neuerungen im Bereich der Hard- und Software.

Lehrstoff und Organisation

Die Fortbildungsseminare gliedern sich in theoretische und praktische Lernabschnitte. Die praktische Arbeit an den Geräten sowie der Einsatz moderner Schulungs- und Lernsoftware in den Seminaren werden zunehmend verstärkt.

Themen sind sowohl die Datenverarbeitung am Büroarbeitsplatz, Datenerfassung, Bearbeitung und Auswertung als auch Fragen der Informationstechnologie im weiteren Sinne. Die Bürokommunikation wird bei den künftigen Seminaren ein besonderes Schwergewicht erhalten. Dies gilt namentlich für Textverarbeitung, Sachbearbeitung am Einzelarbeitsplatz und Vorgangsbearbeitung durch Zusammenwirken mehrerer Arbeitsplätze, außerdem für Registraturverwaltung, Pressedienst und Druckerei. Die Seminarteilnehmer erhalten ausführliche Kursunterlagen zur Nachbearbeitung. Organisation und Leitung der Seminare obliegen dem Referenten für informationstechnische Fortbildung im Ministerium des Innern und für Sport.

Aus pädagogischen, organisatorischen und didaktischen Gründen ist die Teilnehmerzahl je Seminar auf 20 Personen begrenzt. Da der Fortbildungsbedarf das Fortbildungsangebot bei weitem übersteigt, stellen die Behörden sicher, daß die Teilnehmerplätze in jedem

Falle belegt werden. Es ist ein besonderes Anliegen, die Leitungsebene der Behörden in die informationstechnische Fortbildung einzubeziehen, da diese Bediensteten für die Entscheidungen zur Technikeinführung und zum weiteren Ausbau der Verfahren mit dem notwendigen technischen Wissen vertraut sein müssen. Ebenso wichtig ist es, die Seminare für Mitarbeiterinnen in angemessenem Umfang zu öffnen.

Die Seminare werden von Referenten verschiedener Behörden sowie der Rechenzentren ausgerichtet. Die Heranziehung verwaltungsinterner Referenten hat den Vorzug, daß sie neben dem informationstechnischen Wissen über Kenntnisse und Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Verwaltungsabläufe, verfügen. Allerdings stehen hauptamtliche Fortbildungsreferenten nicht in genügender Zahl zur Verfügung, so daß die Aufgabe von nebenamtlichen Referenten wahrgenommen werden muß. Eingesetzt werden Bedienstete des Ministeriums des Innern und für Sport, der Bezirksregierungen, des Statistischen Landesamtes und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen.

Schulung erfolgt in vier Seminarreihen

Die informationstechnischen Seminare gliedern sich in vier Seminarreihen

- (1) Seminar: Einführung in die Bürokommunikation für Führungskräfte des höheren Dienstes,
- (2) Grundseminar: Einführung in die Informationstechnik,
- (3) Aufbauseminar-PC: Der Personal-Computer (PC) als Arbeitsplatzrechner – Handhabung und Funktionen,
- (4) Aufbauseminar-Planung: Planung und Durchführung informationstechnischer Projekte.

In dem Seminar für Führungskräfte erhalten Beamte des höheren Dienstes einen Überblick über Möglichkeiten und Auswirkungen der Bürokommunikation in der öffentlichen Verwaltung. Sie sollen insbesondere in die Lage versetzt werden, bei Entscheidungen über Technikeinführung und -anwendung, bei der Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe sowie bei organisatorischen Maßnahmen die Änderungen und Auswirkungen der technikunterstützten Informationsverarbeitung richtig einzuschätzen und zu beurteilen.

Das Grundseminar führt elementar in die Grundbegriffe und Grundlagen der Informationstechnik und Datenverarbeitung ein, stellt Anwendungsgebiete in der Landesverwaltung vor und vermittelt Informationen zu Datenschutz, Bürokommunikation und Bürocomputersystemen. Es wird von praktischen Übungen zur Textbearbeitung, Tabellenkalkulation und Datenbanken begleitet. Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis der Bezirksregierungen rundet es ab.

Zielgruppe sind Bedienstete der Landesverwaltung, die in naher Zukunft die Informationstechnik an ihrem Arbeitsplatz anwenden werden. Das Hauptziel des Seminars besteht in der Vermittlung der Information zu den Möglichkeiten auf dem Gebiet der Büroautomation und dem Abbau von eventuell vorhandenen Schwellenängsten. Zur Durchführung der Übungen wird eine Benutzeroberfläche eingesetzt, so daß die zu vermittelnden Betriebssystemkenntnisse sich auf elementare Dinge wie Namenkonventionen von Dateien und Directorystrukturen beschränken können.

Das Aufbauseminar PC vermittelt die wichtigsten Grundbegriffe und Funktionen für den Umgang mit dem Arbeitsplatzrechner: Kenntnisse der Funktionsweise und der sachgerechten Bedienung des Betriebssystems (MS/DOS) sowie des Umgangs mit ausgewählten PC-Standardprogrammen zu Textbearbeitung, Tabellenkalkulation mit graphischer Datenaufbereitung, Datenhaltung (Nutzung von Datenbanken) und Rechnerkopplung. Begleitet wird das Seminar von breit angelegten Übungen zu Tabellenkalkulation, Datenbanken, graphischer Datenaufbereitung und der Integration von Daten und Texten zu Standardbriefen. Es baut den im Grundseminar vermittelten Grundkenntnissen auf, vertieft und verbreitert sie.

Zielgruppe sind Bedienstete der Landesverwaltung, die bereits an einem Arbeitsplatzrechner tätig sind oder eine derartige Tätigkeit in Kürze aufnehmen werden.

Das Aufbauseminar Planung vermittelt Methoden und Techniken zur Analyse von Organisations- und Datenstrukturen bei Einsatz von Bürocomputersystemen und zur Planung und Durchführung von informationstechnischen Projekten in der Verwaltung, zum Beispiel der Automatisierung der Kasse. Neben den einschlägigen Projekttrichtlinien, der Vermittlung von Dokumentationsstrukturen, Planungstechniken, Schätzmethoden und einem Projektphasenkonzept werden die Analysemethoden STRUKTURIERTE ANALYSE, STRUKTOGRAMME und die Datenanalyse nach dem ENTITY RELATIONSHIP MODEL vorgestellt. Begleitet wird das Seminar von einem Übungsprojekt, welches unter Einsatz eines Projektplanungstools durchgeführt wird.

Zielgruppe sind Bedienstete der Landesverwaltung, die bei Planung, Durchführung und Einführung der Informationstechnologie in ihren Behörden beteiligt sind oder in naher Zukunft beteiligt werden. Hauptziel des Seminars ist die Vorstellung der unterschiedlichen Möglichkeiten von Projektplanung, Analyse und Dokumentation und die Schaffung eines Problembewußtseins für Einführungsschwierigkeiten und den zu erwartenden Wartungsaufwand bei Einführung von Verfahren zur Büroautomation in der öffentlichen Verwaltung.

Ergänzungsseminare

Ergänzend zu den Basisseminaren sind bei Einführung der Technik in der Behörde im Einzelfall konkrete systembezogene Schulungen und Einweisungen an den Geräten erforderlich, die von den Behörden selbst,

auch in Zusammenarbeit mit den Systemherstellern, durchgeführt werden. Geplant sind produktbezogene Schulungsseminare zum Einsatz spezieller Standardsoftware und konkreter Planungs- und Analysemethoden. Sie sollen in Form von Workshops und Intensivkursen Mitarbeitern, die schon einige Erfahrungen mit den konkreten Produkten haben, vertiefende Kenntnisse zu diesen Produkten vermitteln. Zusätzlich soll eine begleitende Projektunterstützung, vor allem für erste Einführungsprojekte der Informationstechnologie in den verschiedenen Behörden, angeboten werden.

PC-Labor vermittelt notwendige Fertigkeiten

Im Jahre 1988 wurde ein PC-Labor bestehend aus zehn Bürocomputern (PC-Workstations) und einer Serverstation eingerichtet und mit der notwendigen Software versehen. Das Statistische Landesamt ist damit in der Lage, besondere Veranstaltungen in Bad Ems durchzuführen.

Die Arbeitsplatzrechner des PC-Labors sind IBM-kompatible ATs unter MS/DOS 3.2, mit einem Megabyte Hauptspeicher, einer 20 Megabyte Festplatte und einem 3.5"-Diskettenlaufwerk. Die Serverstation besitzt eine zusätzliche Festplatte von 20 Megabyte und ein zusätzliches 5 1/4"-Laufwerk. Sie ist außerdem mit einer 3270-Emulation für Demonstration von Großrechnerzugriffen auf IMS-Datenbanken und TSO und mit einer LC-Displaykarte versehen. Der Unterrichtende kann mittels dieser Karte auf seiner Serverstation vorgeführte Befehle und Übungen per Overheadprojektor allen Teilnehmern gut sichtbar darstellen. Die Workstations werden mit der Serverstation so vernetzt, daß sich der Referent bei den Übungen auf die einzelnen PC-Workstations aufschalten kann.

Die Seminare zur Informationstechnologie in Bad Ems verzeichnen einen regen Zuspruch und sind stets ausgebucht. Die neu geschaffenen Ausbildungskapazitäten wurden bereits im vergangenen Jahr voll genutzt. Von den in diesem Jahr vorgesehenen 22 Veranstaltungen findet nahezu die Hälfte in Bad Ems statt.

Weiterentwicklung der Seminare

Erstmals finden in diesem Jahr Seminare für spezielle Zielgruppen statt. Neben der erwähnten Fortbildung leitender Beamten und Angestellten der Ministerien sind für Mitglieder von Personalräten ebenfalls Schulungen vorgesehen. Die informationstechnische Ausbildung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen wird intensiviert werden.

Die gute Akzeptanz der Veranstaltungen ermutigt zum weiteren Ausbau der Seminare. Sie geben Grund zu der Annahme, daß in der öffentlichen Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz der Einsatz des Arbeitsplatzcomputers zügig voranschreiten wird.

Reinhold Theis, Ministerium des Innern und für Sport
Diplom-Mathematiker Karl Pammer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 631	...	3 635	3 636	3 637
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 992	2 075 ^p	1 018 ^p	1 689 ^p	1 477 ^p	694 ^p	909 ^p	1 641 ^p	1 417 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,8 ^p	3,6 ^p	5,5 ^p	5,0 ^p	2,3 ^p	3,3 ^p	5,3 ^p	4,7 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 148	3 321 ^p	3 103 ^p	3 558 ^p	3 040 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,9 ^p	10,8 ^p	11,6 ^p	10,3 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 501	3 490 ^p	3 490 ^p	3 887 ^p	3 399 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,5 ^p	12,2 ^p	12,7 ^p	11,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27 ^p	27 ^p	23 ^p	26 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,1	8,3 ^p	9,2 ^p	6,8 ^p	8,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 353	- 169 ^p	- 387 ^p	- 329 ^p	- 359 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,2	- 0,6 ^p	- 1,4 ^p	- 1,1 ^p	- 1,2 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 478	...	5 654	6 479	6 844
* Fortgezogene	Anzahl	6 326	...	4 968	5 354	5 210
* Wanderungssaldo	Anzahl	152	...	686	1 125	1 634
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 036	...	7 905	8 891	9 156
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	116 602	111 804	132 802	124 213	111 963	118 807	117 550	109 439	100 204
* Männer	Anzahl	61 911	57 878	75 447	69 175	58 222	64 752	64 364	58 459	50 771
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 825	.	.	11 380	.	.	.	8 068	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	40 720	.	.	43 594	.	.	.	38 022	.
Arbeitslosenquote	%	8,1	7,6	9,2	8,6	7,7	8,1	8,0	7,4	6,8
Offene Stellen	Anzahl	8 317	8 973	8 342	9 518	9 204	8 985	9 644	10 347	10 738
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	952	.	.	.	714	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	2 722	.	.	.	3 750	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 005	8 986	19 721	17 441	13 828	10 458	10 567	11 033	7 460
Männer	Anzahl	8 803	6 990	16 819	14 677	11 069	8 822	8 920	8 889	5 764
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 684	14 117	13 635	15 088	13 120	13 872	12 458	14 286	14 024
* Rinder	t	4 695	4 252	3 875	4 788	3 772	4 114	3 825	4 582	4 017
* Kälber	t	32	25	20	39	21	17	17	35	24
* Schweine	t	9 832	9 696	9 630	10 089	9 196	9 613	8 498	9 508	9 848
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	73	71	61	67	72	69	62	67	75
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,4	94,1	93,3	94,5	94,2	93,7	93,4	95,2
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 584	2 601	2 577	2 585	2 598	2 608	2 603	2 608	2 630
* Beschäftigte	1000	365	367	363	364	364	368	369	370	371
* Arbeiter ⁸⁾	1000	250	250	247	248	248	250	251	251	252
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 730	34 561	34 340	37 635	34 464	35 459	33 217	35 283	35 759
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 357	1 422	1 233	1 297	1 313	1 349	1 298	1 374	1 386
* Löhne	Mill. DM	783	812	704	751	737	773	734	794	776
* Gehälter	Mill. DM	574	610	529	546	576	576	564	580	610
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 007	1 049	998	1 108	1 021	1 108	1 027	1 105	1 065
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 913	7 416	6 894	7 924	7 214	7 420	7 541	8 385	8 270
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 495	2 832	2 729	3 001	2 765	2 926	3 030	3 389	3 285

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	103 ^r	107	101	103	110	103	106	110 ^p	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	105 ^r	109	107	107	113	108	111	114 ^p	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	104 ^r	109	105	106	113	105	108	112	118
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	110	117	114	113	122	113	120	121	124
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	76	84	56	67	94	61	72	82	93
Chemische Industrie	1980 = 100	123	130	131	125	135	128	137	135	135
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97 ^r	101	99	100	105	95	98	110	120
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	99	103	104	103	104	79	80	107	127
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	96 ^r	96	96	97	106	103	117	120	125
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	98	97	101	104	98	101	103	106
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	74	68	77	79	73	73	72	74	66
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	111	117	101	103	108	112	101	102	115
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	86	59	69	92	73	74	86	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	690	928	1 141	1 213	1 019	470	425	458	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 053	1 835	1 618	1 731	1 692	2 605	2 425	2 481	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	822	844	772	930	819	869	827	941	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 873	1 857	1 912	1 934	1 818	2 178	1 997	1 971	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	386	377	460	452	344	555	486	445	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	95	92	.	88	.	.	.	89	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	148	151	.	125	.	.	.	134	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 061	58 869	55 101	56 869	58 407	56 705	56 424	57 351 ^p	...
Facharbeiter	Anzahl	30 687	30 425	28 105	29 083	29 676	29 540	29 415	29 828 ^p	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 097	14 514	13 321	13 553	14 490	13 596	13 404	13 910 ^p	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 993	6 714	4 712	5 934	6 574	5 890	5 434	6 648 ^p	...
Privater Bau	1000	4 234	4 182	3 200	3 796	3 996	3 874	3 539	4 209 ^p	...
* Wohnungsbau	1000	2 433	2 406	1 843	2 101	2 296	2 204	1 938	2 389 ^p	...
Landwirtschaftlicher Bau	1000	41	42	22	19	25	48	48	14 ^p	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 760	1 734	1 335	1 676	1 675	1 622	1 553	1 806 ^p	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 759	2 533	1 512	2 138	2 578	2 016	1 895	2 439 ^p	...
Hochbau	1000	608	609	408	589	613	544	520	599 ^p	...
Tiefbau	1000	2 151	1 924	1 104	1 549	1 965	1 472	1 375	1 840 ^p	...
Straßenbau	1000	1 271	1 011	579	771	998	732	673	934 ^p	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	174	181	131	148	166	160	152	171 ^p	...
* Löhne	Mill. DM	143	148	102	118	136	130	121	139 ^p	...
* Gehälter	Mill. DM	31	32	29	30	30	30	31	32 ^p	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	532	559	334	449	448	444	392	528 ^p	...

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	713	770	653	770	789	682	685	894	1 063
* mit 1 Wohnung	Anzahl	584	629	528	648	653	549	543	722	856
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	98	104	84	100	106	95	94	128	160
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	31	36	41	22	30	38	48	44	47
* Umbauter Raum	1000 m ³	669	726	641	731	745	662	713	912	995
* Wohnfläche	1000 m ²	109	119	106	116	121	110	118	150	159
Wohnräume	Anzahl	5 041	5 459	4 869	5 383	5 489	5 015	5 483	6 843	7 406
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	236	208	237	240	214	231	296	323
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	1	1	2	–	–	2	3	2	6
Unternehmen	Anzahl	115	136	100	107	134	135	134	121	187
Private Haushalte	Anzahl	597	632	551	663	655	545	548	771	870
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	160	164	135	158	168	141	118	169	167
* Umbauter Raum	1000 m ³	659	725	465	710	771	580	420	784	706
* Nutzfläche	1000 m ²	110	124	83	115	131	93	77	125	125
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	136	79	113	146	103	72	112	112
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	28	12	26	53	21	15	25	33
Unternehmen	Anzahl	125	132	122	127	110	116	103	143	131
Private Haushalte	Anzahl	3	4	1	5	5	4	–	1	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 108	1 218	1 105	1 115	1 150	1 168	1 268	1 720	1 540
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 484	2 729	2 529	2 965	2 636	2 804
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 371	1 491	1 496	1 768	1 405	1 557
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	209	211	183	276	205	211
Dänemark	Mill. DM	50	45	50	54	45	44
Frankreich	Mill. DM	337	363	356	414	332	409
Griechenland	Mill. DM	23	25	21	27	24	25
Großbritannien	Mill. DM	235	272	264	286	233	279
Irland	Mill. DM	8	10	11	13	10	10
Italien	Mill. DM	236	255	256	290	236	281
Niederlande	Mill. DM	183	212	261	298	225	183
Spanien	Mill. DM	74	84	80	90	78	93
Portugal	Mill. DM	16	18	14	20	16	23
USA und Kanada	Mill. DM	164	177	147	181	187	200
Japan	Mill. DM	48	61	45	60	49	61
Entwicklungsländer	Mill. DM	299	347	272	291	324	314
Staatshandelsländer	Mill. DM	118	125	112	135	155	134
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 464	1 577	1 489	1 810	1 545	1 714
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	882	904	893	1 084	922	966
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	164	160	155	176	166	168
Dänemark	Mill. DM	22	23	24	29	25	32
Frankreich	Mill. DM	200	218	201	270	231	241
Griechenland	Mill. DM	10	10	9	11	12	5
Großbritannien	Mill. DM	83	91	96	107	83	99
Irland	Mill. DM	3	6	6	8	8	8
Italien	Mill. DM	146	152	169	177	168	177
Niederlande	Mill. DM	205	179	167	194	164	163
Spanien	Mill. DM	40	55	56	98	56	57
Portugal	Mill. DM	9	10	9	13	9	15
USA und Kanada	Mill. DM	82	99	97	89	117	175
Japan	Mill. DM	83	106	90	118	107	96
Entwicklungsländer	Mill. DM	172	207	154	227	184	235
Staatshandelsländer	Mill. DM	45	51	42	53	45	41

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	101	102	99	100	100	102	103	103	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	103	107	90	112	102	98	92	115	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99	98	96	97	97	98	98	99	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	104	90	106	97	97	101	108	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	101	103	94	97	102	96	96	103	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	104	109	101	102	109	102	102	112	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	102	84	86	96	85	85	98	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	101	105	76	82	97	78	81	88	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	98	100	89	88	96	89	88	105	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	453	472	249	279	399	268	261	336	...
* Ausländer	1000	108	108	46	50	84	47	55	68	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 607	1 643	863	997	1 361	964	892	1 196	...
* Ausländer	1000	355	351	161	143	243	146	182	205	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 520	1 503	1 514	1 100	1 684	1 400	1 290	1 570	...
* Güterversand	1000 t	950	968	894	710	1 095	929	861	966	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 420	14 709	12 249	20 285	18 558	12 131	13 077	20 580	18 427
Krafträder	Anzahl	499	516	229	1 190	1 379	136	303	1 696	1 028
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	14 048	13 286	11 276	17 889	16 139	11 052	12 000	17 636	16 249
* Lastkraftwagen	Anzahl	555	596	462	738	650	649	549	731	713
Zugmaschinen	Anzahl	218	200	186	236	287	175	135	298	274
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 608	10 811	9 957	11 303	9 937	9 415	9 435	10 465 ^p	11 052 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 682	1 358	1 519	1 676	1 289	1 304	1 525 ^p	1 589 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 991	9 129	8 599	9 784	8 261	8 126	8 131	8 940 ^p	9 463 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 177	2 283	1 857	2 004	2 272	1 741	1 753	2 067 ^p	2 121 ^p
* Getötete	Anzahl	42	42	40	26	39	38	37	26 ^p	35 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	21	22	22	20	27	11 ^p	24 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	3	1	7	2	–	4 ^p	4 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	3	1	–	4	2	2	1 ^p	3 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	7	15	3	6	14	7	10 ^p	3 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	617	641	519	497	646	465	463	572 ^p	574 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	342	368	344	309	344	331	306
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	118	118	54	64	139	37	38
Radfahrer	Anzahl	55	56	22	21	70	27	25
Fußgänger	Anzahl	83	82	89	79	74	61	75
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	80	72	69	88	61	39	68	59	65
Angemeldete Forderungen	1000 DM	45 767	30 817	43 064	19 571	42 740	19 656	20 881	25 758	35 987
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	–	–	–	1	1	1	–
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	587	505	529	538	512	1 020	414	417	428
* Wechselsumme	1000 DM	4 146	4 100	6 670	4 738	3 736	3 217	2 960	4 207	2 996

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	84 531	88 447	84 505	85 004	85 361	88 377	88 941	89 575	89 962
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	82 443	86 207	82 457	82 944	83 290	86 096	86 664	87 323	87 677
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 189	14 555	13 947	14 188	14 197	14 318	14 553	15 014	14 881
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	13 909	14 355	13 673	13 850	13 906	14 017	14 283	14 738	14 646
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	280	200	274	338	290	301	270	276	234
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 135	7 034	6 976	7 028	6 981	6 819	6 872	6 793	6 902
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 235	5 962	6 078	6 109	6 074	5 875	5 814	5 826	5 835
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	900	1 072	899	919	907	944	1 058	967	1 067
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	61 119	64 618	61 534	61 727	62 112	64 959	65 240	65 515	65 894
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	50 266	53 599	50 478	50 814	51 128	53 959	54 182	54 476	54 814
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 853	11 019	11 057	10 913	10 984	10 999	11 058	11 039	11 080
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	79 944	84 034	80 067	79 095	79 536	83 288	83 562	82 776	82 787
* Sichteinlagen	Mill. DM	11 013	12 306	11 103	10 290	10 705	11 650	11 770	11 347	11 476
* Termineinlagen	Mill. DM	28 315	29 897	28 112	28 016	28 064	30 206	30 547	30 585	30 773
* Spareinlagen	Mill. DM	40 617	41 830	40 852	40 789	40 767	41 431	41 245	40 844	40 538
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 847	1 907	1 852	1 783	1 543	2 724	1 712	1 973	1 771
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 657	1 807	1 761	1 846	1 564	3 223	1 898	2 375	2 077
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 455 533	1 558 229	1 564 215	1 605 775	962 208	1 375 566	1 771 367	1 994 751	1 028 003
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	1 013 291	1 089 944	1 036 905	1 246 297	477 242	855 448	1 099 451	1 595 136	551 056
* Lohnsteuer	1000 DM	710 348	746 794	1 012 934	472 528	509 568	880 558	1 060 955	526 229	578 148
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1000 DM	128 269	134 523	489 536	—	—	—	484 016	—	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 070	129 926	— 9 668	405 418	— 53 513	— 53 480	— 5 815	412 649	— 66 264
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	29 130	32 090	9 341	7 339	6 933	28 061	27 795	29 726	32 633
* Körperschaftsteuer	1000 DM	150 743	181 133	24 298	361 012	14 254	309	16 516	626 532	6 539
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1000 DM	33 271	18 086	35 515	—	—	—	— 11 342	—	—
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	442 243	468 286	527 310	359 478	484 966	520 118	671 916	399 615	476 947
* Umsatzsteuer	1000 DM	296 547	309 055	388 106	219 619	303 062	368 892	481 787	222 726	269 855
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	145 696	159 230	139 204	139 859	181 904	151 226	190 129	176 889	207 092
* Zölle	1000 DM	10 971	14 478	10 981	11 608	16 396	15 452	15 889	18 001	21 192
* Bundessteuern	1000 DM	121 027	121 581	148 124	149 259	99 699	40 198	157 708	124 536	99 220
Kapitalverkehrsteuern	1000 DM	1 874	2 148	1 222	4 797	1 612	1 955	3 992	2 002	1 572
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1000 DM	117 493	117 713	144 869	143 124	96 551	36 610	150 949	120 700	95 712
* Landessteuern	1000 DM	86 069	90 906	117 022	87 231	89 044	92 959	136 015	89 272	100 295
* Vermögensteuer	1000 DM	17 520	19 127	46 917	6 654	10 973	19 144	63 710	6 145	11 139
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	43 680	43 393	40 194	53 281	52 432	46 126	43 842	53 105	59 921
* Biersteuer	1000 DM	6 164	6 274	4 647	5 388	5 987	6 691	4 998	4 651	5 935

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften sowie Postgiro- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1000 DM	504 330	589 142	-	530 461	-	-	-	-	-
* Grundsteuer A	1000 DM	8 139	8 397	-	6 970	-	-	-	-	-
* Grundsteuer B	1000 DM	93 871	101 503	-	88 671	-	-	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	353 821	426 612	-	382 169	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	1000 DM	35 193	37 787	-	39 688	-	-	-	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	861 611	915 358	934 588	940 244	647 182	745 521	1066 986	1111 498	674 358
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	444 139	479 218	443 207	557 304	204 416	365 693	470 589	727 153	237 138
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	287 463	304 391	342 756	233 666	315 232	338 082	436 750	259 754	310 019
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	746 669	795 417	804 200	833 211	563 873	707 636	874 564	948 652	570 615
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	441 524	475 410	441 910	554 964	199 680	364 295	468 375	723 690	232 459
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	210 094	218 933	244 767	191 001	247 314	248 834	268 235	135 635	209 880
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1000 DM	826 186	920 341	-	893 673	-	-	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1000 DM	300 720	363 370	-	325 701	-	-	-	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	374 957	394 439	-	419 680	-	-	-	-	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	122,4	121,8	121,9	122,2	124,6	125,0	125,2	125,9
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,0	117,2	117,1	116,9	117,4	118,3	118,9	118,9	119,7
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	118,6	121,2	119,7	-	-	-	123,4	-	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	17,48	18,24	-	-	18,12	18,41	-	-	...
* Männliche Arbeiter	DM	18,34	19,14	-	-	19,02	19,34	-	-	...
* Facharbeiter	DM	19,27	20,13	-	-	20,01	20,33	-	-	...
* Angelernte Arbeiter	DM	17,58	18,30	-	-	18,13	18,54	-	-	...
* Hilfsarbeiter	DM	15,55	16,37	-	-	16,21	16,78	-	-	...
* Weibliche Arbeiter	DM	12,95	13,40	-	-	13,33	13,61	-	-	...
* Hilfsarbeiter	DM	12,72	13,30	-	-	13,21	13,53	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,6	40,7	-	-	40,7	40,0	-	-	...
* Männliche Arbeiter	Std.	40,9	41,1	-	-	41,1	40,2	-	-	...
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,0	-	-	39,1	38,8	-	-	...
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 368	4 562	-	-	4 545	4 658	-	-	...
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 907	4 091	-	-	4 083	4 189	-	-	...
* männlich	DM	4 651	4 873	-	-	4 860	5 019	-	-	...
* weiblich	DM	3 053	3 190	-	-	3 173	3 245	-	-	...
* Technische Angestellte	DM	4 772	4 964	-	-	4 939	5 051	-	-	...
* männlich	DM	4 883	5 080	-	-	5 058	5 167	-	-	...
* weiblich	DM	3 399	3 577	-	-	3 514	3 657	-	-	...
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 008	3 090	-	-	3 043	3 190	-	-	...
* männlich	DM	2 997	3 076	-	-	3 030	3 180	-	-	...
* weiblich	DM	3 596	3 691	-	-	3 637	3 776	-	-	...
* weiblich	DM	2 487	2 557	-	-	2 525	2 654	-	-	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 185	61 320 ^p
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	31 880	33 140 ^p	11 818 ^p	15 600 ^p	25 222 ^p	35 266 ^p	11 709 ^p	14 714 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	53 501	55 930 ^p	52 477 ^p	53 812 ^p	58 087 ^p	55 519 ^p	53 559 ^p	52 118 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 285	56 885 ^p	56 219 ^p	56 759 ^p	60 048 ^p	61 867 ^p	61 980 ^p	57 265 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 3 784	- 955 ^p	- 3 742 ^p	- 2 947 ^p	- 1 961 ^p	- 6 348 ^p	- 8 421 ^p	- 5 147 ^p	...
Arbeitslose	1000	2 229	2 242	2 519	2 517	2 440	2 190	2 335	2 305	2 178
Männer	1000	1 207	1 199	1 427	1 434	1 382	1 180	1 299	1 284	1 191
Arbeitslosenquote	%	8,9	8,7	9,9	9,9	9,6	8,5	9,0	8,9	8,4
Offene Stellen	1000	171	189	161	174	190	179	196	216	233
Kurzarbeiter	1000	278	208	310	350	424	108	171	199	186
Männer	1000	231	173	266	298	370	86	147	174	161
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	103	106	97	100	111	107	104	105	115
ohne Baugewerbe	1985 = 100	102	106	98	102	112	108	105	106	116
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	102	106	96	101	112	107	103	106	116
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	99	106	99	100	108	99	105	103	112
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	105	108	93	103	115	117	103	110	122
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	103	106	103	105	117	98	107	107	117
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	100	102	98	94	102	98	97	94	102
Baugewerbe	1985 = 100	106	108	77	72	86	88	88	87	108
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1000	7 054	7 038	6 985	6 992	7 006	7 043	7 036	7 054	7 075
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	645	644	617	654	712	613	654	634	667
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	123 074	130 139	110 352	121 300	139 420	141 087	127 259	129 674	142 772
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 518	39 562	32 744	37 700	43 227	44 527	39 384	41 411	45 015
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 549	...	33 649	32 450	34 807
Gaserzeugung	Mill. m³	2 790	2 746	3 044	2 935	3 478	3 192	3 178
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	985	972	914	894	921	973	917	910	934 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	103	105	72	73	88	86	85	82	100 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 841	9 412	5 656	5 698	7 140	12 947	6 691	6 623	8 273 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 121	10 078	6 644	8 016	10 131	8 067	8 039	9 376	11 231
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 568	9 401	6 157	7 526	9 570	7 320	7 350	8 593	10 395
Wohnfläche	1000 m²	1 450	1 640	1 094	1 281	1 594	1 399	1 371	1 617	1 905
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 536	2 668	1 846	2 043	2 424	2 461	2 033	2 087	2 379
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	15 897	17 851	12 427	13 828	16 738	16 459	15 603	18 026	20 595
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	104,0	108,2	93,3	92,7	114,7	141,2	98,5 ^p	97,1 ^p	117,1 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	102,3	105,9	88,4	90,8	97,3	102,9	92,0 ^p

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 918	47 313	36 281	41 867	50 056	55 100
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	23 123	25 686	20 118	23 469	28 357	27 638
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 240	3 506	2 960	3 255	4 098	3 589
Frankreich	Mill. DM	5 301	5 939	4 792	5 545	6 598	6 413
Großbritannien	Mill. DM	3 845	4 406	3 236	3 778	4 509	4 826
Italien	Mill. DM	3 838	4 304	3 297	3 959	4 787	4 761
Niederlande	Mill. DM	3 841	4 099	3 247	3 959	4 653	4 223
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 123	36 647	27 822	33 716	41 476	41 620
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	17 955	18 954	14 323	18 040	21 852	21 888
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 427	2 599	1 848	2 607	3 016	2 796
Frankreich	Mill. DM	3 958	4 420	3 258	4 227	5 068	5 577
Großbritannien	Mill. DM	2 434	2 538	1 911	2 486	2 769	2 849
Italien	Mill. DM	3 267	3 352	2 596	3 223	3 914	3 653
Niederlande	Mill. DM	3 746	3 791	3 023	3 449	4 446	4 289
Geld und Kredit ²⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 145	2 277	2 143	2 146	2 158	2 277	2 281	2 291	2 298 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 643	1 733	1 635	1 638	1 649	1 733	1 729	1 739	1 749 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	502	543	507	508	509	543	553	552	549 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 583	1 679	1 572	1 584	1 573	1 679	1 657	1 664	1 651 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	707	728	710	713	712	728	722	718	712 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	29 448	30 640	27 953	23 417	35 251	55 071	28 102	27 227	39 463
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	19 171	19 952	16 547	11 752	26 534	42 939	16 568	14 151	29 994
Lohnsteuer	Mill. DM	13 681	13 959	14 708	11 549	11 335	23 002	15 494	12 644	12 333
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 558	2 766	433	- 211	7 861	10 864	- 256	76	8 926
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 900	10 274	11 370	11 628	8 713	10 922	11 522	13 047	9 450
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 615	5 638	7 316	7 587	4 036	5 774	6 909	8 080	4 389
Zölle	Mill. DM	459	527	436	422	536	596	481	571	581
Bundessteuern	Mill. DM	4 313	4 394	646	4 397	4 391	8 432	693	5 350	4 907
Versicherungsteuer	Mill. DM	227	242	156	804	235	139	179	1 269	300
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 964	4 047	395	3 502	4 041	8 233	418	3 954	4 461
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	103,9	104,9	103,7	103,8	103,9	106,9	108,3	108,7	109,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	93,9	94,0	94,6	94,1	94,2	99,1	97,9	98,8 ^p	99,6 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1985 = 100	95,1	96,3	95,4	95,4	95,5	97,2	98,2	98,4	98,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	119,2	121,7	-	120,2	-	-	-	123,9	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	118,6	121,2	-	119,7	-	-	-	123,4	-
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	105,8	107,0	-	106,4	-	-	-	107,8	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	122,4	121,5	121,8	121,9	123,3	124,6	125,0	125,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,0	117,2	116,6	117,1	116,9	117,7	118,3	118,9	118,9
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	122,2	123,7	123,0	123,2	123,3	124,3	124,6	124,8	125,1
Wohnungsmieten	1980 = 100	128,7	131,9	130,0	130,4	130,7	134,1	134,5	134,9	135,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	106,1	102,7	103,9	103,2	102,4	102,7	106,5	106,3	106,4
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	120,5	121,9	121,1	121,4	121,6	122,5	122,8	123,1	123,3
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	122,8	124,5	123,2	123,4	123,7	126,0	129,1	129,3	129,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	119,5	121,5	119,7	120,0	120,5	122,5	125,3	126,3	126,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	119,1	120,6	121,4	121,3	121,1	120,8	121,7	121,9	121,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	132,6	136,7	134,8	135,5	136,0	138,1	139,4	139,5	139,5

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Wohnungsbau im Aufwind**Knapp 4 100 neue Wohnungen genehmigt**

Im ersten Quartal 1989 erteilten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden Baugenehmigungen für 2 261 neue Wohngebäude mit 3 773 Wohnungen. Das sind 10 bzw. 33 % mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres.

Durch vorgesehene Baumaßnahmen an bereits bestehenden Wohngebäuden sollen zusätzlich 318 Wohnungen geschaffen werden, so daß im Wohnbau insgesamt 4 091 neue Wohnungen mit 19 145 Wohnräumen und einer Wohnfläche von rund 420 000 m² genehmigt wurden.

Das gesamte kalkulierte reine Baukostenvolumen liegt mit 830 Mill. DM um 16 % über dem Ergebnis des ersten Quartals 1988 (718 Mill. DM). hes

Zuchtsauenbestand tendenziell steigend

Mit rund 548 000 Tieren Anfang April dieses Jahres lag der rheinland-pfälzische Schweinebestand um 5,3 % niedriger als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Sowohl bei den Mastschweinen (- 4,7 %) als auch bei den Zuchtsauen (- 10 %) waren deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Seit Dezember 1988 hat sich jedoch der Zuchtsauenbestand (+ 0,3 %), zurückzuführen auf eine Zunahme der Jungsauen (+ 21 %), im Gegensatz zur Zahl der Masttiere (- 6,6 %) nicht weiter verringert. Der Schweinebestand insgesamt ist gegenüber Dezember nahezu unverändert (+ 0,6 %) geblieben.

Weiter rückläufig ist nach wie vor die Halterzahl mit - 9,6 % seit Ende März 1988. hü

Für fast 1 Mrd. DM Kraftfahrzeuge nach Frankreich exportiert

Nach Frankreich, dem wichtigsten Handelspartner der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, wurden im Jahre 1988 für 4,4 Mrd. DM Waren geliefert. Das entspricht fast dem hundertfachen Wert des Jahres 1950. Das Nachbarland ist bedeutender Kunde aller Wirtschaftsbe-
reiche. Unter den Bezugsländern nimmt es bei Kunststoffen, chemischen Erzeugnissen, Eisen, Draht, bei Blechen, elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen und nicht zuletzt bei Kraftfahrzeugen den ersten Platz ein.

Eine ähnlich rasante Entwicklung hat sich beim Import vollzogen. Die Einfuhr aus Frankreich ist jedoch erheblich niedriger, so daß sich für Rheinland-Pfalz ein Ausfuhrüberschuß errechnet, der sich im Jahre 1988 auf 1,8 Mrd. DM belief. sr

Mehr über dieses Thema auf Seite 138

kurz + aktuell

Außenhandel mit China auf 450 Mill. DM gestiegen Kunststoffe im Tausch gegen Därme

Der Außenhandel der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit der Volksrepublik China belief sich im Jahre 1988 auf 450 Mill. DM. Das sind 1,4 % mehr als im Jahre 1987. Die Ausfuhren waren mit 305 Mill. DM (- 2,3 %) doppelt so hoch wie die Einfuhren, die mit 145 Mill. DM (+ 10 %) einen Höchststand erreichten.

Die Lieferungen nach China hatten zwischen 1980 und 1984 ein Volumen zwischen 122 Mill. DM (1982) und 192 Mill. DM (1984). Danach stiegen sie um 112 % auf 407 Mill. DM an. 1986 wurden für 317 Mill., 1987 für 312 Mill. und 1988 für 305 Mill. DM Waren in dieses Land ausgeführt. Zu den wichtigsten Exportgütern zählten im Jahre 1988 Kunststoffe (66 Mill. DM), Maschinen (62 Mill. DM) und chemische Erzeugnisse (41 Mill. DM).

Die Bezüge aus China beliefen sich zu Beginn der 80er Jahre auf rund 50 Mill. DM. Von 1982 auf 1983 nahmen sie um 40 % auf 83 Mill. DM zu. Bis 1986 hielt sich die Importhöhe zwischen 83 Mill. und 97 Mill. DM. Im Jahre 1987 wurden für 131 Mill. DM Güter aus China importiert, was einer Ausweitung gegenüber 1986 um 35 % entspricht. Der weitere Zuwachs um 10 % auf 145 Mill. DM im Jahre 1988 führte zu dem bisherigen Höchststand. Zu den hauptsächlichen Importgütern zählen Därme für 29 Mill. DM, Spinnstoffwaren und Kleidung für 24 Mill., Leder und Lederwaren für 18 Mill. DM. Auch kamen für je 9 Mill. DM Gemüse- und Obstkonserven sowie vor allem Bauxit sowie Kryolith aus China. sr

Außenhandelsrekord mit den USA: 3 Mrd. DM USA sind der zweitbeste Weinkunde

Im Jahre 1988 wurden für 1,9 Mrd. DM Waren aus Rheinland-Pfalz in die USA exportiert. Das sind 7 % mehr als im Jahre 1987. Im gleichen Zeitraum stiegen die Importe aus den USA um 22 % auf 1,1 Mrd. DM. Mit einem Außenhandelsvolumen von annähernd 3 Mrd. DM zählen die USA zu den wichtigsten Handelspartnern der rheinland-pfälzischen Wirtschaft.

Im Vergleich zu 30 Mill. DM im Jahre 1950 haben sich die Ausfuhren bis 1988 auf 1,9 Mrd. DM ausgeweitet. Bis zu Beginn der 80er Jahre waren sie stets niedriger als die Einfuhren, stiegen jedoch auf 2,1 Mrd. DM im Jahre 1985. Seit 1985 hat der Außenhandel mit den USA für Rheinland-Pfalz eine positive Bilanz, der Ausfuhrüberschuß liegt zwischen 800 Mill. und 1 Mrd. DM pro Jahr.

Die USA beziehen hauptsächlich Waren der gewerblichen Wirtschaft (Anteil am Export 95 %). Bei den ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Weinlieferungen in Höhe von 88 Mill. DM im Jahre 1988 herausra-

gend. Damit sind die USA der zweitbeste Weinkunde hinter Großbritannien. Bei Teerfarbstoffen, bearbeiteten Edelsteinen und Schmuck, Werkzeugmaschinen stehen die USA an der Spitze des Kundenkreises. Weit vorne findet man sie auch bei feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Pharmazeutika und chemischen Erzeugnissen aller Fertigungsstufen. Bedeutend sind die Lieferungen von Maschinen, Kraftfahrzeugen und Kunststoffen.

Unter den importierten Gütern sind vor allem Ölfrüchte, Maschinen, chemische Vorerzeugnisse, Kraftfahrzeuge und Rohtabak von großer Bedeutung. sr

Neuzulassungen, Umschreibungen und Löschungen von Personenwagen und Motorrädern 1980 bis 1988

Im Jahre 1988 wurden bei den rheinland-pfälzischen Zulassungsstellen 159 437 neue Personenkraftwagen und Kombis erstzugelassen. Das sind 5,4 % weniger als im Vorjahr, aber 15 % mehr als 1980.

Seit 1980 hat sich der Anteil der einzelnen Hubraumklassen stark geändert. Hatten vor acht Jahren noch 49 % aller neu zugelassenen Pkw weniger als 1,5 Liter Hubraum, ging deren Anteil auf 31 % im Jahre 1988 zurück. Knapp 54 % hatten dagegen einen Hubraum von 1,5 bis 2 Liter, gegenüber 36 % im Jahre 1980. Der Anteil der Fahrzeuge mit mehr als 2 Litern erhöhte sich leicht von 14 auf 15 %.

Elektro- oder Wankelmotoren als Antrieb von Personenwagen blieben bedeutungslos. Im vergangenen Jahr wurden landesweit nur 24 Fahrzeuge dieser Art zum Verkehr zugelassen. gr

Mehr über dieses Thema auf Seite 145

Deutlich mehr Unfälle – weniger Verunglückte

Im April 1989 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz nach vorläufigen Ergebnissen 11 052 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 11 % mehr als im April des Vorjahres.

Die Zahl der Unfälle mit reinem Sachschaden erhöhte sich in diesem Zeitraum um 15 % auf 9 463, die der Unfälle mit einem Schaden von 3 000 DM und mehr bei einem der Geschädigten um 27 %.

Bei 1 589 Unfällen mit Personenschaden (– 5,2 %) starben 35 Verkehrsteilnehmer (– 10 %), 574 Personen wurden schwer (– 11 %) und 1 512 (– 4,7 %) leicht verletzt. gr

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 6/89

Fast eine Million Fahrzeuge auf dem Prüfstand

Im Jahre 1988 wurden von den Prüfstellen des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) und anderen Stellen der Verkehrssicherheitsüberwachung in Rheinland-Pfalz mehr als 915 000 Kraftfahrzeuge und knapp 65 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit untersucht. Das sind 7,8 bzw. 7,1 % mehr als 1987.

Bei 81 % der untersuchten Fahrzeuge handelte es sich um Personenwagen. Von diesen wiesen 59 % Mängel auf. 1 960 Personenwagen mußten aufgrund des Prüfberichts aus dem Verkehr gezogen werden. Relativ gesehen am besten schnitten die Motorräder ab, von denen 54 % mängelfrei waren. gr

Umsatzplus in der Personenschifffahrt

Die 93 rheinland-pfälzischen Unternehmen der Binnenschifffahrt beschäftigten Ende des Jahres 1988 insgesamt 433 Personen (Vorjahr 429), darunter 148 tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige. Der Bestand an Motorgüter- und Motortankschiffen ging gegenüber 1987 von 72 auf 71 zurück, während die Anzahl der Fahrgastschiffe von 65 auf 70 anstieg.

Ebenfalls in Richtung Personenschifffahrt haben sich die Umsatzzahlen verlagert. So erhöhte sich 1987 der Umsatz in der Fahrgastschifffahrt gegenüber 1986 um 11 % auf 11,5 Mill. DM. In der Güterschifffahrt (24,3 Mill. DM) war dagegen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen (– 22 %). gr

Informationstechnische Seminare im Statistischen Landesamt

Das Statistische Landesamt hat ein modernes Computerlabor und qualifizierte Referenten. Hier führt das Ministerium des Innern und für Sport Seminare zur Informationstechnologie durch. Die Seminare gliedern sich in ein Grundseminar zum Einsatz von Bürocomputern und je ein Aufbauseminar über Arbeitsplatzcomputer sowie Projektabwicklung und Organisation. Die Themen der Veranstaltungen umfassen somit sowohl die Datenverarbeitung am Büroarbeitsplatz als auch Bürokommunikation, Datenkommunikation und Rechnernetzung. Geplant sind Schulungsseminare zu einschlägiger PC-Standardsoftware. pa

Mehr über dieses Thema auf Seite 149

kurz + aktuell

136 000 t wiederverwertbare Abfälle getrennt gesammelt

Im Jahre 1987 wurden in Rheinland-Pfalz 136 000 t wiederverwertbare Abfälle getrennt eingesammelt. Dies entspricht einem Anteil von über 7 % des jährlich im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr entsorgten Haus- und Sperrmülls. Der überwiegende Teil der getrennt erfaßten Wertstoffe entfiel auf Altpapier (48 %) und Altglas (31 %). Hierzu steuerten Privatfirmen, die sich ohne öffentlichen Auftrag an diesen Sammlungen beteiligen, jeweils 18 000 t bei.

Von den übrigen Wertstoffgruppen, bei denen lediglich die im öffentlichen Auftrag gesammelten Mengen ermittelt wurden, trugen in erster Linie die getrennte Sammlung von Altstoffgemischen (15 000 t) und kompostierbaren organischen Abfällen (9 000 t) zur Reduzierung des Haus- und Sperrmülls bei. Auf Altmetalle (3 000 t) und Kunststoffe (900 t) entfielen dagegen nur geringe Mengen.

Während die pro Einwohner eingesammelte Menge wiederverwertbarer Abfälle mit 42 kg in den kreisfreien Städten nur wenig über dem Vergleichswert der Landkreise (36 kg) liegt, schwanken die auf Kreisebene errechneten Durchschnittswerte zwischen 10 und 100 kg. wz

Insolvenzen 1988

Der positive Trend bei der Entwicklung der Zahl der Insolvenzen hat sich im Jahre 1988 fortgesetzt. Der Rückgang übertraf mit – 10 % den Bundesdurchschnitt von – 9,4 %. Die Insolvenzhäufigkeit bei den Erwerbsunternehmen beläuft sich damit auf 46 Fälle je 10 000 Unternehmen. Besonders anfällig für Konkurse und Vergleichsverfahren sind die Unternehmen des Baugewerbes. Ebenso zeigt sich eine Häufung der Fälle bei der Rechtsform der GmbH und bei den jungen Unternehmen. sc

Mehr über dieses Thema auf Seite 143

Themen der letzten Hefte

Heft 11 / November 1988

Zur Weiterentwicklung des Landesinformationssystems
Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1986 bis 1988

Entwicklungen im Straßenverkehr

Gastronomie in ländlichen Gebieten

Außenhandel mit den ASEAN-Staaten

Heft 12 / Dezember 1988

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1988

Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel im Juli 1988

Bevölkerung am 25. Mai 1987

Gebäude und Wohnungen am 25. Mai 1987

Heft 1 / Januar 1989

Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen 1987

Strukturwandel in der Wirtschaft

Auszubildende 1987

Adoptionen 1977 bis 1987

Heft 2 / Februar 1989

Das Günther-Paradoxon

Schulabgänger mit Abitur oder Fachhochschulreife und Studienanfänger 1979 bis 1987

Arbeitsproduktivität in der Industrie 1980 bis 1987

Langfristige Entwicklung des Dienstleistungssektors

Grundausbildung zum Anwendungsprogrammierer im Statistischen Landesamt

Heft 3 / März 1989

Das neue Gesetz über Agrarstatistiken

Zur Hofnachfolge in der Landwirtschaft

Regionale Wirtschaftsstruktur 1970 und 1987

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1970 und 1987

Fremdenverkehr in Heilbädern 1980 bis 1988

Heft 4 / April 1989

Außenhandel mit den EG-Mitgliedsländern 1958 bis 1988

Stromerzeugung der Industrie 1980 bis 1987

Bauhauptgewerbe 1988

Viehbestand 1988

Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 bis 1987

PC-Einsatz im Statistischen Landesamt

Heft 5 / Mai 1989

Europawahl und Kommunalwahlen in Btx

Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise 1986

Altersgliederung der Erwerbstätigen 1970 und 1987

Der Mikrozensus – ein zentrales statistisches Instrument

Nichtwohnbau 1988

Zeichenerklärungen

–	= nichts vorhanden	D	= Durchschnitt
0	= Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p	= vorläufige Angabe
.	= kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r	= berichtigte Angabe
...	= Angabe fällt später an	s	= geschätzte Angabe
()	= Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.